

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnementspreis pro Nummer 10 Pf.  
 Vierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,  
 halbjährlich 6,60 Mk., frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-  
 nummer mit Illustrierter Sonntags-  
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-  
 abonnement 1,10 Mark pro Monat.  
 Eingetragen in die Post-Zeitungs-  
 Verzeichnisse. Unter Kreuzband für  
 Deutschland und Österreich-Ungarn  
 2 Mark pro Monat. Postabonnements  
 nehmen an: Belgien, Dänemark,  
 Holland, Italien, Jugoslawien, Portugal,  
 Rumänien, Schweden und die Schweiz.

**Die Insertions-Gebühr**  
 beträgt für die sechsgehaltene Kolon-  
 nelle oder deren Raum 60 Pf. für  
 politische und gesellschaftliche Vereins-  
 und Berichterstattungs-Anzeigen 30 Pf.  
 „Kleine Anzeigen“, das fertige  
 Wort 20 Pf. (gültig 2 fertige  
 Worte), jedes weitere Wort 10 Pf.  
 Stellengeluche und Schlußzeilen  
 zeigen das erste Wort 10 Pf., jedes  
 weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buch-  
 staben zahlen für zwei Worte. Inserate  
 für die nächste Nummer müssen bis  
 5 Uhr nachmittags in der Expedition  
 abgegeben werden. Die Expedition ist  
 bis 7 Uhr abends geöffnet.

Ersteilung täglich außer Montags.

Telegraphische Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Donnerstag, den 4. Januar 1912.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

## Die Frauen und die Reichstagswahlen.

Der heutige Reichstagswahlkampf bildet einen Höhepunkt in dem großen geschichtlichen Ringen der Klassen miteinander. Im Feuer des Wahlkampfes führt das klassenbewusste Proletariat Schlag auf Schlag gegen den Imperialismus mit seinem Um und auf, gegen die volksauswuchernde Zoll- und Steuerpolitik des Reiches und gegen die innerpolitische Reaktion, die sich auf allen Gebieten breit macht.

Die politisch geschulten Proletarierinnen, die Genossinnen, haben sich früh in die ersten Schlachtreihen der Sozialdemokratie gestellt, um begeistert und opfermutig am Kampfe teilzunehmen. Sie erbringen durch diese Tatsache erneut den Beweis ihrer politischen Mündigkeit und beweisen damit, daß politische Rechtfertigung durchaus nicht gleichbedeutend ist mit politischer Interessen- und Latenzlosigkeit. Im Gegenteil: die Proletarierinnen, die im täglichen Daseinskampf zum politischen Leben erweckt und zur politischen Tätigkeit geschult sind, empfinden in den politisch erregten Zeiten des Wahlkampfes um so tiefer und schmerzlicher das Schmachvolle und Empörende ihrer politischen Rechtfertigung, und sie erachten es deshalb um so mehr als Pflicht, mit Energie und jäher Ausdauer am Wahlkampf teilzunehmen, wenn sie bei dem entscheidenden Akt der Wahl selbst auch als Rechtlose beiseite stehen müssen.

Sie erfüllen diese politische Kampfpflicht um so lieber, weil die Wahlbewegung die beste Gelegenheit ist, ihrer politischen Mündigkeitserklärung vorzuarbeiten, und die einzige Möglichkeit, durch Stärkung des legislativen Einflusses der Sozialdemokratie einen indirekten Einfluß auf die Gesetzgebung auszuüben; daneben ist der Wahlkampf aber auch die beste Zeit und Gelegenheit, unsere Grundsätze und Anschauungen den politisch Gleichgültigen und Indifferenten nahe zu bringen, sie für unsere Ideen und für unseren Kampf zu gewinnen und damit über den Wahlkampf hinaus die Macht der Sozialdemokratie zu stärken. Wie sehr die Sozialdemokratie der zunehmenden Macht der Bourgeoisie bedarf, um im Interesse der minderbemittelten Bevölkerungsschichten und damit im Interesse der Proletarierinnen zu wirken, das zeigt ein Blick auf die politische Situation: Die Weltpolitik der Herrschenden bedeutet die Kriegsgefahr in Permanenz. Wir wollen in diesem Zusammenhange heute gar nicht reden von dem Wüten der Kriegsfurie in Tripolis, von der Revolution in China, von all dem Gären und Brodeln in den verschiedenen Ländern der Alten und der Neuen Welt, von all dem politischen Hindostoff, der angehaucht ist, soweit der Kapitalismus seine Fingerringe erstreckt, und der durch den kleinsten Funken zur furchtbaren Feuerfäule eines Weltkrieges entzündet werden kann; wir wollen nur daran erinnern, daß wir in Deutschland monatelang durch den Marokkokonflikt hart an den Abgrund eines Krieges gedrängt wurden, und daß das Marokkoabkommen die Keime neuer kolonialer Konflikte in sich birgt.

Die Proletarierinnen aber denken mit Grauen an die Möglichkeit eines Krieges, mit seinen Veratomben an Menschenopfern, mit seinen riesenhaften wirtschaftlichen Verwüstungen, mit der schier unübersehbaren Fülle von Qual und Not für die Massen des Volkes. Sie haben bereits „Opfer unerhört“ gebracht bei den bisherigen kolonialkriegen. Denn Proletarier-söhne sind es zum Teil, deren Gebirge in den Sandwüsten Südwestafrikas bleichen oder in den Sümpfen Chinas modern, Proletarier-söhne, die mit ihrem Herzblut die neueroberten oder „gepachteten“ Kolonien düngen mußten.

Die Proletarierin weiß aber auch, daß die Weltpolitik und die durch sie bedingten fortgesetzten Rüstungen zu Wasser und Lande erhöhten Steuerdruck und vermehrte Kosten für die Habichtsehe bedeuten, während diese Politik für die Besitzenden eine lustig sprudelnde Quelle erhöhten Profites und verstärkter Macht ist. Sie weiß deshalb, daß ihr Klasseninteresse es erheischt, um so nachdrücklicher die Friedensliebe des internationalen Proletariats zu betonen und kräftigst zu protestieren gegen das wahnsinnige Beträuben, zumal angeleitet der Tatsache, daß die Herrschenden die lebhafteste Propaganda für eine neue Flottenvorlage machen und als „gute Patrioten“ kräftig gegen England hetzen.

Der unerhörte Zoll- und Steuerwucher des Reiches, aus dessen Erträgen der unersättliche Militarismus gespeist wird, zwingt die Proletarierin, mit ihren blutigen Zinsgroschen eine Politik zu stützen, der ihr heftigster Kampf gilt. Diesem Zoll- und Steuerwucher ist es geschuldet, daß die Lebensmittelpreise zur ständigen Erhöhung geworden sind, daß die Unterernährung immer weitere Kreise ergreift und die Not immer aus den Häuten der Armen weicht, daß Prostitution und Verbrechen, diese Hyänen des kapitalistischen Schlachtfeldes, Opfer um Opfer verschlingen. Der hochentwickelte Kapitalismus, dem die skizzierte Weltpolitik der Herrschenden entspringt, er hat auch auf allen übrigen Gebieten die sozialen Gegensätze auf die Spitze getrieben, was in der unverhüllten inneren Reaktion zum klarsten Ausdruck kommt.

Während zum Beispiel ein gesichertes Koalitionsrecht nie zuvor eine solche soziale Lebensnotwendigkeit für die Arbeiterklasse und besonders für die arbeitenden Frauen war, inszenieren die Scharfmacher dagegen die unglaubliche Hege. In Preußen, in Sachsen, in Hamburg und in Bayern: überall der gleiche Schrei nach einem „Schutz der Arbeitswilligen“, in Wirklichkeit nach einer Entrechtung der Ausgebeuteten. Und wie weit die Regierungen dem Verlangen der Ausbeuter entgegen zu kommen gedenken, das beweist nicht nur der Vorentwurf zum Strafgesetzbuch, das beweist auch die Erklärung der sächsischen Regierung, daß sie ihren Bundesratsbevollmächtigten im Sinne der Scharfmacher instruieren werde. Dabei kann man die ganze Ungeheuerlichkeit dieser Erklärung, wie der scharfmacherischen Hege erst voll erkennen, wenn man sich erinnert, in welcher Weise bisher Polizei und Justiz vorgegangen gegen „Streikführer“; wenn man sich erinnert, wie das Militär ebenso bereit gehalten ward gegen Streikende (siehe Mansfeld) wie gegen die preußischen Wahlrechtsdemonstranten!

Unsere Frauen haben den Ausspruch nicht vergessen, daß der Soldat auf Befehl auf Vater und Mutter schießen müsse. Dieses Wort ist ihnen eingedrungen in Hirn und Herz. Mit Entsetzen denken sie an die Möglichkeit, daß es Tatsache werden könnte: daß ihr Sohn, den sie unter Schmerzen und Gefahr ihres Lebens geboren, den sie unter Sorgen und Entbehrungen erzogen, dessenwegen sie so oft mit schmerzenden Wunden und perlender Stirn bei der Arbeit standen, kommandiert werden könnte, die Waffe auf die Brust zu richten die ihn genährt, auf den Arm der ihn getragen, auf das Herz, das in niederlagender Mutterliebe für ihn schlägt und voll flammenden Zornes richtet sich ihr Kampf gegen das furchtbare Zwillingsspaar: Kapitalismus und Militarismus.

Parallel mit der Hege gegen das Koalitionsrecht geht der Widerstand der Besitzenden gegen den Arbeiterschutz und die Arbeiterversicherung, gegen alles, was geeignet ist, ein wenig Sonne in das Dunkel des Proletarierlebens zu bringen und die Arbeiterklasse materiell und geistig zu heben. Ist der Arbeiter- und Kinderschutz nicht zu hinterziehen, so wird alles versucht, aus seinen Bestimmungen „weiße Salbe“ zu machen.

Was kümmert es auch jene, die auf den Höhen des Lebens, in der Sonne wandeln, wieviel junges, warmes Menschenleben in den Niederungen des Lebens von dem skarnen kapitalistischen Ausbeuter vernichtet wird, was kümmert es sie, daß der Blutstrom aus zermalnten Proletarierleibern schwillt, wenn nur gleichzeitig der Goldstrom steigt, der ihre feuerfesteren Kassenfächer füllt. Im Gegenteil: Wäre es anders, so würde der Riese Proletar ja um so schneller zu voller Kraftentfaltung kommen, würde er als reißiger Held um so leichter seine historische Aufgabe erfüllen: das Werk der Erlösung vollbringen und die Bahn frei machen, die in das sonnige Land des Sozialismus führt.

Darum der Kampf der Besitzenden gegen die Sozialreform, darum die Weigerung des Mutter- und Säuglingschutzes, der Witwen- und Waisenfürsorge, darum der Widerstand gegen die Demokratisierung unseres Staatslebens, gegen die Ausgestaltung unserer Verfassung, gegen alles, was Fortschritt und Freiheit heißt; es gilt eben, ihre Herrschaft gleichzeitig mit der kapitalistischen Ordnung der Dinge zu stützen und zu befestigen. Weil die Dinge so liegen, richtet sich unser Wahlkampf nicht nur gegen die bürgerlichen Parteien, als gegen unsere politischen Gegner, unser Kampf richtet sich vielmehr gegen sie als die Repräsentanten des Kapitalismus. Was Wunder, daß da unsere Genossinnen nicht tatenlos beiseite stehen wollen, daß sie vielmehr mit begeisterter Hingabe am Kampfe teilnehmen und damit den großen Tag der Abrechnung vorbereiten helfen. Sie können nicht wählen, wohl aber Wähler werden! Sie können mehr als das: Sie können sich stolz und mutvoll zur Sozialdemokratie bekennen, sie können unserer herrlichen, alles übertragenden sozialistischen Weltanschauung demonstrativ Ausdruck geben und damit bekunden, daß keineswegs die Schär der sozialdemokratischen Wähler allein das Heer der Klassenkämpfer ausmacht, daß zu dieser Armee auch die Frauen gehören.

Die für heute aberaunten Frauenversammlungen Groß-Berlins geben den Frauen Berlins Gelegenheit, zu bekunden, daß sie gewillt sind, ihr Bestes einzusetzen, damit nicht nur der Wahltag, sondern der ganze Wahlkampf sich gestalte zu einem glänzenden Bekenntnis der proletarischen Männer und Frauen zum Sozialismus.

Mögen sie diese Gelegenheit nutzen.

Louise Zietz

## Rom und die Zentrumsparthei.

Die in unserer gestrigen politischen Notiz „Neuer Gestank aus dem Zentrumslager“ erwähnten weiteren Enthüllungen der „Südd. Monatshefte“ über das Treiben der Zentrumsparthei und des höheren katholischen Klerus sind heute erschienen. Außer dem gestern bereits veröffentlichten Brief eines Redakteurs der „Germania“ über die Mitarbeit des Kardinals Stopp an den anti-kölnischen Polemiken der „Germania“, interessieren vornehmlich die von den „Südd. Monatsheften“ publizierten Geheimberichte des römischen Spezialkorrespondenten der „Köln. Volksztg.“ über das Verhältnis der römischen Kurie zur Politik der Zentrumsführer. Bekanntlich berichtet regelmäßig die „Köln. Volksztg.“, wenn ein Angriff gegen das Zentrum in einem dem Vatikan nahestehenden katholischen italienischen oder französischen Blatt erscheint, daß der betreffende Angriff nichts zu bedeuten hätte, da die römische Kurie nichts mit ihm zu tun habe und ihn nicht billige. Aus den Berichten des eigenen Korrespondenten der „Köln. Volksztg.“ geht deutlich hervor, daß die „Köln. Volksztg.“ seit Jahren diese Behauptungen wider besseres Wissen aufgestellt, also ihre Leser systematisch beschwindelt hat; denn durch die Geheimberichte ihres römischen Korrespondenten ist sie genau über die Ansichten und Treibereien der römischen Kurie unterrichtet worden und wußte demnach ganz sicher, wie man im Vatikan über die verlogene Politik des Zentrums dachte.

So heißt es z. B. in einem geheimen Bericht des Spezialkorrespondenten der „Köln. Volksztg.“ aus dem Jahre 1909:

„So weit die edle und ehrliche „Unità cattolica“. Man könnte über diese lächerlichen Mabelstereien des Denunziantenblattes zur Tagesordnung übergehen, wenn man nicht zu genau wüßte, daß das Florentiner Organ die Herzensmeinung sehr maßgebender kirchlicher Kreise widerspiegelt, woran nicht zu zweifeln ist. Man braucht z. B. nur den Leitartikel des heutigen „Offshore Romano“ zu lesen, um deutlich zu merken, wie der Wind weht. Diesen Artikel möchte ich allen Lesern Ihrer Aufmerksamkeit empfehlen. Er spricht ganz naiv die letzten politischen Grundgedanken der heutigen Kurie aus: keinerlei selbständige politische Betätigung der Katholiken, sondern besinnungsloses Sitzruhrverfügungstellen, je nachdem von Fall zu Fall die kirchliche Autorität kommandiert! Dafür kann man allerdings weder ein politisch unabhängiges, nichtkonfessionelles Zentrum, noch interkonfessionelle Gewerkschaften gebrauchen. Deshalb kann man auch kirchlichen Versicherungen gegenüber, gewisse Kundgebungen, wie z. B. der Brief an Medolano-Albani, bezögen sich nicht direkt auf deutsche Verhältnisse, nicht vorsichtig genug sein. Da Sie über die bezügliche Zuschrift des Sekretariats der christlichen Gewerkschaften ein Gutachten von Herrn Romanus (wohl Prälat Heiner) eingefordert haben, so möchte ich diesem nicht vorgreifen. Nur das eine will ich bemerken, daß nach meiner begründeten Ueberzeugung die Aushörung des Papstes (an Graf Medolano) letzten Endes nach den Intentionen Pius' X. sowohl wie seiner Ratgeber von prinzipieller und allgemeiner Tragweite ist und sein soll, wenn man das auch nicht so offen aussprechen mag. Die Unterscheidung, es handle sich bei dem päpstlichen Schreiben überhaupt nicht um Gewerkschaftsfragen, ist von geringem praktischem Werte, da die Unione Economica-Sociale (die italienische katholische Arbeiterorganisation) sowohl die Funktionen der reinen Arbeitervereine, als auch die der Berufsorganisationen erfüllen soll. Keine Gewerkschaften christlichen Charakters gibt es in Italien nicht, und wenn sie entstünden, würde die kirchliche Behörde sofort die glatte katholische Firma verlangen.“

Ferner heißt es in einem Geheimbericht desselben Korrespondenten vom 24. Mai 1910:

„Wie zu erwarten war, hat die Erwiderung des Herrn Dr. Carduans (Redakteur der „Kölnischen Volkszeitung“) auf den Artikel der „Correspondance de Rome“ über Le modernismo in litterature in der „Correspondance“ abermals ein mißtönendes Echo gefunden — und zwar zunächst in nicht allgemeinerem Sinn durch eine Zuschrift aus Deutschland und dann in einer detaillierten Polemik der Redaktion. Auf beide Auslassungen möchte ich Ihre, bezw. des Herrn Dr. Carduans Aufmerksamkeit lenken. Denn sie sind charakteristisch sowohl für die Grundausfassung der betreffenden Kreise, als auch für die Art ihrer Taktik und Polemik. Von einer Fortsetzung dieser Unterhaltung zwischen der „Kölnischen Volkszeitung“ und der „Correspondance“ verspreche ich mir absolut keinen Nutzen. Diese Leute, mit denen wir es da zu tun haben, sind viel zu „zielbewußt“, als daß die überzeugendsten Darlegungen einen Eindruck auf sie machen könnten. Wenn von Deutschland aus auf ihre Insinuationen reagiert wird, so hat das den Effekt, das Mißtrauen der leitenden Stellen in verstärktem Maß auf uns zu lenken und vor allem den betuchten Modernismuskritikern und Heckerriechern erneute Gelegenheit für ihre Denunziationen zu bieten.“

„Sie wissen auch, daß wir nicht nur keine Freunde haben, sondern daß im Gegenteil einflussreiche Faktoren direkt gegen die „Kölnische Volkszeitung“ eifrig tätig sind. Wenn wir z. B.



fordert. Das aber innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft für das Proletariat getan werden kann, hat die australische Arbeiterpartei getan, ganz im Gegensatz zu den Zentrumschritten, die die Sozialpolitik stets im Runden führen und stets durch die Tat verraten. In Neuseeland besteht der gesetzliche Achtstundentag, dessen fanatische Gegner die Aristokraten sind. Die australischen Arbeiter kennen nicht das unsinnige Wettrennen und vor einem Steuersystem, das alle Lasten auf die Schultern der Armen legt, sind sie geschickt.

Eines aber beweist allerdings auch die Tätigkeit der australischen Arbeiterregierung: zur völligen Befreiung des Proletariats genügt nicht der bloße Besitz der politischen Gewalt. Diese muß vielmehr als Mittel dienen, um durch die von der Arbeiterklasse eroberte Staatsmacht die Klassen-gegenstände überhaupt aus der Welt zu schaffen und die Gesellschaft der Ausbeutung durch die sozialistische Arbeit zu überwinden.

### Heimliche Kontrolle des Reichstagswählers macht strafbar und schadenersparlich.

Bekanntlich haben einige Wahlvorsteher, Wahlvorstandsmitglieder und „Stimmen der Gesellschaft“ die geheime Wahl in einigen Landorten dadurch zu beseitigen gesucht, daß sie Wahlurnen zur Verwendung brachten, die ein Aufeinandersehen der Bewerber ermöglichten und durch Führung einer Liste dann feststellten, wie gewählt sei. Die Regierungen haben auf Veranlassung des Reichstags gegen diese Gesetzesverletzung sich gewendet. Besonders klar schreibt die medienburgische Regierung nur:

„In Ansehung der Wahlurnen wird noch besonders darauf hingewiesen, daß hierzu nur solche genügend großen Gefäße zu verwenden sind, welche es gestatten, die Umschläge mit den Stimmzetteln durch den Spalt im Deckel des Behälters so einzuwerfen, daß ein Aufeinandersehen der Wahlumschläge unmöglich ist. Suppenterinnen, Rigorositäten und dergleichen dürfen hier nicht zur Verwendung kommen.“

Wenn trotzdem Wahlvorsteher gesetzwidrige Wahlurnen anwenden, die ein Aufeinandersehen der Wahlumschläge und eine heimliche Kontrolle ermöglichen, so machen sich die hieran Beteiligten einer intellektuellen Untertänigkeit schuldig und sind außerdem für alle durch Verletzung der Geheimhaltung der Wahl entstehenden Schäden ersparlich. Der Wahlvorsteher hat im Wahlprotokoll zu beurkunden, daß der Wähler „den Stimmzettel unbeobachtet in den Umschlag steckte“. Dieser Beurkundung widerspricht die geschilderte Manipulation. Nimmt man aber auch an, daß aus irgend einem Grunde eine Bestrafung nicht erfolgen könne, vielleicht, weil den Beteiligten der Dolus, also die Einsicht in die Tragweite ihrer Handlungen fehle, so würde doch jeder der an diesen Fälschungen Beteiligten für den durch Preisgabe, dem der einzelne zugestimmt habe, entstehenden Schaden voll zu haften haben. Denn seine Handlung verstößt gegen das Gesetz und gegen die guten Sitten. Die Wahlkomitees werden gut tun, in jedem Fall vollen Schadenersatz gegen alle Beteiligten durch Klage zu erwirken.

### Freireligiöser Unterricht verboten.

Die in Düsseldorf im verflorenen Sommer gegründete freireligiöse Gemeinde hatte an den Regierungspräsidenten das Ersuchen gerichtet, dem von ihr angestellten Professor Schieler zu erlauben, den Kindern der Mitglieder freireligiösen Unterricht als Ersatz für den Religionsunterricht in den Schulen zu erteilen. Dem Gesuch war das von Professor Schieler aufgestellte Unterrichtsprogramm beigelegt. Nunmehr ist nach längerer Frist das Gesuch vom Regierungspräsidenten ohne Angabe von Gründen abschlägig beschieden worden. Wie zu diesem Bescheide von Professor Schieler mitgeteilt wird, habe er zehn Jahre solchen Unterricht in Rang und Gumbinnen erteilt. Von den dortigen Regierungsbehörden sei der Vorplan nicht beanstandet worden. — In aller Rebe der Polizeistunde hinein, er schreibt den Eltern vor, welche Religion ihren Kindern beigebracht wird.

### Auf dem Altar des Militarismus geopfert!

Das furchtbare Unglück bei Birna während des letzten Herbstmanövers im September v. J., bei dem 10 brave junge Soldaten vom Infanterie-Regiment Nr. 17 in Ostbayern den Tod in den Fluten der Elbe fanden, ist noch in frischer Erinnerung. Das entsetzliche Unglück ereignete sich in dem Augenblick, als die Soldaten auf Befehl mit ihren Pferden die an dieser Stelle ziemlich tiefgehende Elbe durchschwimmen wollten. Mitten im Strom trat die Katastrophe ein und zehn blühende junge Leute fanden in den Fluten ihr Grab. Das Durchschwimmen der Elbe wurde trotz Verwarnungen eines dort wohnenden Wirtschaftsbeyers vorgenommen. Nach dem Unglück wurde die Schuldfrage lebhaft ventiliert und auch eine gerichtliche Untersuchung gegen die beiden beteiligten Offiziere eingeleitet. Das Verfahren ist aber wieder eingestellt worden, weil angeblich niemand die Schuld trifft und es im Manöver Momente gibt, wo die Verantwortlichkeit der Vorgesetzten aufhört.

### Der persische Verzweiflungskampf.

Die russischen Kriegsheer haben endlich ihr Ziel erreicht. Die persische Regierung ist besiegt und gedemütigt, das Parlament aufgelöst, und ganz Nordpersien steht in der Gewalt der russischen Truppen, die sich unaufhaltsam von der kaukasischen Grenze über das unglückliche Land ergießen. Während der persische Regent und die Minister zu stummen Werkzeugen Rußlands und Englands degradiert worden sind, ist die festeste Burg der Verfassungskämpfer, Täbris, von den Russen im Sturm genommen worden. Nachdem tagelang der Kampf in den Straßen getobt, sind die Verteidiger vor der russischen Uebermacht in die Berge geflohen, und über den Himmeln der stolzen Stadt, die bisher sowohl den Norden des Schahs Mahommed Ali, wie die russischen Truppen getrotzt, weht jetzt das blutbefleckte russische Banner. Die gesetzlichen Behörden sind abgesetzt und die Gewalt über die Stadt ist in die Hände der russischen Konsulsbeamten und der Leiter der militärischen Strafexpeditionen gegeben, die mit unumschränkter Vollmacht ausgerüstet sind.

Was sich in den letzten Wochen in Persien abgespielt hat, stellt zum Teil eine Kopie des italienischen Raubzuges Tripolis dar, zum Teil übertrifft es diesen an Inhumanität. Es ist als ob Rußland, im Verein mit England und von Deutschland sekundiert, mit Italien wetteifern würde, den europäischen Völkern die Heundelei der Friedenskongresse, den Trug der internationalen Verträge vor Augen zu führen, und den „Asiaten“ eine richtige Vorstellung von der „christlichen“ Kultur der kapitalistischen Staaten einzubläuen. Italien überfiel in tiefstem Frieden Tripolis, okkupierte kurzerhand diese türkische Provinz und machte mit allen Einwohnern, die sich gegen die fremdländische Invasion wehrten, als mit „Aufständischen“, kurzen Prozeß. Genau nach demselben Rezept handelt die russische Regierung in Nordpersien. Nachdem die Okkupation mit Trug und mit heuchlerischen Versprechen über die Selbstständigkeit

Persiens vorbereitet wurde, erklärt die Zarenregierung nun alle, die sich ihrem Gewaltstreich nicht unterwerfen, als Räuber und Aufständische, proklamiert in dem eroberten Täbris das Standrecht, rüstet Strafexpeditionen aus und schickt sich an, die „Schuldigen“ vor einem aus russischen Offizieren und Beamten zusammengesetzten Tribunal aburteilen zu lassen. Würde Rußland mit Persien Krieg führen, so müßte es nach den Vorschriften der zweiten Haager Konferenz, die sowohl von den Vertretern Rußlands wie Persiens unterzeichnet worden sind, gewisse Rücksichten auf die Perser nehmen. So müßte sie bei bewaffnetem Widerstand (nach Artikel 2) als „Kriegführende Seite“ betrachtet und dürfte ihnen (Artikel 50) keinerlei Kollektivstrafen auferlegen. Rußland führt aber angeblich gegen Persien — keinen Krieg. Es stellt bloß die „Ordnung“ in seiner „Einflußsphäre“ her, nachdem es der „Anarchie“ in der Verwaltung — durch die Vertreibung Morgan Shulters! — ein Ende gesetzt hat. Es pfeift deshalb auf alle Vorschriften der Haager Konferenz, die dem Krieg ein wenig von seiner abschreckenden Scheußlichkeit nehmen sollen. Es verwirft, der Lehre Stobeleffs eingedenk, daß man den Asiaten, wenn man die Herrschaft über sie erringen wolle, unarmherzige Knastschläge erteilen müsse, jede Möglichkeit, Persien selbst im Kriege wie einen Staat zu behandeln. Und es etabliert endlich, um seine in London und in Potsdam anerkannte Vormachtstellung in Nordpersien allen deutlich vor Augen zu führen, in den okkupierten Provinzen dieselben Zustände, die nach der Niederwerfung der Revolution in den Ostseeprovinzen, in Moskau, im Kaukasus und in Sibirien geherichtet haben. Die Mitteilungen, die von dem Endsichmen in Täbris und dem Kommandanten der persischen Truppen in Konstantinopel angelangt sind, bestätigen die unerhörte Grausamkeit und Barbarei der russischen Truppen. Sie geben zugleich auch ein ganz anderes Bild von den Ursachen der Kämpfe in Täbris, die offensichtlich, nach dem Muster des glorreichen Kosakenobersten Djachow, provoziert worden sind, um den Russen einen Vorwand zur Okkupation Nordpersiens zu liefern.

### Die Greuelthaten der Russen.

Wien, 8. Januar. Der Landrat von Täbris hat der Wiener „Neuen Freien Presse“ zufolge an das russische Konsulat in der türkischen Hauptstadt eine Depesche gerichtet, worin es heißt: „Vor zwei Tagen sind die Russen hier mit Gewalt eingedrungen. Sie erkärmten eine Schule und traten und schlugen die Kinder erbarmungslos nieder. Einwohner, die harmlos ihres Weges gingen, wurden niedergeschlagen oder niedergeschossen. Tags darauf traf aus Teheran die Nachricht von der Einstellung der Feindseligkeiten ein, was die Russen jedoch nicht hinderte, das Bombardement fortzusetzen. Im russischen Konsulatsviertel und in Waj Schomal drangen die Russen in die Häuser der Notabeln ein und raubten, was ihnen in die Hände fiel. Mehrere Notabeln wurden gefangen genommen. Auf den Straßen schlugen und schossen sie harmlose Einwohner, Frauen und Kinder nieder. Ich bitte, diese Greuelthaten der zivilisierten Welt zur Kenntnis zu bringen.“

### Türkei.

#### Die innere Krise.

Genosse Carvus schreibt uns aus Konstantinopel: Die Komiteeleute wollen die Auflösung des Parlaments, aber sie fürchten sie zugleich und sie fürchten zugleich den Fortbestand des gegenwärtigen Parlaments. Denn, abgesehen davon, daß sie ihre Majorität eingebüßt haben, möchten sie nicht, daß der Friede mit Italien noch vor den Neuwahlen geschlossen werde. Denn, wenn sie mit einem schlechten Friedensvertrag vor die Wähler treten, werden sie den ganzen Jora der Bevölkerung über sich ergehen lassen müssen. Sie möchten also Parlamentsauflösung und sofortige Wahlen. Die Opposition sieht mit Zuversicht den Parlamentswahlen entgegen, aber sie möchte noch vorher die Regierungsgewalt den Händen des „Komitees“ entwinden, um den Regierungsapparat bis zu den Wahlen mindestens zu kontrollieren; sie fürchtet auch, daß man ihr keine Zeit zur Wahlagitiation lassen würde. Daher das Interesse der Opposition an einem neutralen Ministerium und ihr Interesse an der Aufhebung der Kriegsgerichte bezw. des Belagerungszustandes. Daß es sich für die „liberale Verständigung“ dabei nicht um liberale Grundzüge, sondern ausschließlich um ihr eigenes Wahlinteresse handelt, ergibt sich aus der Tatsache, daß sie folgenden Bedingungen zugestimmt hat, die das „Komitee“ als Kompensation für die Aufhebung des Belagerungszustandes gestellt hat:

1. Verschärfung des Streikverbots für Arbeiter und Angestellte öffentlicher Institute.
  2. Verbot der Versammlungen unter freiem Himmel.
- Die reaktionäre Politik des Komitees gegenüber den Arbeitern geschah und geschieht unter dem unmittelbaren scharfen Druck seitens der Großmacht. Diese sind es auch, die zur Verstärkung der Regierungsgewalt gegenüber dem Parlament drängen. Denn sie wissen, daß, wenn erst das Parlament geschlossen wird, sie mit den Männern der türkischen Regierung, wer sie auch sein mögen, un schwer ihre Kaufgeschäfte werden abschließen können. Darum wird denn auch neben dem unbedrängten Neat des Sultans, das Parlament aufzulösen, das Recht verlangt, das Parlament zu Kriegszustand zu suspendieren.

Im Wirbelsturm der parlamentarischen Kämpfe gingen die neuesten Gebietsabtretungen an England und Frankreich unbedacht vorbei. Das Parlament nahm sie stillschweigend hin, die Presse hätete sich, auch nur ein Wort der Kritik zu äußern. Man fand sich also mit den Tatsachen ab.

Das sind nicht die einzigen Verluste, die der Krieg dem Osmanischen Reiche gebracht hat. Denn wie es sich jetzt, nach der Veröffentlichung des Vertrages mit dem Imam Jahja herausstellt, hat die Türkei in aller Form an diesen einen großen Teil des Jemen (Arabien) abgetreten.

### Das neue Ministerium.

Konstantinopel, 2. Januar. Das neue Ministerium hat sich gebildet. Großwesir wird Said Pascha, Scheich ul Islam Resid Effendi, Ministerium des Inneren Talaat, Ackerbauminister Senator Anstabi, Unterrichtsminister Emrullah, Arbeitsminister Sinapiam, während die übrigen Minister auf ihren Posten bleiben. Das Kabinett setzt sich vollständig aus Mitgliedern der fortschrittlichen Union zusammen.

### Der Krieg.

#### Vom tripolitanischen Kriegsschauplatz.

Rom, 8. Januar. Die Agenzia Stefani meldet aus Tripolis von gestern abend 11 Uhr: Die Kavallerie nahm bis zehn Kilometer südwestlich von Sinqara Erkundungsritte vor, ohne indessen Spuren des Feindes zu finden.

Das Torpedoboot „Cigno“, das eine Fahrt an der Westküste machte, gab 60 Granaten auf ein bei Port Fortwa befindliches feindliches Lager ab und trieb zahlreiche Bewaffnete, darunter einige Reiter, in die Flucht.

Rom, 8. Januar. Aus Tripolis wird berichtet, daß die italienischen Flugapparate ihre Aufstiege wieder auf-

genommen haben und bedeutende Truppenansammlungen in der Umgegend feststellen.

### Neue Truppen sendungen nach Tripolis.

Rom, 8. Januar. Von hier aus sind die Infanterieregimenter Nr. 20, 30 und 60 abgegangen. Ferner werden zwei weitere Bataillone Alpenjäger mobil gemacht werden. Die Einschiffung erfolgt in Neapel.

### Eisenbahnen für Tripolis.

Rom, 8. Januar. Die italienische Regierung hat bedeutende Materialbestellungen für Eisenbahnen gemacht, die in Tripolis gebaut werden. Es handelt sich um ein Bahnnetz von 500 bis 600 Kilometer. Davon sollen 60 Kilometer bereits Ende Februar in Betrieb genommen werden. Die Spurweite der Gleise wird 65 Zentimeter betragen.

### Vom bulgarischen Vandalenkrieg.

Saloniki, 8. Januar. (Nachricht des Wiener K. K. Telegr. Korresp.-Bureaus.) Bei Gale in der Nähe von Köprülü ist es zu einem Kampfe mit einer Bulgarenbande gekommen, der der letzte Eisenbahnanschlag bei Köprülü zugeschrieben wird. Nach zweistündigem Feuer flüchtete die Bande unter Zurücklassung von fünf Toten. Auf türkischer Seite ist ein Soldat gefallen, zwei sind verwundet.

### Deutscher Protest gegen die Schließung italienischer Banken in der Türkei.

Konstantinopel, 8. Januar. Der deutsche Botschafter legte bei der Porte schriftlich Verwahrung ein gegen die Sperrung der italienischen finanziellen Establishments in der Türkei. Baron Marschall weist darauf hin, daß, nachdem den italienischen Residenten in der Türkei infolge des Kriegszustandes die Kapitulationsrechte vorbehalten wurden, diese nach Rahgabe des türkischen Befehles behandelt werden müssen, die aber eine solche Sperrung nicht zulassen. Außerdem bedeute die obige Verfügung eine schwere Schädigung aller derjenigen, die Gelder deponiert haben und ver hindert waren, hierüber zu disponieren.

### Freilassung der freischen Abgeordneten.

Athen, 8. Januar. Das hiesige Parlament schloß heute früh seine Sitzungen. In Prota erfolgte heute die Freilassung der von den Schumächtern gefangengehaltenen 24 Abgeordneten. Das revolutionäre Parlament vertagte sich auf einen Monat.

### Die Revolution in China.

#### Juanhschikai nimmt den Kampf gegen die Revolution auf.

Paris, 8. Januar. „New York Herald“ meldet aus Peking: Der Kampf zwischen dem Norden und dem Süden Chinas ist unvermeidlich geworden. Nach einer Audienz, welche Juanhschikai gestern im Palais hatte, telegraphierte er an den bisherigen kaiserlichen Delegierten in Schanghai, Chang Tao Ji, daß die Kaiserin Witwe und der Regent seine Demission angenommen haben. Er erklärte, alle Verträge, die zwischen ihm und Lu Ting Tsang abgeschlossen wurden, für null und nichtig und bezeugte Chang Tao Ji als Verräter. Die Kaiserin hat 50 000 Unzen Gold zu einem Kriegsfonds an Juanhschikai zur Verfügung gestellt, außerdem verpflichtete sie sich, bei den Randkuprungen durchzusehen, daß auch diese bedeutende Summen zur Fortsetzung des Krieges spenden. Juanhschikai teilte den ausländischen Gesandtschaften mit, daß er entschlossen sei, zugunsten der konstitutionellen Monarchie zu kämpfen. Er erklärte, daß er im Vollbesitz aller Mittel im Norden des Jangtschlang sei und er hoffe, daß die revolutionäre Bewegung, die in den südlichen Provinzen ausgebrochen sei, von selbst in sich zusammenfalle.

### Aus der Partei.

#### Ein Neujahrshörschitz der Breslauer Genossen.

Der Polizeipräsident von Breslau hat im Verlauf seiner Antzei die freigeordnete Arbeiterpartei mit Verfolgungen aller Art recht reichlich bedacht. Das Verhalten der Polizei bei Straßendemonstrationen, das konsequente Konfiszieren der roten Krangschleifen, das Verbot an den österreichischen Reichsratsabgeordneten Jockl und noch andere Bevormundungen in großer Zahl legen Zeugnis davon ab, wie die Breslauer Arbeiterpartei durch die Polizei verfolgt wird. Um sich dafür nur einmal in anderer Form schuldig zu halten, leisteten sich die Breslauer Genossen einen recht gelungenen Neujahrshörschitz.

Für den Abend des Neujahrstages hatten sie eine Wählerversammlung nach dem Gewerkschaftshause einberufen, die von 1000 Personen besucht war. Der frühere Abgeordnete Genosse Wöhle-Strahburg war als Redner vorgesehen. Da dieser zu Beginn der Versammlung noch nicht eingetroffen war, machte zunächst der Vorsitzende, Genosse Löbe einige einleitende Bemerkungen, um dann dem inzwischen „aus dem Süden“ erschienenen Redner das Wort zu erteilen, der in reichlich einer Stunde mit ausgesprochen österreichischem Dialekt und mehrfachem Hinweis auf österreichische Verhältnisse die Breslauer Arbeiter auf die Bedeutung der bevorstehenden Reichstagswahlen hinwies. Nachdem der Redner geendet und die Versammlung wegen der in „bedenkliche Nähe gerückten Abfahrtszeit“ schon wieder verlassen hatte, machte der Vorsitzende davon Mitteilung, daß der Redner nicht der Genosse Wöhle-Strahburg, sondern der österreichische Reichsratsabgeordnete Jockl gewesen sei. Derselbe Jockl, dem der Polizeipräsident von Breslau vor Jahresfrist das Reden in Breslau verboten hat, Minutenlang, kühnlicher Weise folgte diesen Worten, und die Freude über den gelungenen Neujahrshörschitz leuchtete allen noch lange nachher aus den Augen. Der überwiegende Polizeikommissar machte allerdings ein recht verdächtig Gesicht, fand aber keine Gelegenheit mehr, um in Aktion zu treten.

#### Die norwegische Sozialdemokratie

hat im Laufe des verflorenen Jahres eine lebhaftere Agitation als je zuvor entfaltet und damit auch außerordentlich gute Erfolge erzielt. Die Organisation ist überall stark gewachsen und damit auch die Abonentenzahl der Parteipresse. „Sozialdemokraten“ in Kristiania hatte beim vorigen Jahreswechsel rund 14 000 Abonnenten, jetzt sind es über 20 000 — eine große Zahl bei rund 250 000 Einwohnern der norwegischen Hauptstadt. Im Herbst dieses Jahres wird das norwegische Störing neu gewählt, und es ist zu erwarten, daß schon infolge des außerordentlich starken Wachstums der Partei und ihrer Presse die Sozialdemokratie weit zahlreicher als bisher in das Parlament einziehen wird.

Kurz vor Jahreschluss fand in Kristiania die Wahl eines Vergleichskommissars und seines Stellvertreters statt. Hierbei siegten die beiden sozialdemokratischen Kandidaten mit 5629 und 3501 Stimmen gegenüber den Kandidaten der vereinigten bürgerlichen Parteien, von denen der eine, der Hauptkandidat, 4837 Stimmen, der Stellvertreterkandidat 2073 Stimmen erhielt. Es ist das erste Mal, daß die Sozialdemokratie in einer Wahl siegt, bei der von der ganzen Stadt nur ein Vertreter und ein Stellvertreter zu wählen ist. Die Aufgabe der Vergleichskommission ist, in privaten Streitigkeiten zu vermitteln, bevor die Klagen zu gerichtlicher Entscheidung kommen. Die Beteiligung an diesen Wahlen ist seit jeher sehr schwach, weil die große Masse der Wähler offenbar die Bedeutung des zu besetzenden Amtes unterschätzt.

# Gewerkschaftliches.

## Neue Maßregelungen bei der „Großen Berliner“.

Der Direktion der Großen Berliner Straßenbahn scheint die Zahl derjenigen Angestellten, an denen sie bisher ihr Mitleid schenkte, noch nicht zu genügen. Nach den Vorschriften, wie sie von den Führern den Mitgliedern des gelben „Vereins der Straßenbahnangestellten“ gegeben werden, wird die Hege gegen die Vertrauensleute des Verbandes der Straßenbahner ganz systematisch betrieben. Sobald die Herren Gelben einen Vertrauensmann des verhassten Verbandes herausgespielt haben, wird er der Direktion gemeldet und zur Entlassung empfohlen.

Dem Verband der Straßenbahner gehen täglich eine Anzahl Schreiben zu, in denen diese Dinge bestätigt werden. So teilt ein Straßenbahner mit, daß gegen ihn das reine Untersuchungsverfahren eingeleitet worden ist; Kollegen von ihm wurden zum Bahnhofsvorsteher gerufen, denen man das Geständnis herauszupressen suchte, daß der Betreffende sie zu Mitgliedern für den Verband habe werden wollen. Eins der übrigen eingegangenen Schreiben hat folgenden Wortlaut:

Herrn O. Ortman

Berlin, Engelauer 16.

Ich teile Ihnen ergebend mit, daß ich von heute ab mein Amt als Vertrauensmann niederlege und zwar aus dem Grunde, weil mir sonst meine Kündigung zum 15. Januar bevorsteht. Um diesem aus dem Wege zu gehen, weil ich meine Familie in Betracht ziehe, entschließe ich mich, das Amt niederzulegen und gleichzeitig aus dem Verbands auszuscheiden. Von bestimmter Hand ist mir heute mitgeteilt worden, daß ich andernfalls gekündigt werden soll, ich kann mich also augenblicklich nicht anders retten.

Unterschrift.

Derartige Vorstöße gegen das Koalitionsrecht ihrer Angestellten können sich die Direktion der Großen Berliner und ihre gelben Schützlinge ungestraft leisten, und dann heulmeiert die Scharfmacherpresse über den „Terrorismus“, den man den freien Gewerkschaften andichtet.

Auf Bahnhof 8 (Diener Straße) wird ein Fahrer zum 1. d. Mts. entlassen. Auf Anraten des Bahnhofsvorstehers geht derselbe nach dem Direktionsgebäude, um in seiner Angelegenheit eine Nachprüfung zu erbitten. Als er nun sein Begehren vorträgt, wird ihm sofort von einem Herrn Krause die Frage gestellt: „Gehören Sie auch dem Verband an?“ Erst nachdem er diese Frage verneint hat, wird in die Nachprüfung eingetreten.

Die geschäftsführenden Obmänner des gelben Vereins, die auf einzelnen Bahnhöfen als Bureauangestellten tätig sind, dürfen dagegen ungehindert während des Dienstes für den Verein agitieren. Die Agitation wird in folgender Weise betrieben: Die neuangestellten Bediensteten werden dienstlich ins Bureau bestellt. Hier wird dann der Versuch unternommen, dieselben in den Verein hinein zu pressen. Es ist sogar vorgekommen, daß den Leuten die Beiträge gegen ihren Willen vom Lohn abgezogen wurden, ohne daß der Betreffende erklärt oder erfolgt war. Wird aber ein im Verband der Straßenbahner Organisierter gefaßt, der den Versuch unternimmt, selbst außerhalb des Dienstes jemand für die Organisation zu gewinnen, so wird er sofort vom Dienst entbunden und entlassen. Wie die Bureaubeamten, so handeln auch die Mehrzahl der Bekehrten und Schaffner. Jeder neue Anhänger wird während der Bekehrzeit von diesen gequält, in den Verein einzutreten.

Der Beweis, welche Partei Terrorismus übt, wurde bei der Delegiertenwahl zur Betriebskrankenkasse am 18. Dezember recht deutlich erbracht. Auf verschiedenen Bahnhöfen wurden einer Reihe von Wählern die Stimmzettel der Gegenpartei abgenommen und die mit den Zielen der Gelben ausgerüsteten dann bis an die Wahlurne begleitet, damit sie bestimmt ihre Stimmen für den Verein abgaben. Man schert sich auch nicht, die moderne Organisation mit noch anderen Mitteln zu bekämpfen. Man verfährt in letzter Zeit die Geschäftsführung des Verbandes der Straßenbahner, Geheimbücher zu führen. Den Vertretern dieser Legende ist es dabei bekannt, daß die Organisation in jedem Vierteljahr in breiter Öffentlichkeit Bericht erstattet. Daß die Verbandsmitglieder noch den Mut besitzen, wie Männer aufzutreten und ihre Rechte zu wahren, das verwandelt bei den Gelben die Milch der frommen Denkart in blutiges Drachengift. Wollte ein „Gelber“ einmal als Mann und nicht als Knecht auftreten, er würde sofort in Ungnade fallen und die Hungerpeitsche ebenso zu kosten kriegen, wie die gemäßigten Verbandsmitglieder. Die Erregung der organisierten Straßenbahner wächst natürlich ins Ungeheure. Läßt die Direktion die Maßregelungen und die Verfolgung der Verbandsmitglieder nicht, dann könnte dies zu einer Explosion führen, die ihrem im Publikum an und für sich schon ziemlich tief stehenden Renommee noch mehr schaden wird.

## Berlin und Umgegend.

### Zur Tarifrevision des Berliner Buchdrucker-Giltspersonal

erhalten wir vom Verbandsvorstand des Giltarbeiterverbandes folgende Mitteilung:

Bei Beginn der am 18. Dezember in Berlin stattgefundenen Verhandlungen ist festgestellt worden,

1. daß die anwesenden Prinzipals- und Giltarbeitervertreter zum Abschluß eines Tarifes legitimiert sind.

2. Einmütig wurde in getrennter Beratung beschlossen, in Bezug auf die Haftpflicht folgende Erklärung abzugeben:

Die Organisation übernimmt prinzipiell für die hier vertretenen Städte, welche den Giltarbeitertarif abschließen werden, die Haftung für ihre Mitglieder im Falle von Kontraktbruch.

Die Haftung soll unter Mitwirkung des Hauptvorstandes der Giltarbeiterorganisation und der Vorstände der Bezirksvereine genau in der gleichen Weise geregelt werden wie seitens der Buchdruckerorganisation gegenüber dem Deutschen Buchdruckerverein.

8. Nach längeren Verhandlungen über die Festsetzung einer für die örtlichen Lohnverordnungen maßgebenden Skala wurde die Stafflung in folgender Weise angenommen:

Sämtliche Giltarbeiter mit einem Lohnbezug bis 12 M. erhalten eine Erhöhung von 12 1/2 Proz., über 12 bis 18 M. erhalten eine Erhöhung von 10 Proz., über 18 bis 27 M. erhalten eine Erhöhung von 7 1/2 Proz., über 27 M. erhalten eine Erhöhung von 6 Proz.

Der Vorschlag wird mit 18 gegen 9 Stimmen angenommen.

Es wird festgestellt, daß nach diesen Prinzipien nunmehr die örtlichen Vereinbarungen erfolgen sollen, wo eine Vereinbarung nicht zustande kommt, wird das Tarifamt beauftragt, die Festsetzung zu übernehmen.

Am Donnerstag, den 21. Dezember, hat zwischen Vertretern der Berliner Prinzipale und unserer Ortsverwaltung, eine verbindliche Aussprache stattgefunden, in der die Vertreter der Berliner Giltarbeiter mehrere Forderungen, die über obige Grundpositionen hinausgehen, aufstellten.

Roddem die Prinzipalvertreter bis zum Mittwoch, den 27. Dezember, mitteilen, daß sie die speziellen Wünsche nicht erfüllen könnten, sondern sich am 18. Dezember mit Majorität beschlossenen Sätze halten und Abänderungen vornehmen werden, hat eine Vorhandlung in Berlin am 28. Dezember beschlossen, mit

Verantw. Redakteur: Albert Wachs, Berlin. Inseratenteil verantw.:

Zustimmung der Lohnkommission am Freitag, den 20. Dezember, nicht zu den örtlichen Verhandlungen zu gehen.

Die Prinzipale haben nunmehr die Lohnfestsetzungen allein vorgenommen und diese dem Tarifamt der Deutschen Buchdrucker zur endgültigen Beschlußfassung vorgelegt. Das Tarifamt hat zum 8. dieses Monats eine Sitzung anberaumt und dazu beide Parteien geladen. Die Vertreter der Berliner Giltarbeiter lehnten ihr Erscheinen auch hierzu ab, worauf die beiden Verbandsvorsitzenden die Vertretung der Berliner Kollegenschaft übernahmen und nach mehrstündigen Beratungen mit den Berliner Prinzipalvertretern folgende Lohnsätze vereinbarten, die vom Tarifamt einstimmig als vom 1. Januar d. J. ab als zu Recht bestehend beschlössen wurden:

### Männliches Giltpersonal.

(Die eingeklammerten Zahlen sind die bisher gezahlten Löhne.)

Anleger am Tage bis 19 Jahre (30 M.) 21,50 M., Anleger von 19-20 Jahre (22 M.) 23,75 M., über 20 Jahre (28 M.) 28 M., Anleger nachts 28 M.

Linksanleger erhalten 1 Mark pro Woche mehr.

Lehrlinge über 16 Jahre (16,50 M.) 18,25 M., nach je einem Vierteljahr 0,75 M. pro Woche mehr. Nach Ablauf des 4. Vierteljahres tritt der Lehrling in die Lohnstufe seiner Altersklasse.

Punktlerner nach Vereinbarung.

Anleger am Ziegel (23 M.) 24,75 M., Wogenfänger bei Tage von 16-17 Jahren (15 M.) 16,50 M., über 17 Jahre (18 M.) 17,75 M., Wogenfänger nachts über 18 Jahre (21 M.) 22,75 M., über 18 Jahre (24 M.) 28 M.

Soalarbeiter bei Tage bis 19 Jahre (20 M.) 21,50 M., bis 20 Jahre (22 M.) 23,75 M., über 20 Jahre (28 M.) 28 M., Soalarbeiter nachts 24 M.

Abzieher bei Tage (26 M.) 28 M., nachts (30 M.) 32 M.

Sieher bei Tage (27 M.) 29 M., des Nachts (31,50 M.) 34 M.

Falzer bei Tage (24 M.) 26 M., nachts (27,50 M.) 30 M.

Schnurter erhalten 2 M. pro Woche mehr. Rotationsarbeiter bei Tage (26 M.) 28 M., nachts (29 M.) 32 M.

### Weibliches Giltpersonal.

Punktlerinnen (19,50 M.) 21 M., Anlegerinnen (18,50 M.) 20 M., Linksanlegerinnen erhalten 1 M. pro Woche mehr.

Ziegelanlegerinnen (17,50 M.) 19,25 M., Wogenfängerinnen (11,50 M.) 13 M.

Den Mitgliedern der Prinzipalvereinigung wird durch ihre Vertreter empfohlen, folgende freiwilligen Zulagen zu gewähren: Giltarbeiter, die über 20 M. Lohn haben und 1 M. über den bisherigen Normallohn hatten, erhalten eine Zulage von 1,50 M. Giltarbeiter mit über 20 M., die 2 und 3 M. über den bisherigen Normallohn haben, erhalten 1 M. Zulage. Giltarbeiter, die unter 20 M. Lohn haben und darüber hinaus entlohnt werden, erhalten ebenfalls eine Zulage von 1 M., desgleichen alle Giltarbeiterinnen, die über den bisherigen Normallohn erhalten.

Damit ist durch das Eingreifen der höchsten Verbands- und Tarifinstanzen die Berliner Tarifbewegung endgültig zum Abschluß gelangt. Es kann mit Befriedigung konstatiert werden, daß auch in den strittigsten Punkten (Nacht-Rotationsarbeiter und Falzer) eine die Giltarbeiter voll befriedigende Einigung erzielt wurde, trotzdem durch das passive Verhalten der Berliner Leitung der Abschluß sehr gefährdet war.

In den Berliner Betrieben wird im Laufe des heutigen Tages im Zirkularwege der Abschluß bekannt gemacht.

## Deutsches Reich.

### Zum Kampf im Isoliergewerbe.

Wenn manche Isolierfirmen hoffen, daß die Differenzen bei der Firma Reinhold u. Co. noch vor Neujahr beigelegt und am 2. Januar allgemein die Arbeit wieder aufgenommen werden könnte, so hat sich diese Hoffnung nicht erfüllt. Im Gegenteil hat sich der Kampf in den letzten Tagen durch das Verhalten einer Reihe von Firmen wesentlich verschärft. Am 22. Dezember fanden in Berlin zwischen den Vertretern des Bauarbeiterverbandes und des Verbandes der Isolierfirmen neue Verhandlungen statt, wobei sich beide Parteien um die vorläufige Beilegung der Differenzen bemühten. Dies wäre sicherlich auch gelungen, wenn der Firmenverband eine festgefügte Organisation mit disziplinierten Mitgliedern wäre. Aber das ist er nicht, sondern in diesem Verband handelt jede Firma auf eigene Faust und pfeift auf die Interessen der Gesamtheit. Bei den Verhandlungen wurde ein Provisorium vereinbart, dem etwa folgende Bedingungen zugrunde lagen: Sämtliche Filialen der Firma Reinhold u. Co. erkennen die für die betreffenden Orte abgeschlossenen Verträge an. In Leipzig, Frankfurt a. M. und Breslau sollen zur vorläufigen Beilegung der Differenzen Verhandlungen stattfinden. Wird bei diesen Verhandlungen überall eine Einigung erzielt, d. h. werden die Forderungen der Isolierer zu deren vorläufiger Zufriedenheit erledigt, so soll am 2. Januar die Arbeit überall wieder aufgenommen werden. In diesem Falle soll bis zum 1. April 1912 eine Art Waffenstillstand eintreten und über den endgültigen Abschluß von Verträgen verhandelt werden. Kommt an einem der drei Orte keine Einigung zustande, so gilt das Provisorium als abgelehnt.

Bei den Verhandlungen an den einzelnen Orten wurde nun nur in Frankfurt a. M. eine volle Einigung erzielt. Die Firmen bewilligten für die Zeit des Provisoriums eine Lohnerhöhung von 2 1/2 Pf. und erkannten auch einige andere Forderungen der Isolierer an. Auch in Leipzig einigte man sich bis auf einen Punkt. Der Vertreter der Firma Reinhold wollte den Leipziger Tarif anerkennen, jedoch mit der Bedingung, daß er die jetzt bei ihm beschäftigten Streikbrecher, falls er sie infolge Arbeitsmangels entlassen müßte, ohne Benutzung des Arbeitsnachweises der Isolierer wieder einstellen könne. Als sich die Vertreter des Bauarbeiterverbandes damit nicht einverstanden erklärten, weil das Verlangen des Firmenvertreters einen erneuten Vertragsbruch darstellte, erklärte sich der Filialvertreter bereit, die Entscheidung über diesen Punkt dem Hauptgeschäft in Hannover zu überlassen. Geachtet ist das Zustandekommen des Provisoriums und damit die Beilegung des Kampfes in erster Linie an der Volkseinigheit der Breslauer Firmen, die seit langem bestritten werden und denen es im Laufe der Zeit gelungen ist, einige Klausuren zu finden, mit deren Hilfe sie ihre notwendigen Arbeiten glauben fertigstellen zu können. Diese Herren erklärten sich zwar auch zur Bewilligung einer Lohnerhöhung bereit, lehnten es aber ab, bei Affordarbeit den Isolierern den Stundenlohn zu garantieren. Eine Intervention des Vorsitzenden des Firmenverbandes, Dr. Karweil-Berlin, war erfolglos, die kleinen Klausuren bleiben dabei, sie hätten die Anerkennung der Isolierforderungen nicht notwendig.

Da somit die Voraussetzungen für das Zustandekommen des Provisoriums nicht erfüllt waren, teilte der Deutsche Bauarbeiterverband dem Verband der Isolierfirmen mit, daß er das Provisorium als abgelehnt betrachte. Gleichzeitig ging er bei den Firmen zum Angriff über, die nach kurz vor Weihnachten einen Teil der Isolierer auswerteten. Es sind dies besonders die Firmen H. Gaale u. Co., Gelle und Grünzweig u. Hartmann-Ludwigs-Hafen. Bei diesen Firmen wurde am 2. Januar in allen wichtigen Filialen die Arbeit eingestellt. Bei allen übrigen Firmen, die sich mit der Firma Reinhold u. Co. solidarisch erklären und ebenfalls zur Auswertung eines Teiles der Isolierer greifen, wird das gleiche geschehen. Die organisierten Arbeiter werden daher ersucht, dafür zu sorgen, daß keine Streikbrecher an Stelle der kämpfenden treten!

### Christlicher Streikbruch.

Die Arbeiter der drei Schuhfabriken von Schwemningen stehen seit dem 18. Oktober 1911 im Streik, an dem auch ein Duzend „Christliche“ beteiligt sind. Der Kampf ist ein erbitterter. Die Fabrikanten sind zu keinerlei annehmbaren Zugeständnissen zu bewegen. Ihre Absicht ist sicher, die Arbeiterbewegung in Schwemningen lahmzulegen, um dann die Lohn- und Arbeitsbedingungen

willkürlich festlegen zu können. Man sollte annehmen, daß auch die „Christlichen“ den Ernst der Situation erfassen und dementsprechend handeln würden. Der Bezirksleiter des „Christlichen“ Lederarbeiterverbandes, Herr H a u t l i aus Tullingen, vertritt jedoch die Interessen der Arbeiter in sehr sonderbarer Weise. Am 16. Dezember ging er zu sämtlichen Schuhfabrikanten, um sich über den Stand der Sache zu „orientieren“. Was dabei gesprochener oder abgemacht wurde, entzieht sich unserer Kenntnis; was aber hierauf folgte, läßt es vermuten. Er berief eine Versammlung ein, an der abgegebene sechs Personen teilnahmen und bearbeitete dann diese nach der bekannten „Christlichen“ Methode. In der dann folgenden „gemeinen“ Abstimmung waren zwei für, drei gegen die Fortführung des Ausstandes, ein Teil wurde weiß abgegeben. Hierauf erklärte Herr H a u t l i, daß es nun keine Unterstützung mehr gebe. Obgleich sich nun noch mehr als hundert Personen im Ausstand befinden, besteht nach Ansicht der Leitung des „Christlichen“ Verbandes jedenfalls dort kein Streik mehr, weil drei „Christliche“ so „beschlossen“ haben, und es kann nun mit der Heranziehung „Christlicher“ Streikbrecher aus ganz Deutschland auf Kosten der „Christlichen“ Lederarbeiterverbandes begonnen werden, wie das bei dem im vergangenen Frühjahr in Stuttgart stattgefundenen Schuhmachereistreik geschah. Und derselbe Herr H a u t l i befand sich in einer von den Streikenden in Schwemningen am 2. Dezember abgehaltenen Versammlung, in der nach einem gescheiterten Unterhandlungsversuch fast einstimmig beschlossen wurde, den Kampf weiterzuführen, sah da, stumm wie ein Fisch und sprach kein Wort, obwohl es doch seine Pflicht gewesen wäre, seine etwa gegenteilige Meinung zum Ausdruck zu bringen. Der Streik der Schuhmacher in Schwemningen dauert trotz des „Beschlusses“ der drei „Christlichen“ nach wie vor unverändert fort, und ist Zugzwang streng fernzuhalten.

### Ausland.

Ein Streik der Lokomotivführer und Feizer droht in Buenos Aires, weil die Eisenbahngesellschaften sich weigern, deren Forderungen zu bewilligen. Ein Versuch des Ministers des Innern, eine Verständigung zwischen den Parteien herbeizuführen, ist gescheitert; die Eisenbahner haben die letzten Vergleichsvorschläge abgelehnt.

## Letzte Nachrichten.

### Filmbrand

fand in dem Kinematographentheater „Nachtviele“, Paul Altmann, in der Invalidenstr. 148, statt. Bei der gestrigen Vorstellung brannte gegen 1/10 Uhr abends bei Anfang eines Bildes ein Film, der sofort 4 bis 5 andere Filme mit anzündete. Dicke Rauchschwaden sowie helle Flammen schlugen aus dem Vorführraum. Dem Besizer dürfte es teuer zu stehen kommen, da die beiden Feuerhydranten für den arbeitenden Film sowie der vorchriftsmäßige Blechkasten für die lagernden Filme fehlten. Die Vorstellung mußte abgebrochen werden und konnte durch die anerkanntswerte, besonnene Haltung des Personals eine Panik verhütet werden.

### Generalfreik belgischer Vergarbeiter.

Brüssel, 3. Januar. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Bei dem von den Vergarbeitern des Forinage veranstalteten Referendum haben sich 9766 für und 1678 gegen den Generalfreik erklärt. Die Veranlassung hierzu ist die von den Unternehmern beabsichtigte vierzehntägige Lohnzahlung bei Einführung des neuen Pensionsgesetzes. Morgen findet die entscheidende Versammlung der Vergarbeiterdelegierten statt.

### Die geistigen Waffen unserer Gegner.

Zweibrücken, 3. Januar. Als am Montagabend der Parteigenosse Stadtrat S c h m a r z von einer Wählerversammlung zurückkehrte, wurden vor einem benachbarten Dorfe ungefähr 10 scharfe Revolverstücke auf ihn abgegeben, die zum Glück ihr Ziel verfehlten. Bei der Staatsanwaltschaft ist Anzeige gegen die unbekannteren Täter erstattet worden.

### Durch Vogerkampf Reuterei beendet.

Portsmouth, 3. Januar. (M. T. N.) Im Lager von Longmoor in der Nähe von Petersfield (Grafschaft Southampton) brach Silvesterabend eine Reuterei aus, die erst jetzt bekannt wird. Es scheint, daß einige schottische Soldaten, die in Longmoor lagen, empört darüber waren, daß ihnen nicht der ganze Neujahrsbrag freigegeben worden war. Sie versammelten sich, als die Richter ausgehört waren, warfen einige Patronen um und bombardierten unter Verwünschungen die Quartiere der Offiziere mit Steinen. Offiziere und Unteroffiziere kamen sofort in ihren Nachtgewändern aus ihren Baracken hervor, worauf die Reute Karrees bildeten, in das einige Sergeanten zu dringen versuchten; sie erlitten dabei aber Bajonettschläge und einer von ihnen wurde erschossen. Schließlich forderte ein als guter Voger bekannter Offizier den besten Voger unter den Leuten zum Einzelnkampf heraus. Offiziere und Mannschaften stellten sich im Kreise auf. Der Offizier besiegte den Soldaten, darauf kehrten die Reute langsam in ihre Baracken zurück.

### Kämpfe der Spanier in Marokko.

Madr. 3. Januar. (M. T. N.) Eine amtliche Depesche aus Melilla meldet, daß das Feldlager von S a m m a r gestern abend beschossen wurde, wobei Oberst Cascajares und drei Soldaten des Regiments San Fernando leicht verwundet wurden. Der Feind wurde bald zurückgewiesen.

### Zur türkischen Verfassungsänderung.

Konstantinopel, 3. Januar. (P. C.) Der Großvezir ist entschlossen, eine Debatte über die Abänderung des Artikels 33 der Verfassung nicht zuzulassen und im Falle der Ablehnung abermals zu demissionieren. Erst nach endgültiger Durchführung der Verfassungsreform wird die Kammer sofort aufgelöst werden und ein neues reines Kabinet gebildet.

In nachgehenden Kreisen der jungtürkischen Partei ist man bemüht, die Auflösung der Kammer und die Neuwahlen sobald als möglich herbeizuführen. Die Wahlen sollen womöglich noch vor dem Friedensschluß zwischen Italien und der Türkei stattfinden, da ein für die Türkei ungünstiger Frieden den Einfluß der Jungtürken sehr schädigen und wahrscheinlich sehr ungünstige Wahlresultate für sie zur Folge haben würde.

### Die Räumung von Hanhang.

Peking, 3. Januar. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) L i h u a n h e n g hat sich wegen der Verletzung des Waffenstillstandes durch die Republikaner von Hanhang entschuldigt und zwei dafür verantwortliche Obersten entlassen. Der Vizekönig von Hanhang hat den Revolutionären mitgeteilt, daß tausend Wagen nötig seien, um die kaiserlichen Truppen aus dieser Stadt zu entfernen, daß aber nur 50 zur Verfügung ständen, und daß deshalb die Räumung der Stadt ungefähr 14 Tage in Anspruch nehmen würde. T s c h a o e r s h e n g, der frühere Vizekönig von Szechuan, hat mit Unterstützung von Soldaten aus Tibet Tschengtu wieder eingenommen, wobei zwei republikanische Führer umkamen.

Mus der Geschäftspraxis des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie.

Mehrfach erhielten wir im letzten Jahr Zuschriften, in denen uns gar seltsame Dinge über den höchst eigenartigen Geschäftsbetrieb des bekanntlich zur Verteidigung der heiligsten deutschen Kulturgüter gegen die „kulturfeindliche“ Sozialdemokratie gegründeten ehrsamten Reichsverbandes gemeldet wurden...

Von einem rheinländischen Mitarbeiter erhielten wir nun dieser Tage eine Reihe Briefe des Hamburger Vertrauensmannes des Reichsverbandes und Leiters der dortigen Schriftenverhandlungsstelle, eines Herrn F. Harnsen (Hamburg, Ellerortsbrücke) an seine im rheinisch-westfälischen Industriegebiet tätigen Agenten überhand, die nicht nur viele der uns früher zugegangenen Mitteilungen bestätigen, sondern auch ein so strahlendes schönes Licht auf die Geschäftspraxis des ehrsamten Liebertschen Reichsverbandes werfen...

Es handelt sich in den nachfolgenden Briefen nur um die Geldsammelungsarbeit von Reichsverbandsagenten im rheinischen Industriegebiet; aber immerhin genügen die Briefe zur Beurteilung des Reichsverbandes und seiner Helfershelfer. Vielleicht werden sich der Regierungspräsident von Köln, der Landtagsabgeordnete und Geheimere Kommerzienrat Vorster, Professor Moldenhauer in Köln, Kommerzienrat Baare in Bochum, der Großindustrielle August Klönne in Dortmund und zahlreiche andere Großfabrikanten des Westens beeilen, eine mit den schärfsten Desinfektionsmitteln ausgerüstete Kolonne mit der Säuberung ihrer Konferenzzimmer zu beauftragen...

Ausgerüstet mit Vollmachten, Empfehlungsschreiben, Zeichnungsscheinen usw., ließ der Vertrauensmann des Reichsverbandes seine Leute auf die Industriellen, Großunternehmer usw. der Industrieregionen am Niederrhein und an der Ruhr los, um die in ihrem Hass gegen die Organisationen der Arbeiterschaft und die politische Vertretung der letzteren blinden Kapitalisten zu plündern. Denn anders ist das Treiben der „Bevollmächtigten des Reichsverbandes“ und Akquisiteure des Hamburger Vertrauensmannes nicht zu charakterisieren...

zur Hälfte in den Taschen des Herrn Harnsen und seiner Leute verschwinden würde.

Die Bevollmächtigten unterbreiteten, nachdem sie die großindustriellen Opfer genügend chloroformiert hatten, ihre „Zeichnungsscheine“, die so aussehen:

Zeichnungsschein No. \_\_\_\_\_

Hiermit zeichne ich im Interesse der Bestrebungen des

„Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie“

Hauptsitz Berlin

einen Betrag von Mark \_\_\_\_\_

zur Versendung von Aufklärungsschriften.

Name Ort Straße.

Zwar war den „Bevollmächtigten“ vertraglich verboten, Geld einzukassieren; trotzdem ist es, wie die Briefe beweisen, des öfteren vorgekommen. Die Agenten mußten die ausgefüllten Scheine an die Versandstelle in Hamburg schicken, worauf Harnsen das Geld von den Spendern einzog. Die Scheine sandte Harnsen dann den Agenten sofort zurück, damit sie mit den Namen der Spender auf den ausgefüllten Scheinen andere überredeten.

Der Reichsverband bekam nur 50 Proz.; 20 Proz. behielt Harnsen, der „Vertrauensmann“, und 30 Proz. erhielten die Bevollmächtigten, die „Reisenden“.

Wenn man aus dem Schriftwechsel zwischen Harnsen und seinen Angestellten vernimmt, wie ein Teil dieser Herren „gelebt“ hat, dann muß man allerdings zu der Ueberzeugung kommen, daß die 30 Proz. nicht zu viel waren. Denn diese Bevollmächtigten haben die blauen Scheine der Großindustriellen recht nutzbringend zur Vertilgung von Alkohol zu verwenden verstanden. Einer hat auch seine „Bekanntschaft“ von Ort zu Ort mitgenommen. Wenn man einen Industriellen „gemacht“ hatte, wurde sofort, vielfach telegraphisch, von Harnsen die Provision verlangt; und wenn nichts gemacht wurde, mußte Harnsen Vorschüsse hergeben. Wenn Geld da war, wurden große Feschen gemacht; auf 30, 50, ja 100 und mehr Mark pro Abend kam es nicht an. Trotz der großen Einnahmen blieben die Herren vielfach ihre Hotel- und Schneiderrechnungen schuldig. Zwei von ihnen zahlten nur selten, und bei dem Hauptbeteiligten der unten folgenden Korrespondenz scheint es nahezu väterländischer Grundsatz gewesen zu sein, Schulden zu hinterlassen. Ein Schwarm unbezahlter Rechnungen schwirrte stets hinter den Bevollmächtigten Geyer und Herdt her, und viele Benachteiligte wandten sich an Harnsen und auch direkt an den Reichsverband in Berlin.

Durch Brief aus Kassel vom 6. Februar wird Geyer aufgefordert, sofort seine Logischuld zu zahlen, „sonst bin ich gezwungen, an Ihr Haus zu schreiben“. In Frankfurt wurden dem Herdt, in Elberfeld dem Geyer, in Bochum wieder dem Herdt die Sachen festgehalten, weil sie die Wohnung nicht bezahlt hatten. In Düsseldorf schuldete Geyer einem Spezialhaus für Fertenartikel 141,70 M., wofür der Inhaber im August drei Tratten a 47,20 M. sandte, die an den drei folgenden Monatsfesten einzulösen waren, worauf der Inhaber aber bis heute noch wartet. In Köln hinterließ Geyer ebenfalls Schneider- und sonstige Schulden und allein an Kost- und Logischulden 400 M., da bei den Logisleuten auch die „Bekanntschaft“ des Herrn Geyer wohnte usw.

In den Briefen Harnsens an „seine“ Agenten finden wir denn auch immer wieder Vorhaltungen wegen der endlosen Schuldenmachereien, da die Betrogenen ihm auf den Hals rückten.

Doch lassen wir jetzt ein Teil der Briefe folgen. Aus Raumrücksichten mußten wir verschiedene von vornherein ausschließen und andere erheblich kürzen.

Vieversprechend beginnt gleich der erste der Briefe:

Hamburg, den 17. Februar 1911.

Herrn Fr. Geyer, Elberfeld.

... Ich bedauere, Ihrer Forderung, Ihnen am Sonnabend 50.- M. senden zu sollen, keineswegs gerecht werden zu können und muß Ihnen sagen, daß ich diese Zusage wiederum unerfüllt finde. (Hören Sie nur auf, denn Sie machen mich krank.) Ich schrieb mir, daß Sie Aufträge in Höhe von 380.- M. zu Händen hätten, und Sie telephonierten mir aus Elberfeld, daß Sie gestern morgen 100.- M. gemacht hätten, und wären dies doch 480.- M.? Mein Schreiben mit der Ihnen gesandten Kontoausstellung berühren Sie geflissentlich überhaupt nicht, obgleich ich Sie ersuchte, mir mitzuteilen, ob diese Aufstellung in Ordnung.

Hochachtungsvoll

F. Harnsen.

Hamburg, 17. März 1911.

Herrn Fritz Geyer, Elberfeld.

Bei meiner Rückkehr finde ich Ihre Karten vom 8., 9. und 15. d. M. vor und habe ich ihre Aufträge:

- D. E. Schriewind, Elberfeld . . . 100.- M.
W. Wödinghaus, Elberfeld . . . 100.-
W. Hebebrandt, Elberfeld . . . 30.-
Frohwein, Elberfeld . . . 50.-
Jung u. Simons, Elberfeld . . . 100.-
Feldhof, Varmen . . . 100.-
H. W. Ragel, Varmen . . . 100.-

Ihrem Konto übertragen. Sie wollen mir bitte noch bestätigen, daß diese Aufträge nach den von mir kassierten 1080.- M. gewonnen wurden und daß dies alles ist. . .

Hochachtungsvoll

Verhandlungsstelle der Schriften des Reichsverbandes.

F. Harnsen.

Vertrauensmann des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie.

Hamburg, 23. März 1911.

Herrn Fritz Geyer, Elberfeld.

... Sie halten es wieder nicht für nötig, mir die letzten Aufträge zu überschreiben und ersuche ich Sie nochmals darum. . . Wie kommen Sie dazu, mir vorzuwerfen, daß ich kein Einsehen besitze und Ihnen mit Aufrechnungen kästig falle? (Die „Aufrechnungen“ beziehen sich auf den enormen Vorschuß Geyers. Die Red.) Daß ich Ihnen dann und wann die Situation durch eine Aufrechnung vor Augen führe, hierzu halte ich mich wirklich berechtigt und wollen Sie derartige Spizen in Ihren Zuschriften unbedingt unterlassen, wenn Sie nicht wollen, daß wir wieder aneinandergeraten.

Hochachtungsvoll

F. Harnsen.

Hamburg, 24. März 1911.

Herrn Fr. Geyer, Elberfeld.

... Ich habe Ihnen wiederholt erklärt, daß ich nur noch von Fall zu Fall Kasse senden kann, da unter obwaltenden Umständen es heller Wahnsinn wäre, Ihnen feste Bezüge zuzusichern. Wie weit wäre ich schon, wenn ich Herrn G. immer häufiger jede Woche 125 M. gesandt hätte, da Herr G. in den letzten acht Tagen mit einer weiteren Order überhaupt nicht überschrieben hat. Auch heute geben Sie mir Ihre weiteren Orders nicht auf, so daß ich annehmen muß, daß Sie in diesem Fall

wieder nicht ordnungsmäßig vorgegangen sind. Ich ersuche Sie zum letzten Male, mir hierüber Aufklärung zu geben, da ich nicht gewillt bin, mir weitere derartige Gefallen zu lassen.

Hochachtungsvoll

F. Harnsen.

Hamburg, 29. März 1911.

Herrn Fr. Geyer, Elberfeld.

Ihre Zuschrift (Karte) vom 28. d. M. habe ich erhalten und Ihre neuen Aufträge:

- Karl Paas u. Sohn, Varmen . . . 100.- M.
Gehhardt u. Co., A.-G., Böhwinkel . . . 100.-
Schlieper, Böhwinkel . . . 100.-

verbucht. Die vorher aufgeführten Firmen Jung u. Simons, Vartels, Feldhof und H. W. Ragel hatte ich schon notiert. Es sollte mich freuen, wenn Sie heute und Donnerstag noch 500.- bis 600.- M. hereinbringen, doch kann ich wiederum nicht verstehen, daß Ihre Verbindlichkeiten nur wieder mit einem Hundertmarkschein zu lösen sind. Trotz Ihrer Abneigung, Ihr Soll und Haben illustriert zu sehen, gestatte ich mir, Ihnen ins Gedächtnis zu rufen, daß Sie für den Elberfelder Feldzug von mir an Kasse ab 4. Februar bis jetzt 985.- M. bezogen haben. An Aufträgen schafften Sie herein für 1900.- M., so daß Ihre Provisionsforderung 588.- M. Sie hätten also in Elberfeld, statt von Ihrem Konto herunter zu kommen, wieder eine Ueberprovision von 377.- M. von mir herausgezogen, also nicht 30 Proz. sich auszahlen lassen, sondern 50 Proz., so daß Sie genau mit meinem Verdienst abschwimmen. Sie wissen sehr gut, daß ich nicht mehr mit einer Binde vor den Augen herumlaufen will, und wollen Sie sich erklären, was Sie zur Minderung dieses Resultates zu tun gedenken. Daß Sie hierüber nicht nachgedacht haben, beweist Ihr Ansinnen, daß ich am Donnerstag weitere 100.- M. für Sie bereit halten soll.

Sie wissen selbst, daß von großen Spesen Ihrerseits keine Rede sein kann, denn Sie hatten doch nur in Elberfeld zu tun, und trotzdem haben Sie in noch nicht 2 Monaten 1000.- M. Klein bekommen. Kommentar überflüssig!!

Wenn Sie wirklich und aufrichtig an eine Regulierung Ihres Kontos gedacht hätten, so wären Sie mit 500.- M. doch sehr bequem und anständig ausgekommen.

Hochachtungsvoll

F. Harnsen.

Hamburg, 31. März 1911.

Herrn Fritz Geyer, Elberfeld.

Ihre Zuschrift vom 30. d. M. habe ich empfangen und Ihre neuen Aufträge:

- H. E. Dide, Varmen M. 50.-
A. Brünninghaus Söhne M. 100.-
Albert u. Henke's, Langerfeld, Kreis Schwelm M. 100.-

Ihrem Konto zugeschrieben. Zeichnungsscheine werden Sie heute morgen in Düsseldorf vorgefunden haben und vermittels dieser Scheine Ihre Kassenlände herein bekommen haben. Ihrem Wunsch, Ihnen weitere M. 100.- zu übersenden, entspreche ich auf keinen Fall, denn es ist nicht meine Sache, wenn Sie mit der Ihnen übersandten Kasse in so unsinniger Weise wirtschaften. (Siehe mein Schreiben vom 29. cr.) Bei der Ihnen übersandten Kasse hatten Sie wahrlich nicht nötig, in Elberfeld noch Schulden zu kontrahieren und ist es mir unverständlich, daß Sie in gewissem Sinne mich für Ihre Sachen heranziehen.

Hochachtungsvoll

F. Harnsen.

Aug. Klönne, Dortmund, 1. April 1911. Herrn Herdt, 3. St. Hotel Kaiserhof, Dortmund.

Beit. Reichsverband gegen Sozialdemokratie.

Auf Grund Ihrer Darstellung gelegentlich Ihres gestrigen Besuchs zeichne ich hiermit einen einmaligen Betrag von hundert Mark und bitte um Mitteilung, unter welcher Adresse der Betrag einzuzahlen ist. Eine Beitragsleistung von 50 Pf. für jeden beschäftigten Arbeiter, wie Sie solche vorschlugen, muß abgelehnt werden, zumal hier am Plage Vorkehrungen mit gleichem Ziele im Gange sind, die meine Beihilfe fordern.

Hochachtungsvoll

ppa. Aug. Klönne, Busfert, Boch.

Hamburg, 5. April 1911.

Herrn Fritz Geyer, Hagen i. W.

... Was Herr Herdt Ihnen über die M. 15.-, die Sie ihm geliehen, unterbreitet, ist eine glatte Lüge, denn ich weiß von alledem nichts. . .

Hochachtungsvoll

F. Harnsen.

Hamburg, 10. April 1911.

Herrn Erich Herdt, Düsseldorf.

Im Anschluß an die mit Ihnen gehabte telephonische Unterredung muß ich Ihnen nochmals erklären, daß Ihre Handlungsweise mir gegenüber wiederum derartig unfair, daß ich keine Ausdrücke hierfür finde. . . Ich hatte bestimmt damit gerechnet, daß Sie in Dortmund gut abschnitten würden, da ich sonst wiederum Ihrem Vorschuh gegenüber ratlos dastehende. Am 1. März war Ihr Konto laut meinem Schreiben auf 850,00 M. angelaufen, über welchen Betrag Sie mir Schuldschein überreichten. Die Verzinsung ging am 1. März bis zu Gerresheimer Glashüttenwerke. Nach diesem machten Sie

- Hermes u. Co. . . . 200,00 M.
Klossbach u. Co. . . . 100,00
Widingsche Industrie . . . 150,00
Schulte u. Rinzen . . . 80,00
Aug. Klönne . . . 100,00
Fuchs . . . 100,00
Petri u. Heding . . . ?
Schächtermann u. Kremer . . . 160,00
Maschinenfabrik Deutschland . . . 75,00
Both u. Tillmann . . . 50,00

955,00 M.

für welche Sie an Provision rund 250,00 M. zu beanspruchen hatten. . . Empfangen haben Sie am 4. März 473,00 M.

so daß zu dem Vorschuß von 850,00 M. weitere 228,00 M. hinzugezogen, ganz abgesehen davon, daß Sie innerhalb eines Monats es fertig brachten, 500,00 M. zu verbrauchen, wenn auch von diesem Betrag für Kleidung 100,00 M. abzuziehen sind. Ich sehe vollkommen ein, daß Sie nicht imstande sind, Ihr Wort zu halten und ersuche Sie mit diesem auf Grund des von Ihnen unterschriebenen Reverses, mir Ihr gesamtes Material auf hier zu senden, da ich wirklich nicht länger Lust habe, mich von Ihnen an der Kasse herumzerrn zu lassen, denn alle Ermahnungen und Verwahrungen Ihrerseits sind leerer Schall. Ich verheße nur nicht, wie Sie sich zum Richter anderer Leute aufwerfen können.

Achtungsvoll  
F. Harmjen.

Hamburg, 15. April 1911.

Herrn Fritz Geher, Hagen i. W.

Von der Firma Karl Paas u. Sohn in Barmen erhalte ich mein Anschreiben mit Vermerk auf Rückseite retour und wollen Sie sich umgehend hierüber äußern. Von der Firma H. W. Kugel und A. Schlieper steht uns ebenfalls der Betrag noch aus, so daß ich zu der Annahme neige, daß auch mit diesen Aufträgen nicht alles in Ordnung sein wird.

Achtungsvoll  
F. Harmjen.

Hamburg, 18. April 1911.

Herrn Fritz Geher, Hagen i. W.

Ihre Zuschrift vom 16. d. M. habe ich erhalten und wüßte ich nicht, daß ich in irgendeiner Form unfair gegen Sie gehandelt hätte. Sie haben vom 1. bis 15. 185,00 M. von mir bekommen, so daß Sie also wieder rund 200,00 M. in 14 Tagen verbraucht haben. Es gehört, wie gesagt, schon eine große Mühseligkeit, die Ihnen jedoch eigen, dazu, mir einen derartigen Vorwurf zu machen. Aus der Nicht-Übersendung des Scheines von Karl Paas u. Sohn ersehe ich ferner, daß Sie mich mit diesem Auftrag einfach duplierten (oder haben Sie hierfür einen anderen Ausdruck?). Schein A. Schlieper und A. W. Kugel sende ich Ihnen anbei zurück.

Ihre Zuschrift strotzt wieder von Unverschämtheiten und behaupte ich, daher Ihnen einen weiteren Vorwurf nicht zu bewilligen, da Sie anzunehmen scheinen, daß ich hierzu eine Verpflichtung. Leuten wie Ihnen gegenüber eine Grundlage zu schaffen, bei der jede Partei auf ihre Rechnung kommt, ist überhaupt Konfession, denn Sie werden jeden Vorschlag, wie er auch geschaffen sei, nicht respektieren. In diesen Tagen muß ich sowieso nach Krapp wegen der Eisensache und werde Sie dann ersuchen, meine letzten Vorschläge entgegenzunehmen oder auch Ihre Einverständnisse zum Abbruch unserer Beziehungen zu geben. Ich kann Ihnen nur mitteilen, daß Herr W. ganz vorzügliche Erfolge in Krefeld aufzuweisen hat und daß ich außer diesem Herrn noch zwei weitere Leute für die Reichsverbands-Arbeit in Aussicht genommen, bei denen ich sicher bin, daß mein Revers respektiert wird und denen ich nicht einen Pfennig Vorschuß zu zahlen brauche.

Herr W. hat momentan 150.— M. Guthaben bei mir und scheidet mir, daß er mit Familie sich mit 60.— M. pro Woche sehr gut einrichten kann und ist im übrigen hochzufrieden, eine Arbeit zur Hand zu haben, die ihm solchen Verdienst gewährt.

Achtungsvoll  
F. Harmjen.

Hamburg, 22. April 1911.

Herrn Fritz Geher, Hagen.

Ich möchte nur nochmals erwähnen, daß wir an kleineren Sachen nicht vorübergehen sollen, denn dieselben summieren sich auch zusammen. — Hoffentlich hat unsere letzte Rücksprache und die Festsetzung der neuen Wafes den Erfolg, daß wir jetzt wirklich in ruhiger und sachlicher Form ins Geschäft kommen, denn seit 3 resp. 4 Wochen ist ja von Seiten W. G. E. und von Ihrer Seite fast nichts hereingelommen. Das Schreiben von W. wollen Sie bitte sofort noch Durchsicht an E. senden, vielleicht veranlaßt selbiges den Herrn E., daß er wirklich mal wieder zu arbeiten beginnt und seine Tätigkeit nicht darin erblickt, sein Bett bis Mittag warm zu halten. Schreiben Sie Herrn E. gleichzeitig, daß ich Herrn W. unterrichte, daß er in München-Grabbach und Rheidt nicht arbeiten soll, sondern in Reuf.

Achtungsvoll  
F. Harmjen.

Hamburg, 24. April 1911.

Herrn Erich Herdt, Bochum, Hotel Forst.

Ihre Zuschrift vom 22. d. M. habe ich empfangen und hoffe ich, daß es Ihnen gelungen ist, inzwischen die Empfehlung des Geheimen Kommerzials F. Waare zu erhalten und im Anschluß hieran schon einige Ordres erwirkt zu haben. Herr E. und Herr Geher, welche letzteren ich in Hagen antraf, erläuterte sich ebenfalls zur Unterzeichnung des Ihnen vorgelegten Reverses bereit und hoffe ich, daß wir nunmehr in vernünftiger Form zu arbeiten beginnen.

Ihrer weiteren Berichte sehe entgegen und zeichne  
Achtungsvoll  
F. Harmjen.

Hamburg, 3. Mai 1911.

Herrn Fritz Geher, Hagen i. W.

Es ist mir schleierhaft, daß augenscheinlich nur W. jeden Tag ich neue Ordres hereinbringen (und zwar immer noch in Krefeld und Umgebung), während ich von Ihnen seit dem 30. März, also in vollen vier Wochen, an Aufträgen nur 250 verbuchen konnte. Herr E. mit seiner Arbeitsfreudigkeit hat mir in 4 Wochen zwei Aufträge à 20 — also 40 — übergeschrieben, während Herr Herdt in 4 Wochen 250 nur hereinbringen konnte. Ich bitte Sie gleichzeitig, mir mitzuteilen, ob Sie wegen der Thoro-Apparate sich bemüht, sonst bitte ich Sie, mich die Reithheater am dortigen Plage, welche sich einen derartigen Apparat, der 1200 kostet, zulegen können, mit aufzugeben.

Ihrer Nachrichten gewärtig zeichne ich  
Achtungsvoll  
F. Harmjen.

Hamburg, 26. April 1911.

Herrn Erich Herdt, Bochum.

Ihre Zuschrift vom 25. d. M. habe ich erhalten und Ihren ersten Auftrag in Bochum, Heinemann u. Dreher, verbucht. Ich bedauere, daß Sie in Bochum noch nicht weiter gekommen sind und daß Sie die Empfehlung von Herrn Geheimrat F. Waare noch nicht erhalten haben. Sie können Ihrem Hotelier sagen, daß Sie am 1. jeden Monats Kasse erhalten und wollen Sie bis dahin unbedingt Ordres hereinbringen, damit Sie diese Rechnung bezahlen können.

Achtungsvoll  
F. Harmjen.

Hamburg, 27. April 1911.

Herrn Erich Herdt, Bochum.

Ihre Zuschrift vom 25. d. M. habe ich erhalten und davon Notiz genommen, daß Sie in Bochum weiter Obr. Eichhoff mit 200 M. hereinbringen konnten. Hoffentlich bekommen Sie den Auftrag von den Westfälischen Stahlwerken perfekt, und müssen Sie mir schon nicht übel nehmen, daß ich vorläufig an diese Zukunftssachen und so gut wie sicher und fest erscheinende Aufträge nicht recht glaube, denn wie Sie selbst wissen, ist uns gerade in dieser Form (1) das meiste mißglückt. (1)

Achtungsvoll  
F. Harmjen.

Hamburg, 28. April 1911.

Herrn Erich Herdt, Bochum.

Ihre Zuschrift vom 27. d. M. habe ich empfangen und Ihren neuen Auftrag H. Grimberg u. H. Hilgerd, Drahttauerf., 20 verbucht. Hoffentlich haben Sie nun inzwischen die Empfehlung erhalten, damit Sie besser voran kommen. Ihre Ausstellung Dortmund habe nachgesehen und stimmt Ihre Angabe mit 20. 425. Zeilen Sie mir doch bitte mit, ob Dortmund und so liegen bleiben soll oder wann Sie dort weiter zu arbeiten gedenken, denn es müssen doch dort noch ganz andere Aufträge herauskommen. Es ist nicht nötig, daß Sie dort kassieren, ebenso hat sich in Dortmund der Eingang der Beträge erledigt.

Achtungsvoll  
F. Harmjen.

Hamburg, 29. April 1911.

Herrn Erich Herdt, Bochum.

Ihre Zuschrift vom 28. d. M. habe ich erhalten und Ihren neuen Auftrag Chemische Industrie W.-G. 200.— M. verbucht. Sie haben also jetzt im Ganzen in Bochum Aufträge in Höhe von 405.— M. hereingebracht und wollen wir hoffen, daß sich die Erfolge in kommender Woche noch ganz anders gestalten mögen. An Provision haben Sie für diese Aufträge 81.— M. zu fordern und hebt sich dieser Betrag genau mit den Ihnen ausgehändigten Beträgen auf. Ich kann also unmöglich Ihren Wünsche nachkommen und Ihnen aufs neue 60.— M. überfenden. (Es folgt noch eine Bemerkung wegen einer Hinterlassenschaft H.'s in Hannover, dezentwegen sich eine Frau K. an Harmjen wandte.)

Achtungsvoll  
F. Harmjen.

Bochum, den 29. April 1911.

Herrn Franz Harmjen, Hamburg.

Anbei überfende ich vier Zeichnungsscheine. Bestätige dankend den Empfang von 20.— M., wovon ich meine Hotelrechnung bezahlt soll, ist mir allerdings unklar.

Achtungsvoll Erich Herdt.

(Randbemerkung:)

Herrn Erich Herdt, Bochum.

Scheine eingesehen. Anbei retour. Es wird Ihnen sicher gelingen, an Hand dieser Scheine weiter gute Sachen hereinzubringen, so daß Sie Ihre Rechnung ds. Tage begleichen können. — Es ist mir einfach unmöglich, im allen Still weiter zu wurseln.

Achtungsvoll F. Harmjen.

H. J. Effen, 2. Mai 1911.

Mein lieber Herr Geher!

Wohne Bochum, Hotel Forst. Ich würde mich riesig freuen, wenn Sie mich einmal in Bochum besuchen würden. Bringen Sie mir die Dinger mit, die ich Ihnen neulich gab. Ist E. bei Ihnen? Was macht das Geschäft? Ich war bei unserer Trennung voll. Bitte um Entschuldigung.

Herzlichen Gruß an Sie und Edith.

Ihr Erich Herdt.

Hamburg, 3. Mai 1911.

Herrn Fritz Geher, Hagen i. W.

Wenn Sie in Ihrer Lohnempfehlung bekommen haben, wollen Sie sich bitte daran nicht stoßen, daß vom Reichsverband ein Beamter dort stationiert, denn was von diesem an praktischer Arbeit geleistet wird, ist Ihnen ja bekannt. Hoffentlich ist es Ihnen in Krefeld besser ergangen, denn auch ich kann, wie Sie wissen, bei diesen Zuständen keine Rechnung finden. Herr W. konnte erst gestern das Vollmachts-Schreiben dem Verband zulenden, so daß ich von dessen Tätigkeit noch nichts berichten kann. Herr E. machte zwei Aufträge in Höhe von zusammen 16 M. (Reford) und Herr W. sitzt noch immer in Hamburg.

Achtungsvoll  
F. Harmjen.

Hamburg, 4. Mai 1911.

Herrn F. Geher, Hagen i. W.

Ich habe bis jetzt noch unsern neuen Abkommen von Ihnen 605 M. neue Aufträge überfrieben bekommen, hiervon 20 Proz. wären 121 M. (Vermutlich dienen die übrigen 10 Proz. zur Tilgung des Vorschusses. Red.)

Achtungsvoll  
F. Harmjen.

Hamburg, 6. Mai 1911.

Herrn Fritz Geher, Hagen i. W.

Ihre Zuschrift vom 5. d. M. aus Hagen habe ich erhalten und Ihre weiteren Aufträge J. G. Schmidt Söhne 50 M., Linden u. Funke 50 M., Frauen u. Co. 50 M. verbucht. Hoffentlich haben Sie heute in Krefeld glänzend abgefahren, da Sie Empfehlung und Mitgliederverzeichnis in Händen haben. Im Regierungsbezirk Krefeld werden Sie dann hoffentlich gleichfalls recht glänzend abschneiden und bitte ich Sie im eigenen Interesse jeden Schornstein mitzunehmen. E. und W. bearbeiten R. Grabbach und Rheidt, Welsenkirchen usw.

Ohne mehr für heute zeichne ich  
Achtungsvoll  
Harmjen.

Verbandsstelle der Schriften des Reichsverbands gegen die Sozialdemokratie.  
Franz Harmjen.

Anbei 3 Verzeichnisse. Erbitten noch Einsichtnahme und Notierung des für Sie und Herdt Wissenswertes solche gleich retour. Vermisse von Ihnen und Herdt Nachricht! — Ist Herdt's Adresse Hotel Forst?

Hamburg, den 13. Mai 1911.

Herrn Fritz Geher, Hagen i. W.

Ihre Zuschrift vom 22. d. M. habe ich erhalten und bedauere ich, daß ich von Ihnen in Sachen Herdt\*) so eine gewundene Auskunft erhalte, mit welcher ich absolut nichts machen kann. Sie schreiben sonst viel zu klar, so daß ich Ihren Zeilen anmerke, daß Sie mir in Sachen Herdt mit einer klipp und klaren Ausföhrung nicht dienen wollen. Ich bitte Sie nochmals mir bis zum Montag früh in dieser Angelegenheit Nachricht zukommen zu lassen, da ich für nichts mehr einstehe.

\*) Anmerkung der Redaktion: Mittlerweile hat sich, vermutlich infolge der vielen Beschwerden der geprellten Logisgeber und Geschäftleute die Reichsverbands-Gaupfiste ins Mittel gelegt. Auch scheint Herdt kassiert zu haben.

Von Herdt habe ich kein Lebenszeichen in der ganzen Woche erhalten, wo wohnt Herdt?, auch bewußten Brief nicht, den Sie mir abfertigten. Ich stehe der Angelegenheit Herdt sehr ruhig gegenüber, da die Sache vom Verband selbst wahrscheinlich in die Hand genommen wird. Ich habe dem Verband, da diese genau wissen, daß niemand kassieren darf (ebenfalls kennen dieselben den Revers, der mir auch von Herdt unterzeichnet wurde und hat der Verband Kopie dieses Reverses zu Händen) selbstverständlich nicht bestätigen können, daß H. berechtigt war, die Summe einzuziehen und muß derselbe die Konsequenzen tragen. Ich glaube kaum, daß dieser H. sich wieder einrichten läßt und wird derselbe wohl dazu führen, daß mir der Vertrieb überhaupt entzogen wird, da ich ja hiermit den Beweis gebracht, daß ich keine Garantie für die Bonität der Leute, welche ich mit der Sache betraue, leisten kann.

Meine Gutmütigkeit und mein Vertrauen sind eben wieder in der gemeinsten Form und ohne Rücksicht auf meine Lage und mein Verhältnis zum Verband mit Füßen getreten, auch hat Herdt nicht bedacht, daß durch diese Handlungswiese der Verdienst der anderen Agenten ebenfalls irreföhrlich wird. Ich selbst habe nach all diesen Kämpfen, Vorstellungen usw., die doch alle für die Sache überhaupt den Mut verloren und laß die Sache laufen, wie sie will. Herdt hat ja nicht einmal den Mut, alles klar zu legen, so daß ich, wenn ich könnte, nicht einmal Mahregeln treffen kann.

Schein Ed. Engels in Krefeld über 20.— M., w. ich Ihnen gut brachte, folgt anbei zurück. Senden Ihnen te Anweisung 20.— M. gegen postlagernd und erwarte Ihren Betrag zum Montag.

Achtungsvoll  
F. Harmjen.

Hamburg, 17. Mai 1911.

Herrn Fritz Geher, Hagen i. W.  
... Vom Verband erhielt ich am 10. Mai ein Schreiben als meinen Inhalt und zwar, daß die durch meine Agenten ausgeübte Tätigkeit sehr häufig zu Mißverständnissen und falschen Auffassungen geführt, weil die Fabrikanten nicht genügend und deutlich darauf aufmerksam gemacht worden wären, daß es sich hier um die Versendung von Flugchriften handelt usw. ... Von Herdt habe ich auch heute absolut keine Nachricht und bitte ich Sie dringend mich hierüber Bericht zu geben, da ich gerade in dieser Sache in größter Aufregung. Dem Verband klar zu machen, daß sie (Mein Aufschein nach sind mit diesem „ne“ die Verbandsleiter gemeint. D. Red.) unsere Arbeit stets durchkreuzen und immer alles verderben, habe ich aufgegeben, denn dies ist dem Vorstand trotz aller Vorstellungen, Schreiben usw. nicht beizubringen.

Ihrer Rüdärherung gewärtig, zeichne ich  
Achtungsvoll  
F. Harmjen.

Bochum, den 17. Mai 1911.

Lieber Herr Geher!  
Hier ist es zum verrückt werden. Am Samstag einen festen Auftrag von 25.—, sonst nichts Festes mehr. Ich habe heute in Welsenkirchen angefangen. Von Harmjen höre ich überhaupt nichts mehr; ist der Mann tot oder hat er die Sache aufgegeben. Bekomme ich von ihm in den nächsten Tagen keine Nachricht, sehe ich mich nach einer anderen Stelle um. Kassiert habe ich bis jetzt nichts. Werde wohl aber bald wieder (!) dazu gezwungen werden. Schreiben Sie mir doch bald. Wenn es Ihnen möglich, senden Sie mir doch 10.— an Waldemar Forst telegraphisch. Viele Grüße an Sie und Edith.

Ihr Erich Herdt.

Hamburg, 19. Mai 1911.

Herrn Fritz Geher, Hagen i. W.  
... Es ist so gut wie ausgeschlossen, daß der Reichsverband seine Haltung ändert und Schreiben in unserem Sinne an die dortigen Arbeitgeberverbände richtet. Ich habe in der Kölner Sache die festgestellten Differenzen mit dem Verband gehabt, da auch hier der Verband in seinem Antwortschreiben an Herrn Geheimrat Vorster im bekannten Sinne die Sache darstellte und die Arbeit in Köln vorläufig brachlegte. Ihnen für Herdt 20.— zu senden, muß ich entschieden ablehnen, da ich in diese Sache nicht mehr eingreife und der Sache ihren Lauf lassen muß.

Achtungsvoll  
F. Harmjen.

Die „neue Sache“.  
In der Korrespondenz befindet sich zu Anfang Juni 1911 folgendes Formular:

Versandsstelle der Agitationsschriften  
zur Aufklärung der Arbeitnehmer  
gegenüber den Verhötungen der  
sozialdemokratischen Partei und  
deren Führern.  
Centrale Hamburg. — Franz Harmjen.

Mitteilung an . . . . .

Dies meine neuen Briefbögen.  
Versandsstelle der Aufklärungsschriften  
Centrale Hamburg III.  
Harmjen.

Genau so hatte Harmjen auch die Zeichnungsscheine entsprechend ändern lassen. Dazu aber ließ er auf den Scheinen diesen Vermerk anbringen:

Der gezeichnete Betrag ist nur der Centrale Hamburg 3, zu Händen des Herrn Franz Harmjen, Postfachkonto 4624, zu überweisen.

Hamburg, 3. den 8. Juni 1911.

Herrn Fritz Geher, Hagen i. W.  
Ihr Schreiben vom 7. d. M. gelangte mir zu Händen und sende ich Ihnen telegraphisch 20.— M. Sie wollen diesen Betrag dazu verwenden, sich in die neue Sache einzuarbeiten, denn es ist vollkommen ausgeschlossen, wie Sie unbedingt einsehen müssen, daß ich Sie weiter mit Vorschüssen über Wasser halte. Herr W. machte heute in der neuen Sache 200 M. und hat in 14 Tagen 400.— M. verbucht. Ein Beweis dafür, daß es auch ohne Verband geht. Am Montag komme ich mit meinem Anwalt wieder zusammen in der Reichsverbands-Sache und werde ich Sie von dem Verlauf der Sache unterrichten. Morgen früh hoffe ich, daß Sie mit W. zusammen sein werden und alles Kluge besprechen und bitte ich Sie, da Herr W. Scheinbar außerordentlich an der Reichsverbands-Sache hängt, diesen beruhigen zu wollen, damit derselbe Geismad an der jetzigen Sache bekommt. Nach allem, was vorgefallen, (!) war es ja überhaupt auch sonst kaum möglich, die Reichsverbands-Sache aufrechtzuerhalten.

Achtungsvoll  
F. Harmjen.

Wo haben Sie Ihr gesamtes Material „Bund“? Senden Sie mir sofort Ihr Einführungsschreiben vom Reichsverband, auch das von W., G. und E.

Hamburg, den 10. Juni 1911.

Herrn Frih Geher, Hagen i. W.

Ihre weiteren Aufträge Vergische Stahlindustrie L. G. M. 400.— und Johann Peter Weder jr. M. 50.— habe ich verbucht und glüht es Ihnen hoffentlich in kommender Woche weiter...

H. Garmfen.

Hamburg, den 12. Juni 1911.

Herrn Frih Geher, Hagen i. W.

Ihre Zuschrift vom 10. d. M. aus Solingen habe ich erhalten und jetzt also im ganzen Aufträge über M. 850.— verbucht...

Hochachtungsvoll H. Garmfen.

Hamburg, den 24. Juni 1911.

Herrn Frih Geher, Hagen i. W.

Ich sende Ihnen heute telegraphisch weitere 20.— M. und hoffe, daß Sie in kommenden Tagen so viel machen, daß ich für Sie die dringendsten Schulden von hier aus zur Abfindung bringen kann...

2726,05 M. Vorkauf

Hatte. Dazu hatte er bis zum 24. Juni 324 M. von Garmfen bekommen. Weiter figurieren 100 M. Herminghaus u. Co. und 75 M. Killing u. Sohn...

Table with 2 columns: Name and Amount. Includes Tillmannsche Eisenbau (80,00 M.), Gebr. Wellershaus (60,00 M.), Alexanderwerke (300,00 M.), Berg. Stahlindustrie (400,00 M.), Peter Weder jr. (50,00 M.), Rich. Lindenbergl (100,00 M.), Herminghaus u. Sohn (100,00 M.), Killing u. Sohn (75,00 M.), Gentels (800,00 M.), Weyersberg Rirschbaum (800,00 M.). Total: 1705,00 M.

Von obigem Vorkauf 3265,05 M.

25 30 Proz. = 810 M.

2755,05 M.

Aus dieser Aufrechnung wollen Sie ersuchen, daß Ihr Konto noch immer in gleicher Höhe belastet ist und daß von einer Reduzierung nichts zu merken. Wemerkten möchte ich noch, daß von der Rahmer 300,00 M., R. Lindenbergl 100,00 M. und die letzten 600,00 M. ja noch ausstehen (also 1000 M.) und werden bei diesen Posten hoffentlich keine Schwierigkeiten entstehen.

Also von den 1700 M., die die niederrheinischen Arbeitervereine und Scharfmacher hergegeben haben, bekam der Gentleman Geher nicht weniger als 510 M., also nahezu den dritten Teil, das Geld zu verzeihen und zu verschweigen!

(Schluß folgt.)

### Marokko vor dem Schöffengericht.

Ein Prozeß mit politischem Hintergrund wurde gestern vor der 48. Abteilung des Schöffengerichts Berlin-Mitte unter Vorsitz des Untersuchungs-Rat verhandelt. Als Privatkläger hand der Herausgeber der „Grenzboten“, George Kleinow, unter Beistand des Rechtsanwalts Dr. Marwitz, dem Redakteur der „Post“, Hermann Müller, gegenüber. Dieser wurde vom Rechtsanwalt Greber verteidigt.

In Nr. 36 der „Grenzboten“ vom 8. September 1911 war ein Artikel erschienen, der sich gegen die Haltung der „Albenischen“, die „Post“ und die „Tägliche Rundschau“ als „Mannesmanns-Preße“ bezeichnete, die es verstehe, die öffentliche Meinung irre zu führen. Wenn diese irreführenden Artikel nicht aufgehört, so würden die Jäden aufgedeckt werden, die von den Gebrüder Mannesmann zu den drei Zeitungen hinüberföhren. Die Antwort auf diesen Artikel in den „Grenzboten“ war so deutlich und energisch, daß Herr Kleinow gegen die verantwortlichen Redakteure der genannten drei Blätter die Privatklage anstregte. Das Verfahren gegen die „Tägliche Rundschau“ wurde eingestellt, weil dem Beklagten der Schuß des § 193 ausgesprochen wurde; ebenso wurde das Verfahren gegen die „Albenisch-Westfälische“ eingestellt, weil das hiesige Gericht unzuständig war.

Die „Post“, gegen die sich nun allein die Privatklage richtet, bezeichnet in drei Artikeln die Unterstellungen der „Grenzboten“ als „niederträchtige Verleumdung“, „journalistische Charakterlosigkeit“, „Merkelstumpfheit“, ein solches Verfahren verdiene Verdächtigung, jedermann müsse doch wissen, daß der alldeutsche Verband und die alldeutsche Presse nicht Teufelsgelder aus Korruptionsfonds empfangen und es ist bedauerlich, daß ein Blatt wie die „Grenzboten“ sich in der Rolle des „Korruptors“ wohl fühle usw. —

Rechtsanwalt Dr. Marwitz: In dem Artikel der „Grenzboten“ sei mit keinem Wort angedeutet, daß die „Post“ in irgendwelcher materiellen Abhängigkeit von den Mannesmanns stehe. Der Artikel der „Grenzboten“ sei am 8. September 1911 geschrieben worden. Nach den schließlichen Enthüllungen sehe es sehr, daß Deutschland damals unmittelbar vor dem Arlege hand mit England und Deutschland. Wenn in solcher Zeit ein nationaler Mann aufsteht und das Publikum vor solchen Beeinflussungen durch Propaganda warnt, die dupliert würden auf Grund einschiger Information durch die Mannesmanns, so habe er nur eine nationale und patriotische Pflicht erfüllt. Wenn dann ein Blatt, das in Offiziers-, Beamten-

und besseren Bürgerkreisen gelesen werde, von „niederträchtiger Verleumdung“, „Charakterlosigkeit“ und dergl. spreche, so stellen diese Worte sehr schwere Beleidigungen dar. Welche beleidigende Absicht obgenannt, gehe auch aus folgendem hervor: Es sei journalistisch doch ganz ungenötigt, daß ein Redakteur im journalistischen Kampf von seinem Gegner mit seinem militärischen Titel bezeichnet werde. Hier aber habe man den Kläger, der Offizier z. D. sei, fälschlich als „Kapitänmann a. D.“ bezeichnet. Wahrscheinlich habe man die Militärbehörde auf diese Art aufmerktsam machen wollen, und wirklich sei der Privatkläger vor das Bezirkskommando geföhrt und befragt worden, wie er dazu komme, sich Kapitänmann a. D. zu nennen. Der Angeklagte müsse eine empfindliche Strafe erhalten.

Rechtsanwalt Greber: Der Artikel der „Grenzboten“ enthalte überaus schwere Beleidigungen gegen die drei genannten Zeitungen, und wenn die „Post“ die schwere verleumderische Beleidigung, daß sie ihre politische Haltung durch materielle Vorteile beeinflussen lasse, doch jöhren unläuterer Art von ihr zu den Gebrüder Mannesmann hinüberföhren, daß sie ein unwürdiges Spiel treibe und das Ansehen Deutschlands schädige, mit energischen Worten zurückweise, so sei sie dazu absolut berechtigt gewesen. Die „Post“ habe in der Marokko-Affäre von Anfang den Standpunkt vertreten, der auch der Standpunkt des Herrn v. Aiderlen-Baedter ursprünglich gewesen sei. Der Angeklagte habe in einem Notstand der Verteidigung diese gehandelt, denn wenn er sich wirklich durch materielle Vorteile beeinflussen lasse, so wäre er der größte Schand, der mit Schimpf und Schande weggejagt werden müßte. Das konnte und durfte der Angeklagte als niederträchtige Verleumdung zurückweisen. Der Artikel der „Täglichen Rundschau“, der in zwei Instanzen zur Abweisung des Klägers auf Grund des § 193 geföhrt habe, habe noch viel kräftigere Worte der Abwehr enthalten. Eventuell biete der Angeklagte den Beweis dafür an, daß in der Tat eine niederträchtige Verleumdung vorliege. Dem Privatkläger müsse ebenso wie dem Angeklagten bekannt sein, daß die Regierung und Herr v. Aiderlen-Baedter, als der „Panther“ nach Agadir geschickt wurde, nicht nur das Ziel verfolgte

einen Teil von Marokko Deutschland einzuverleiben, sondern dieses Ziel auch verschiedenen Personen mitgeteilt habe, so dem Reichstagsabgeordneten Ersberger, dem Vorsitzenden des Alldeutschen Verbandes, Rechtsanwalt Glas, und dem Oberstaatsanwalt Rippner. Herr v. Aiderlen-Baedter habe stets demag. Westmarokko müsse deutsch werden. Herr v. Aiderlen-Baedter werde dies als Zeuge bestätigen müssen. Ihm habe auch die Resolution des Alldeutschen Verbandes vom 23. April vor ihrer Beschlußnahme zur Kenntnisnahme und Aeußerung vorgelegen, und er habe sie gebilligt. Dann habe der Geh. Rat Heilborn vom Auswärtigen Amt den früheren verantwortlichen Redakteur der „Post“, Herrn Luft, gegenüber daselbe geäußert, daß ein Teil von Marokko deutsch werden müsse und habe die „Post“ ersucht, in der öffentlichen Meinung hierfür Stimmung zu machen. Der Privatkläger sei über diese Regierungsbefehle ganz genau informiert gewesen, denn die „Grenzboten“ seien offizielles Organ des Herrn v. Aiderlen-Baedter, und deshalb handele es sich in dem Artikel der „Grenzboten“ um eine bewußte Verleumdung. Die „Post“ habe aus rein sachlichem und nationalem Interesse ihre Artikel in der Marokko-Affäre geschrieben. Ihre von vielen nationalen und sehr patriotischen Männern geteilte Ansicht gehe dahin: wenn man den „Panther“ nach Agadir schicke, so müsse man auch alle Konsequenzen ziehen, aber es sei nicht sehr erbaulich, wenn auf eine solche Kühne Weise dann plötzlich ein Rückzug erfolge. Diese Politik müsse jeder nationale Mann als schmachvoll empfinden. Erh in der Weise des starken Mannes aufzutreten und dann vor dem und beschimpfenden England zurückzuweichen, sobald dies nur eine energische Haltung zeigt, sei nicht nach dem Geschmack der sich ihrer Kraft bewußten Deutschen. Der Verteidiger beantragte die Freisprechung des Angeklagten und eventual Beweiderhebung.

Rechtsanwalt Dr. Marwitz beruft sich auf eine sehr nationale Zeitung, die „Allgemeine Zeitung“ in Chemnitz, die sofort erkannt habe, daß die „Grenzboten“ keineswegs den Vorwurf materieller Abhängigkeit der drei Zeitungen von den Gebrüder Mannesmann haben erheben wollen. Es könnte außerdem bewiesen werden, daß ein Angeklagter der Mannesmanns Beziehungen zur „Post“ hatte und ein Artikel der „Post“ von den Gebr. Mannesmann herröhre. Es handele sich lediglich um politische Jäden, die von den letzteren zur „Post“ hinüberföhren. Die „Post“, die sich über nationalen Haltung so rühme, habe sich sogar zu einem Schmäherartikel gegen den Kaiser verstanden und sei dann unter dem Druck ihrer eigenen Partei gezwungen worden, den Artikel zu desavouieren. Der Privatkläger habe den drei Zeitungen nur zuzuföhren wollen, daß sie sich mitzurauchen lassen und in Wirklichkeit für die Mannesmannschen Interessen kämpfen. Was die Beweisanträge betrifft, so werden alle darin behaupteten Tatsachen als vollständig irrig bekritten.

Privatkläger Kleinow: Er verweigere, daß er nicht einen Augenblick geglaubt habe, daß die drei Zeitungen bestochen worden seien. Die Haltung der „Post“ habe sich seit der Unterredung in Swinemünde geändert; sie habe sich nur durch den journalistischen Dienst der Gebr. Mannesmann informieren lassen. Letztere hätten versucht, die gesamte Presse zu beeinflussen, doch sei es ihnen nur bei den drei erwähnten Zeitungen gelungen. Wenn Zeitungen in dieser Weise auswärtige Politik machen, so sei dies nicht zu billigen; es wäre doch ihre Pflicht gewesen, sich an der zuständigen Stelle zu informieren.

Rechtsanwalt Greber: Die Herren, die sich an der zuständigen Stelle informiert haben, seien leider in der Lage gewesen, später Herrn v. Aiderlen-Baedter der Unwahrheit zeihen zu müssen. Dies waren Herr Glas und Herr Rippner.

Privatkläger Kleinow: Herr v. Aiderlen-Baedter wies bereit sein, über die Vorgänge im Reichstag, in der Kommission und bei der Unterredung mit Herrn Glas vor Gericht Auskunft zu geben. Das Gericht sprach nach kurzer Beratung den Angeklagten frei und legte die Kosten des Verfahrens dem Privatkläger auf. Der Gerichtshof billigte dem Angeklagten den Schuß des § 193 zu. Der Artikel der „Grenzboten“ enthalte den Vorwurf, daß ein Blatt, welches nationale Interessen vertreten wolle, in Wahrheit in einer materiellen Abhängigkeit zu den Gebr. Mannesmann stehe. Ein so schwerer Vorwurf habe eine starke Abwehr erfordert, und der Angeklagte habe der Meinung sein können, daß nur die gewählten Worte geeignet seien, die immer beleidigende Unterstellung energisch zu verwerfen. Denn er wußte, welche Bedeutung das geschriebene Wort habe. Unter diesen Umständen bedurfte es weiter keiner Beweiderhebung.

Wegen des Artikels in den „Grenzboten“ hat die „Albenisch-Westfälische Zeitung“ Beleidigungsklage erhoben. Die Verhandlung soll demnächst in Offen stattfinden. Geladen sind zu ihr v. Aiderlen-Baedter, Reaktionsrat Heilborn sowie die Herren Ersberger, Glas und Rippner. Ob da endlich eine Beweidaufnahme durchgeführt werden wird?

### Aus Industrie und Handel.

#### Preußen im Kohlensubsidat!

Die Frage der Erneuerung des preiswucherischen rheinisch-westfälischen Kohlensubsidats ist ganz plötzlich in neues Licht gekommen. Es ist heute sicher, daß die wichtige Stütze der Subsidatogegensätze Jöhren, der preußisch-fiskalische Kohlenwucher, seine Rufensweiterposition dem Kohlensubsidat gegenüber aufgegeben hat!

Die preußischen Kohlengruben in Westfalen produzierten 1910 2.810.000 Tonnen Kohle, wobei zu beachten ist, daß die Steinkohlenbergwerke Jwenzel und Scholven noch ausgebaut werden. Die Saargruben stehen seit langem in voller Föhderung. Besonders Interesse erregte es, als der preußische Fiskus sich kürzlich durch verschiedene Transaktionen in der Rheinisch-Westfälische sichere Transportmöglichkeiten schaffte. Damals wurde angenommen, daß der Staatsbesitz an Kohlengruben vom Subsidat unabhängig bleiben würde, um so einen äußerst heilsamen und notwendigen Druck auf den Kohlenwucher auszuüben.

Bestimmterlich erschien es schon kürzlich, daß die am 12. Dezember abgehaltene Sitzung der Jöhrenbesitzer des Kohlensubsidats nicht wie sonst die Festlegung der neuen Höchstpreise vom 1. April 1912 vollzog, sondern deren endgültige Bestimmung verlegte. Da durch diese Maßnahmen das Kohlensubsidat gehindert wird, seine Abschlüsse pro 1912/1913 zu machen, so mußte ganz besonders Wichtiges vorliegen, um jenen Beschluß zu erzeugen. Dies umjöhre, da die günstige Konjunktur zu einer Kohlenpreis-erhöhung unbedingt ausgenutzt werden soll!

Es sind nicht nur bis jetzt Subsidatogegensätze Jöhren, die dem Kohlensubsidat den Verkauf ihrer Produktion übertragen haben, auch der preußische Fiskus hat dies für seine rheinisch-westfälische Produktion getan, für die Saargruben steht die Abmachung zurzeit noch aus.

Damit ist sogar wie üblich die Möglichkeit verschmunden, ernstlich von Staatswegen dafür zu sorgen, daß die Kohlenpreise, von denen die Industrie völlig abhängt, nicht ins Ungemessene getrieben werden. Es ist nach der ganzen preußischen Tradition, wie sie sich auch im Subsidat seit Jahren zeigt, nicht anzunehmen, daß der Staat seine Vertreter ins Kohlensubsidat schickt, um da Opposition im Interesse der Allgemeinheit und des Volkswohles zu treiben.

Es handelt sich jetzt um nichts mehr und nichts weniger, als daß der preußische Staat offiziell unter die Kohlenwucherer gegangen ist!

Die Kohlenpreis-erhöhung kommt so zum Frühjahr mit preußischer Staatshilfe erst recht! Sie wird die Rohmaterialienausgaben der Industrie erschweren, und zuletzt wieder auf ein Mittel zur Hemmung der Wirtschaftsentwicklung hinauskommen, nicht aus innerer Notwendigkeit, sondern weil die Kohlenherren nie genug bekommen können. Und dazu muß natürlich die preußische Regierung kräftig helfen. Vom Dreiklassenparlament ist schwerlich zu erwarten, daß es dazu ernsthafte Wörtchen mitredet, das hat schon die vorjährige Kommission, die zur Beratung dieser Frage eingesetzt war, bewiesen. Um so notwendiger ist es, daß das deutsche Volk aufmerksam die Preiswuchererhufe des preußischen Staates beobachtet.

### Gerichts-Zeitung.

#### Ein an Naub grenzender Ueberfall auf offener Straße

föhrt gestern den Kaiser Wilhelm Hagel vor die 8. Strafkammer des Landgerichts I. Der Angeklagte war in einer Seltenerwasserfabrik als Kaiser angeestellt. Am Abend des 20. November v. J. suchte er ein Lokal mit Bezeichnung von „ortier Haus“ auf, in welchem er das am Tage für seinen Chef einlieferte Geld im Handumdrehen verjübelte. Als er wieder einigermassen nüchtern geworden war, überkam ihn die Reue über seine Tat. Um das verausgabte Geld wieder erjöhren zu können, schloß er den Plan, irgend einen Menschen zu überfallen und ihm das Geld abzunehmen. Er suchte Unter den Linden Posto und ging hinter einer jungen Dame her, die ihr Handtäschchen lose über den Arm eingekippt trug. Es war dies eine Verkäuferin Scholz, die als „kalte Kamell“ in einem Bierhaus am Potsdamer Platz angestellt ist und von dem Besuche von Verwandten zurückkehrte. In der Königgräber Straße, dicht hinter dem Brandenburger Tor, fürgte der Angeklagte auf die Erschrockene los und entrih ihr die Tasche. Als die Sch. hinföhrend hinter ihm herlief, drehte sich der Angeklagte nochmals um und bedachte sie mit einem offenen Taschenmesser. Der dreiste Räuber wurde von Postanten verfolgt und auf dem Potsdamer Platz festgenommen. Die gestohlene Tasche, welche circa 30 M. enthielt, wurde jedoch nicht mehr bei ihm vorgefunden, da er sie auf der Flucht irgend wohin geworfen hatte, wo sie dann von einem Unbekannten gefunden und behalten worden war. — Der Staatsanwalt beantragte 1 1/2 Jahr Gefängnis. Das Gericht ging jedoch noch über diesen Antrag mit der Begründung hinaus, daß es im Interesse der öffentlichen Sicherheit liege, derartige ebenso dreiste wie gemeingefährliche Straftaten mit aller Schärfe des Gesetzes zu ahnden. Das Urteil lautete auf 2 Jahre Gefängnis.

#### Postpflicht eines Arztes für einen Kunstfehler.

Am 20. November 1905 verletzete sich der in Weimar wohnende Referendar S. beim Zerbrechen des Kranges eines Lintenfasses. Infolge der erheblichen Schnittwunden am Zeigefinger der rechten Hand, begab er sich zu dem Sanitätsrat B. in Weimar. B. nähte die Wunde zu, achtete jedoch nicht darauf, daß die Sehnen mit durchschnitten waren; da er die Sehnenenden nicht miteinander verband, blieb der Finger steif. Als S. nach Köln berescht worden war und sich dort unterjuchen ließ, verjüchte der Spezialarzt in Köln, durch eine neue Operation die Sehnen wieder zu verbinden; doch gelang es nicht mehr, die Krümmung des Fingers vollständig zu heben. S. hat alsdann gegen den Sanitätsrat B. Klage auf Schadloshaltung und Schmerzensgeld erhoben.

Das Landgericht wies die Klage ab. Das Oberlandesgericht Frankfurt a. M. erkannte die Ansprüche des Klägers auf Zahlung einer Rente und Gewährung von Schmerzensgeld dem Grunde nach als herabsetzt an. Zu der Urteilsbegründung erklärt das Oberlandesgericht, daß die Steifheit des Fingers des Klägers auf einen Kunstfehler zurückzuführen sei. Dr. B. habe die Behandlung des Klägers übernommen und sei mit ihm einen Dienstvertrag eingegangen. Die Voraussetzung des Anspruches des Klägers sei ein fahrlässiges Handeln des Beklagten. Ein solches liege aber darin, daß der Beklagte den Finger genäht hat, ohne die durchschnittenen Sehnen miteinander zu verbinden. Den Zustand hätte er bei einiger Aufmerksamkeit erkennen müssen. Zwar stehe nicht ganz fest, daß der Kläger bei Vereinnigung der beiden Sehnenenden die volle Beweglichkeit des Fingers wiedererlangt haben würde; doch spreche eine hohe Wahrscheinlichkeit dafür. Diese Wahrscheinlichkeit genüge zur Begründung des Anspruches des Klägers.

Das Reichsgericht hat das Urteil des Oberlandesgerichts Frankfurt bestätigt und die Revision der Erben des inzwischen verstorbenen Beklagten zurückgewiesen.

#### Gegen die Ohrseigenlehrer.

In Sachen einer Privatklage des minderjährigen Garcorel zu Lufzahn wegen Körperverletzung, angestrengt gegen den Volksschullehrer Krajewski zu Lubzahn, hatte die Regierung zu Posen den Konflikt erhoben, mit der Behauptung, daß der Lehrer die in Vertradit kommenden Ohrseigen dem Jungen in Ausübung seiner Amtsbesugnisse gegeben habe. Die Regierung verlangte deshalb Einstellung des Verfahrens gegen den Lehrer.

Das Oberverwaltungsgericht erhob Beweis und stellte folgendes fest: Der genannte Schüler hatte eines Tages eine Kuh zu föhren. Der Knabe kletterte auf einen Baum und packte auf seine Kuh nicht ordentlich auf. Sie lief auf das Grundstüd des Lehrers und stach dort. Der Lehrer kam hinzu und machte schließlich dem Jungen Vorhaltungen. Als dieser sich herausdrehte und ihn belog, gab er ihm ein paar Ohrseigen. Durch das Zeugnis eines Mädchens wurde festgestellt, daß dem Jungen infolge der Schläge die Nase blutete.

Das Oberverwaltungsgericht entschied jetzt dahin, daß der Konflikt der Regierung unbegründet sei, und daß somit dem Verfahren gegen den Lehrer Berigung gegeben werden müsse. Begründend wurde ausgeföhrt: Die Erziehungspflicht des Lehrers erstreckte sich auch auf die Zeit, wo der Schüler die Schule nicht besuche. So sei denn auch hier anzunehmen, daß der Lehrer an sich in Ausübung einer Amtspflicht handelte, nachdem der Junge ihn belogen hatte. Er habe aber diese Amtspflicht überschritten, und zwar schon deshalb, weil eine Verfügung der Schulabteilung der Regierung in Posen existiere, wonach die Kinder nicht auf den Kopf geschlagen werden sollen. Die Verabreichung einer Ohrseige widerspreche dem. Die Ohrseige sei außerdem aber auch so gewesen, daß die Nase blutete. Auch darin würde eine Ueberschreitung des Jüchtigungsrechtes gesehen werden müssen, weil es der Lehrer an der bei einer Jüchtigung nötigen Vorsicht habe vermissen lassen. Der Konflikt der Regierung sei darum unbegründet.

# Öffentliche politische Versammlungen für Frauen und Männer Heute Donnerstag, 4. Januar 1912, abends 8 Uhr

in folgenden Lokalen:

- Kreis 1:** Dräsel's Festhale, Neue Friedrichstr. 35,  
**2:** Kreuzberg-Festhale, Kreuzbergstr. 48,  
**3:** Dresdener Kasino, Dresdener Str. 98,  
**4:** Urania, Brangelstr. 9-10,  
 " " Voelers Gesellschaftshaus, Weberstr. 17,  
 " " Löwenbrauerei, Frankfurter Allee 53,  
 " " Comeniusäle, Memeler Str. 67,  
 " " Elysium, Landsberger Allee 40-41,  
**5:** Königsäle, Neue Königstr. 26, Eingang Wadzeckstraße,  
**6:** Brauerei Königstadt, Schönhauser Allee 10,  
 " " Borussia, Ackerstr. 6-7,  
 " " Swinemünder Gesellschaftshaus, Swinemünder Str. 42,  
 " " Cranz' Festhale, Kösliner Str. 8,  
 " " Pharus-Säle, Müllerstr. 142,

- Kreis 6:** Berliner Bockbrauerei, Chausseest. 64,  
 " " Brauerei Pagenhofer, Turmstr. 25-26,  
 " " Franke, Badstr. 19.  
**Teltow-Beeskow.**  
**Charlottenburg:** Volkshaus, Rosinenstr. 3,  
**Königs-Wusterhausen:** Altes Schützenhaus,  
**Rixdorf:** Hoppes Festhale, Hermannstr. 49,  
 " " Wittenburgs Festhale (Rixdorfer Theater), Bergstraße,  
**Steglitz:** Birkenwäldchen, Schützenstraße,  
**Treptow:** Sport-Restaurant, Eichenstr. 115-118,  
**Baumschulweg:** Speers Festhale, Baumschulenstr. 78,  
**Wilmsdorf:** Kurfürstenpark, Kurfürstendamm 119,  
**Zehlendorf:** Mied, Karlstr. 12.

Referenten: Genossen **Ayche, Barth**, "Vorwärts", **Otto Braun, Otto Buchner, Ernst Däumig, Gertrud David, Martha Demming, Anna Dietz, Paul Dupont, Agnes Fahrenwald, Marie Greifenberg, Otto Handke, Gertrud Hanna, Paul Kirsch, Martha Koppe, Wilhelmine Kähler, Berta Lungwitz, Anna Matschke, Hugo Poetzsch, R. Silberstein, Otto Sillier, Georg Ueko, Klara Wegl, Frida Wulff, Mathilde Wurm, Luise Zietz.**

Tagesordnung:

## Die Frauen und die Reichstagswahl.

Freie Aussprache.

Ehrenpflicht aller Frauen — aber auch der Männer — ist es, in diesen Versammlungen zu erscheinen!

**Frauen Berlins und der Vororte!** Beweist durch Massenbesuch der Versammlungen, ein wie reges Interesse Ihr am politischen Leben habt. Agitiert unter Euren Mitschwestern für den Versammlungsbefuch und straft so die Leute Lügen, die da behaupten, die Frau wäre indifferent, stände dem politischen Kampfe gleichgültig gegenüber.

**Der Sühnerjer.** Eugen Ernst, Liesenstr. 16.

### Todes-Anzeigen

Am Dienstag, den 2. Januar, verstarb nach langem Leiden mein lieber Mann, unser treusorgender Vater und Schwiegervater, der Buchdrucker  
**Paul Klein**  
 im 64. Lebensjahre an Herzschwäche.  
 Marie Klein geb. Schmecke und Kinder.  
 Die Beerdigung findet am Freitag, den 5. Januar, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Friedens-Friedhofes in Nordend aus statt.

In der Nacht vom 1. zum 2. Januar verstarb nach langem Leiden unser lieber Kollege, der Kassendeckler  
**Paul Klein**  
 im 64. Lebensjahre.  
 Wir werden sein Andenken in Ehren halten.  
 Berlin, den 4. Januar 1912.  
 Die Verwaltung des Vereines der Berliner Buchdrucker und Schriftgießer.  
 Die Beerdigung findet morgen Freitag, den 5. Januar, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Friedens-Friedhofes in Nordend aus statt.

Deutscher Metallarbeiter-Verband  
 Verwaltungsstelle Berlin.  
**Todesanzeige.**  
 Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Dreher  
**Willi Hahn**  
 am 31. Dezember 1911 gestorben ist.  
 Ehre seinem Andenken!  
 Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 4. Januar 1912, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Wandlitzer Krankenhaus aus nach dem hiesigen Friedhofe in der Seefischegasse statt.  
 Regte Beteiligung erwartet.  
 Die Ortsverwaltung.

**Fünfter Reichstags-Wahlkreis.**  
 Morgen Freitag, den 5. Januar, abends 8 1/2 Uhr:  
**Öffentliche Wählerversammlung**  
 in den **Sophien-Sälen**, Sophienstraße 17/18.  
 Tagesordnung:  
**Das Koalitionsrecht und die Reichstagswahl.**  
 Referent: Rechtsanwalt **Dr. Hugo Heinemann.**  
 Freie Diskussion.  
 Das sozialdemokratische Wahlkomitee.

Am 2. d. Mts. verstarb nach langem Leiden unser Mitglied, der Buchdrucker  
**Paul Klein**  
 im 64. Lebensjahre.  
 Lange Jahre hat der Entschlafene dem Verein seine Kräfte gewidmet und sich dadurch ein ehrenvolles Andenken gesichert.  
 Die Sängere werden gebeten, sich recht zahlreich zum letzten Geleit einzufinden.  
 Beerdigung siehe vorstehend.  
 Der Vorstand.

Verband der Gemeinde- u. Staatsarbeiter.  
 Filiale Groß-Berlin.  
 Durch den Tod ist uns unser Kollege  
**Wichert Janens**  
 von der Sektion Reiterinspektionen (38. Revier) entzogen worden.  
 Wir werden ihm ein ehrenvolles Andenken bewahren.  
 Die Beerdigung findet am Freitag, den 5. Januar, nachmittags 3 1/2 Uhr, in der Leichenhalle des Friedhofs bei Dorotheenpark statt.  
 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.  
 Bezirksverwaltung Groß-Berlin.  
 Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Arbeiter  
**Gustav Jessulat**  
 am 1. d. Mts. im Alter von 53 Jahren verstorben ist.  
 Ehre seinem Andenken!  
 Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 4. d. Mts., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Rufes-Friedhofes in Brigg aus statt.  
 Die Bezirksverwaltung.

Zentralverband der Bäcker und Konditoren Deutschlands.  
 Zahlstelle Berlin.  
 Den Kollegen zur Nachricht, daß unser langjähriges Mitglied  
**Eduard Spiller**  
 am 31. Dezember verstorben ist.  
 Ehre seinem Andenken!  
 Die Beerdigung findet heute Donnerstag, nachmittags 3 1/2 Uhr, auf dem St. Matthäus-Friedhof in Mariendorf, Schöneberger Straße 146, statt.  
 Regte Beteiligung erwartet.  
 Die Ortsverwaltung.

**Danksagung.**  
 Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und reichen Krangspenden bei dem Hinscheiden meines lieben Mannes, unseres guten Vaters  
**Karl Reppmann**  
 sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten, besonders dem Gesangsverein "Norddeutsche Schelle", dem Pfanzersverein "Jägerbeim" und dem Personal der Irma S. Raefel hiermit unseren herzlichsten Dank.  
 Die trauernden Hinterbliebenen.  
 Rixdorf, den 30. Dezember 1911.

Unseren Vereinen, Freunden und Bekannten ein frohliches und gesundes  
**Neues Jahr!**  
 Familie Dalg, Stallger  
 Tuchlager Koch & Seeland G. m. b. H.  
**Stoffe**  
 Kette, 3. Anzug, Palotet Str. 3. — W. Loden für Weihnachten 1.50, 2.50. Tuchlager Koch & Seeland G. m. b. H. Gertraudenstr. 20/21 via-a-vis der Petrikirche.

**Dr. Simmel**  
 Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden.  
 Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz  
 10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4.

Verband der Hut- u. Filzwaren-Arbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.  
 Ortsverwaltung Berlin.  
 Am 30. Dezember verstarb nach langem Leiden unser langjähriges Mitglied  
**Joseph Horab**  
 im Alter von 57 Jahren an Krebs.  
 Er ruhe sanft!  
 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.  
 Mitglieder Charlottenburgs.  
**Achtung!**  
 Nachdem der Anschluß der Charlottenburger Zahlstelle an Berlin durch Beschluß des Vorstandes am 1. Januar erfolgt ist, machen wir die Mitglieder darauf aufmerksam, daß die Erledigung der Geschäfte durch das Bezirksbureau des Verbandes Charlottenburg, Kaldenkrugstr. 16, erfolgt.  
 Das Bureau ist täglich geöffnet von 11-1 Uhr außer Sonnabends und Montags von 4-7 Uhr. Während dieser Zeit können die Kollegen ihre Unterstützung in Empfang nehmen und alle übrigen Verbandsangelegenheiten erledigen. Freitags nachmittags wird auch im Lokal von Schulz, Wallstraße 90, von 4-7 1/2 Uhr Unterstützung ausgegahlt.  
 Zahlstellen sind eingerichtet Wallstr. 90 bei Schulz und Potsdamer Str. 44 bei Mehdorf. Außerdem können die Kollegen in den Charlottenburg nächstliegenden Zahlstellen Noabit, Putzstr. 8 und Zahlstelle 88 Wilmsdorfer, Wilhelmstraße 112 ihre Beiträge entrichten. Auf diesen Zahlstellen werden Sonnabends abends von 8-10 Uhr Beiträge entgegengenommen.  
 Die Kollegen werden ersucht, ihre Anmeldung nicht zu versäumen, um ihre Rechte und Mitgliedschaft nicht zu verlieren. Die Anmeldung geschieht bei der ersten Beitragsleistung.  
 Die Ortsverwaltung Berlin.

Dienstag, mittags 2 Uhr, erlitt ein sanfter Tod meine liebe Frau, unsere gute Mutter, Schwiegermutter, Großmutter und Tante  
**Emilie Vogel**  
 von ihrem kurzen aber schweren Leiden.  
 Um alles Billeid bitten  
**Wilhelm Vogel** nebst Kinder  
 Ausläufer Straße 12.  
 Beerdigung Sonnabend, den 6. Januar, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Friedhofes, Hermannstraße.

**Danksagung.**  
 Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meiner Tochter  
**Käte Körbitz**  
 sage ich allen Teilnehmern, insbesondere ihren Turngenossen und Genossinnen vom Turnverein "Möste" sowie ihren Arbeitskollegen und Kollegen aus der K. G. meinen besten Dank.  
 Frau Luise Korbitz und Kinder.

Verein der Berliner Buchdrucker u. Schriftgießer.  
 Am Montagmorgen verschied nach langem Leiden unser lieber Kollege und langjähriger Vereinsbote  
**Paul Klein**  
 im Alter von 64 Jahren.  
 In treuer Pflichterfüllung war derselbe stets bemüht, den Interessen des Vereines zu dienen und wahre Kollegialität zu fördern.  
 Sein Andenken werden wir in Ehren halten!  
 Die Beerdigung findet morgen Freitag, nachmittags 3 1/2 Uhr, auf dem Kirchhof der Friedens-Gemeinde in Nordend statt.  
 Der Gauvorstand.

**Danksagung.**  
 Für die herzliche Teilnahme und zahlreichen Krangspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes und unseres guten Vaters  
**Franz Bockwinkel**  
 sagen wir allen Freunden und Bekannten, insbesondere Herrn Waldeck Manasse für die trostreichen Worte unseren innigsten Dank.  
**Klara Bockwinkel** nebst Sohn.

**Danksagung.**  
 Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meiner Tochter  
**Käte Körbitz**  
 sage ich allen Teilnehmern, insbesondere ihren Turngenossen und Genossinnen vom Turnverein "Möste" sowie ihren Arbeitskollegen und Kollegen aus der K. G. meinen besten Dank.  
 Frau Luise Korbitz und Kinder.

Wahlbewegung in Groß-Berlin.

Im vierten Berliner Reichstagswahlkreis

Beschäftigten sich am Dienstag 11 Volksversammlungen mit der Reichstagswahl. Die Referenten sprachen über das Thema: Die Reaktion und das Volksgesetz.

Genosse L. K. sprach unter großem Beifall in „Voters Gesellschaftshaus“, Weberstr. 17. In den „Andreasfestsälen“, wo Genosse Kubig referierte, waren Gegner nicht anwesend.

Genosse Wermuth referierte unter großem Beifall in der „Drachenburg“. Gegner meldeten sich nicht zum Wort. Die Versammlung war gut besucht.

Bei Graumann referierte Genosse Dupont. Der Redner fand während seines Vortrages reiche Zustimmung. Am Schluß lobte die Versammlung den Redner noch außerdem mit großem Beifall.

In der „Lössenbrauerei“, Frankfurter Allee, hatte Genosse Sillier das Referat übernommen. Die Versammlung sollte dem Redner reichen Beifall.

In der gut besuchten Versammlung in den „Markgrafensälen“ referierten die Genossen Aysche und Domnig. Die Redner fanden reichen Beifall. Gegner meldeten sich nicht zum Wort.

In den „Comenius-Festsälen“ sprach Genosse Georg Schmidt vor einer zahlreichen Zuhörerschaft. Ein Versammlungssteuerner trug besonders zur Lebhaftigkeit der Versammlung bei.

In der „Brauerei Friedrichshain“ referierte in einer namentlich von Frauen stark besuchten Versammlung Genosse Koblentz. Der anderthalbstündige Vortrag wurde mit großem Beifall aufgenommen.

In der „Brauerei Friedrichshain“ referierte in einer namentlich von Frauen stark besuchten Versammlung Genosse Koblentz. Der anderthalbstündige Vortrag wurde mit großem Beifall aufgenommen.

Die Versammlung im Lokal „Südk“, Waldemarstr. 75, war sehr gut besucht. Genosse Hänisch referierte in anderthalbstündiger Rede unter großem Beifall. Mit dem Gegner, der für den 4. Kreis einigermassen in Betracht kommt, dem Freisinn, rechnete er gehörig ab.

Die Stimmung in allen Versammlungen war gut.

Celtow-Beeskow.

Schulkinder im Dienst des Reichsverbandes.

Der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie hat derart an moralischem Kredit eingebüßt, daß er neben wachsendem Mangel zahlungsfreudiger Mitglieder auch die eigentliche Schwierigkeit zu verzeichnen hat, seine lägen-schwollenen Flugblätter an den Mann zu bringen.

Kleines feuilleton.

Felix Dahn †. Der deutscheste aller deutschen Dichter ist in Breslau fast 78jährig gestorben. Im Privatleben war er ein braver Lehrer des deutschen Rechts und ein Biedermann. Aber der Furor toustonicus machte ihn zum Heldenkämpfer und Dichter.

Sunhsien, der erste Präsident der neuen Republik China, hat seine ersten wissenschaftlichen Studien unter der Führung des englischen Chirurgen Dr. James Cantlie gemacht.

Sunhsien, der erste Präsident der neuen Republik China, hat seine ersten wissenschaftlichen Studien unter der Führung des englischen Chirurgen Dr. James Cantlie gemacht. Der frühere Lehrer Sunhsien, der seit 25 Jahren mit seinem Schüler nahe Beziehungen unterhalten hat, schildert jetzt Wesen und Charakter dieses Führers der chinesischen Revolution.

Die Wähler in Petersdorf werden den Gemeindevorsteher am Wahltag belehren, wie sie über diesen unerhörten Mißbrauch von Schulkindern zu reaktionär-politischen Zwecken denken.

Rixdorf. In vier großen Volksversammlungen nahm die Arbeiterschaft Rixdorfs am Dienstagabend Referate über das Thema: „Bürgertum und Sozialdemokratie im Reichstagswahlkampf“ entgegen. Die Versammlungen waren sehr gut besucht.

Schwargendorf. Hier tagte am Dienstag eine imposante öffentliche Reichstagswählerversammlung. Über 350 Personen füllten den Saal des Schützenhauses, die dichtgedrängt den Ausführungen des Genossen Zubeil lauschten.

Rauen. Am Sonntag referierte Parteisekretär Genosse Bagels in einer öffentlichen Wählerversammlung über das Thema: „Wen wählen wir am 12. Januar.“ Anwesend waren 100 Personen, die den Ausführungen des Referenten lebhaften Beifall spendeten.

Schneckenorf bei Großbeeren. Hier fand am Sonntag zum ersten Male eine imposante von etwa 150 Landarbeitern besuchte Versammlung unter freiem Himmel statt. Der Vortragende, Genosse Albin Mohs-Schöneberg, rechnete in einständigem Vortrage mit dem verflochtenen schwarz-blauen Vlodreichstag und auch seinem schädlichen Gebaren bei der Reichsfinanzreform gründlich ab.

Storfow. Die Saalbesitzer verweigern hier der Arbeiterschaft beharrlich die Säle zur Abhaltung von Versammlungen.

Prieros. Sonntag nachmittag fand im Lokal des Herrn A. Studer (a. d. Schleuse) eine gut besuchte Wählerversammlung, an der auch mehrere Frauen teilnahmen. Leider erwies sich das einzige und jetzt zur Verfügung stehende Lokal als zu klein, um die Erschienenen zu fassen.

Storfow. Die Saalbesitzer verweigern hier der Arbeiterschaft beharrlich die Säle zur Abhaltung von Versammlungen. Am Sonntag ist es trotz des rigorosen Terrorismus der Ortsgrößen gelungen, die volksfeindliche Politik unserer Stützen von Thron

der auf die Einnahme Kantons abzielte. Der Plan scheiterte und 15 der Führer bezahlten das Wagnis mit dem Tode. Sun war der einzige, der entkam; er erkannte, daß die Zeit noch nicht reif war, und verließ China, um sich in Europa mit der Kultur und der Zivilisation des Westens bekannt zu machen.

Nach einmal Eberles Holmes und seine Vorbilder. Uns wird geschrieben: In Nr. 304 des vergangenen Jahres wird auf Hauffs Märchen „Abner der Jude, der nichts gesehen hat“ als auf ein Vorbild des fündigen Detektivs hingewiesen.

Lustspielhaus: Das große Geheimnis. Lustspiel von Pierre Wolff. Der neue Leiter des Lustspielhauses, Volken-Baeders, gab vor seiner Thronbesteigung die Erklärung ab, er werde das Genre seines Stammhauses, des Heiden-Theaters, nicht mit in das neue Heim hinübernehmen.

Dem Altar zu beleuchten. Dem Reichsamt war es gelungen, die zurzeit leerstehenden Geschäftsräume des Herrn Birkholz zur Abhaltung einer Wählerversammlung zu bekommen.

Wilmersdorfer Rassen-Antisemitismus.

Die „Wilmersdorfer Zeitung“ teilt uns, bezugnehmend auf eine Notiz unter obiger Stichmarke in der Sonntagsnummer des „Vorwärts“, mit, daß sie nicht das „Sprachrohr der Wilmersdorfer Konservativen“ ist.

Niederbarnim.

Eine konservative Wählerversammlung.

Die am Freitag nach Kerns Festjalen im Kummelsburg einberufen war, wurde aus Anlaß der Beteiligung unserer Parteigenossen an der Diskussion, nachdem einige von unseren Genossen gesprochen hatten, kurzerhand vom Vorsitzenden geschlossen.

Die etwa einstündigen Ausführungen des konservativen Kandidaten, Oberbürgermeisters Zietzen, waren im ganzen wohl sachlich, aber inhaltlich äußerst oberflächlich gehalten — der Weisheit Kern der ganzen Rede gipfelte darin, daß die jetzigen höheren Arbeitsschichten gegen früher wie die höheren Sparlasseneinlagen ein klarer Beweis dafür sind, daß die jetzige Wirtschaftspolitik vorzüglich (!) ist, deren Bahn daher nicht verlassen werden darf.

Art seiner Behandlung in den verschiedenen Stappen der französischen Sittenkomödie gleichzeitig die bürgerliche Gesellschaftsentwicklung charakterisiert. Der junge Mann aus guter Familie, der ein außerordentliches Verhältnis aus einer sozial tiefer stehenden Klasse und ein uneheliches Kind hat, ist für den Dramatiker ein dankbares Thema.

Für alle diese Spielarten ließen sich Beispiele finden. Pierre Wolff sagt ein neues hinzu, indem er den Stoff gemächlich-harmlos für eine Schwankgenüßige Spießbürgerlichkeit ausnützt.

Die sehr dürftige Handlung ist furchtbar breit und bedäglich ausgehoppelt. Im Milieu der oberen Klasse entwickelt sich eine zweite Liebesgeschichte, die ebenso nett endigt, und auf den gesellschaftlichen Klatsch und die Wittigjäger werden satirische Streiflichter geworfen.

Die Aufführung unterstrich die spießbürgerliche Bedäglichkeit noch extra, besonders Herr Nieh. Georg, der fundernarrische Großpapa. Von den alten und neuen Mitgliedern der Bühne zeigten sich Henry Steinmann als herzensgute Frau Joubert und Maria Reischer (als überlegen spielende Witwe), sowie die Herren Spirä (Sohn) und Bach (als Hausfreund) im besten Licht.

Notizen.

Die Volksvorstellungen der Bühnengenossenschaft nehmen Donnerstag, den 4. Januar, ihren Fortgang. Es gelangen zur Aufführung: in Rixdorf Festjalen, Kopenstr. 20: „Minna von Barnhelm“; im Theater Al-Perlin, Blumenstr. 10: „Kaschmann als Erzieher“ und in den Hohenstaufenjalen, Kottbuser Damm 76: „Der Raub der Sabinerinnen“.

unserer Partei geleistet hatte, sprachen von unserer Partei unter allgemeinem Beifall noch die Genossen Gernroth und Berger. Als nun nach der Rednerliste Genosse John das Wort wieder erhalten mußte, schloß der Vorsitzende ohne jedwede Bemerkung einfach kurzerhand die Versammlung.

Unsere Genossen benutzten diese Gelegenheit und eröffneten unter allgemeinem Beifall sofort eine neue Wähler-Versammlung. Den konservativen Versammlungsleitern war dies zwar durchaus nicht recht, sie trauten sich aber dahin belehren lassen, daß nunmehr die neue Versammlung allein zu bestimmen hat, und so blieb den konservativen Herren nichts weiter übrig, als die neue Versammlung unter anderer Leitung tagen zu lassen; sie selbst zogen mit ihrem Kandidaten Feilchen an der Spitze unter allgemeiner Heiterkeit wie die betriübten Lehrgänger von dannen. Dem Zuge schlossen sich noch etwa drei bis vier Duzend Versammlungsbesucher an, die in der Mehrzahl aus mittleren Gemeindebeamten von Kummelsburg und Lichtenberg, also Untergebene des Oberbürgermeisters Feilchen, bestanden.

In der neuen vollbesetzten Versammlung sprachen unter großem Beifall die Genossen Gernroth und John.

Bernau. In einer von mindestens 750 Personen besuchten Wählerversammlung sprach Genosse Stadthagen über die Reichstagswahl und die bürgerlichen Parteien. In seiner zweistündigen, oft von Beifall unterbrochenen Rede führte der Referent den Anwesenden die glänzenden Taten des verfloffenen Reichstages vor Augen. Es gilt nun, den betreffenden Parteien am 12. Januar mit dem sozialdemokratischen Stimmzettel die Quittung für ihr volksfeindliches Verhalten zu geben. Von einer Aufforderung an die anwesenden Gegner, sich zum Wort zu melden, machte niemand Gebrauch. Der Vorsitzende ermahnte die Anwesenden die kurze Zeit zu einer kräftigen Agitation auszunützen und sich am Wahltag zur Verfügung zu stellen. Am Schluß trug der Gesangverein noch ein beifällig aufgenommenes Kampflied vor.

Wahlbarf (Ostbahn). Letzten Freitag fand eine gut besuchte öffentliche Volksversammlung im Schliesischen Saal statt, in der Genosse Stadthagen über die Bedeutung der kommenden Reichstagswahlen sprach und in scharfen Worten unsere famose Steuer- und Polizeigesetzgebung geißelte. Nachdem Redner noch eingehend die von den Schurkern geplanten Angriffe auf das Koalitionsrecht der Arbeiter beleuchtet hatte, forderte er die Anwesenden auf, alles daran zu setzen, daß der 12. Januar zu einem Tag der Niederlage für die Reaktionen aller Schattierungen und einem Siegestage für die Sozialdemokratie wird. Reicher Beifall lohnte diese Ausführungen. Zum Schluß forderte der Vorsitzende noch zum Beitritt in den Wahlverein und zum Abonnement auf den „Vorwärts“ auf.

### Potsdam Ost-Havelland.

Potsdam. Ueber die Reichstagswahl referierte am Sonntag Genosse Otto Braun unter freiem Himmel vor einer von über 2000 Personen besuchten Versammlung. Redner stellte die Tätigkeit der bürgerlichen Parteien im verfloffenen Reichstages in das richtige Licht und erzielte lebhaften Beifall. Darauf hielt besuchte Versammlungen haben in Potsdam noch nie stattgefunden und sind nur möglich geworden durch die Saalabteilung der bürgerlichen Parteien, die die Absicht hatten, die Sozialdemokratie während der diesmaligen Reichstagswahl in Potsdam nicht zu Worte kommen zu lassen. Die Sozialdemokratie hat alle Veranlassung, sich wegen der Sozialabteilung bei den Terroristen zu bedanken.

### Aus der Frauenbewegung.

#### Die „Helbin“.

Aus London wird uns unterm 1. Januar geschrieben: In der Aussperrung der Weber Lancashire spielt ein Fräulein Bury eine hervorragende, obgleich traurige Rolle. Sie ist eine der Personen, die sich weigerten, der Gewerkschaft beizutreten, und deren Konflikt mit der Arbeiterorganisation die angebliche Ursache der Aussperrung ist. Die kapitalistischen Prehtrabanten schildern nun diese Arbeiterin als ein hochherziges, tapferes Weib, das den Mut gefunden habe, sich dem „Terrorismus“

der Gewerkschaften zu widersetzen sie ist die „Streikheldin“ und ihr Bild erschien in allen Wätern, die den Mut des „freien Arbeiters“ — mit oder ohne Unterstützung des Unternehmers — und einen fetten Profit zu schätzen wissen. Aus allen Teilen Großbritanniens hat Fräulein Bury herzliche Glückwünsche von hochgestellten Personen erhalten; die Briefe trugen meist die Adresse: „Die Streikheldin in Great Hartwood.“ Der Ruhm dieser neuen Jungfrau von Orleans ist selbst bis nach Amerika gedungen. Der Vorsitzende des Nationalen Fabrikantenverbandes der Vereinigten Staaten hat es sich nicht nehmen lassen, dem Fräulein Bury sofort ein Telegramm zu schicken, in dem er sie als eine „Kämpferin für die vertriebenen Rechte und Freiheiten des englischen Volkes“ anspricht. Bezeichnenderweise hat dieser Herr zu gleicher Zeit den Vorsitzenden des englischen Streikbrecherverbandes, der unter der Flagge des „freien Arbeiters“ steht, von dem Telegramm in Kenntnis gesetzt. Unterdessen wundert sich die „Helbin“ über die vielen großen Eigenschaften, die die Leute jetzt an ihr entdecken. Sie hat sich immer für eine nüchterne und sehr praktische Person gehalten. Sie war lange Zeit Mitglied der Gewerkschaft und hat einem Zeitungsberichterstatter die Ursache ihres Austrittes erklärt. „All das Geld habe ich nun in die Gewerkschaftskasse gezahlt“, erklärte sie, „und was habe ich davon zurückerhalten?“

Fräulein Bury gehört anscheinend zu der Sorte Menschen, die die Gewerkschaft als eine Art Lotterie ansehen, in die man einen Schilling einzahl, um zehn herauszubekommen.

### Lesende.

Lichtenberg. Heute, Donnerstag, den 4. Januar: Extra-Lesende in den bekannten Lokalen.

### Aus aller Welt.

#### Im Zeichen der Teuerung.

Um die Gesundheit und Lebenskraft des deutschen Volkes zu erhalten — nicht etwa aus selbstsüchtigen Portemonnaieinteressen, wie allgemein behauptet wird — ist von den herrschenden Jüngern und ihrem Knecht das Einfuhrverbot für frisches Fleisch geschaffen worden. Und damit nicht etwa durch Verkauf des Fleisches, das von den Zollbehörden an den Grenzen konfisziert worden ist, die Mägen der deutschen Arbeiter gefährdet werden, schreiben das Gesetz und seine Ausführungsbestimmungen vor, daß das über die Grenze geschmuggelte Fleisch, falls es in die Hände der Zollbehörde fällt, vernichtet werden muß. Eine recht treffende Illustration dazu lesen wir im „Vorwärters Wochenblatt“, einem Zentrumsorgane. Es heißt dort:

Einen guten Fang machten die Beamten des Zollamts. Mit dem Personenzug, der um 8 Uhr abends von Holland einläuft, waren unter der Deklaration „frische Seefische“ sechs Fischlörbe als Geprehgut angelommen, die oben Eis und Schellfische enthielten. Als der Inhalt der Körbe aber einer genaueren Durchsichtigung unterworfen wurde, fand man unter den Fischlörben und Fischen sechs Säcke mit frischer Schweineleber im Gesamtgewichte von über 700 Pfund. Da die Einfuhr der Leber gesetzlich verboten ist, wurden die Lebern beschlagnahmt und werden jedenfalls von der Polizeibehörde vernichtet. Bei der gegenwärtigen Teuerung ist es eigentlich schade, daß man die 700 Pfund Leber in die Erde graben muß.

Millionen hungrige Mäuler müssen sich mit langer Rohrung begnügen, aus dem Rinnstein und aus den Klobrichthausen werden die halbverdorbenen Rohrungsmittel hervorgefischt — und hier wird gutes, schmackhaftes Fleisch in die Erde vergraben. Ist das nicht die schwerste Verflüchtigung am armen, darbenenden Volke?

### Landratsorgane.

Wie vielseitig das Tätigkeitsgebiet eines preussischen Landrats ist, erhellt aus der folgenden, dem Reisinger Kreisblatt entnommenen amtlichen Bekanntmachung:

Der mit Tätigkeitszeugnis versehene Wulle des Landrats Konrad Rehsardt in Gensungen, 1 Jahr 8 Mon. alt, Stimmalter Rasse, Gelbschaf, weißen Kopf, ist von der Ge-

meinde Lorez erworben und gilt nunmehr für diese Gemeinde als gelöst.

Ich veröffentliche dieses mit dem Bemerkten, daß der Wulle nur in der Gemeinde Lorez zur Zucht Verwendung finden darf.

Reisingen, den 18. Dezember 1911.

Der Königliche Landrat von Aschaff.

Was passiert nun dem Bullen, wenn er über die Grenzen der Gemeinde Lorez hinaus eine Liebeslei unternimmt?

### Selbsterkenntnis.

Einem auf dem Tischelbe sehr stark verbreiteten Zentrumsblatte schickte irgendein „guter Freund“ ein Gedicht ein mit der vielversprechenden Ueberschrift „Hoch das Zentrum!“, das das Blatt natürlich pflichtschuldigst seinen Zentrumsmitgliedern zur Stärkung ihrer Treue in dem bevorstehenden Wahlkampfe vorlegte. Das Gedicht lautet:

#### Hoch das Zentrum!

Wenn auch um den Zentrumssturm  
In der Wahlstadt Wettersturm,  
Rings die Schar der Feinde tobt,  
Stehn wir fest und ohne Fagen  
In des Kampfes heißen Tagen.  
Nimmer wankend, sturmerprobt,  
Das alte Banner fliege,  
Durch den Kampf zum neuen Siege.

In des Glaubens Kraft getweht,  
Einig in der Not der Zeit,  
Schrodt uns nicht der Feinde Schar,  
Kundtend wirkt in aller Arbeit,  
In dem Kampfe Recht und Wahrheit  
Mit uns streiten immerdar.  
Mit dem Kampfpantier zur Seite  
Siegen wir im Geisterstreit.

Tümt auch ohne Unterlaß  
Eine Flut von Giftgem Haß,  
Niedrer Gegner grimmige Mut —  
Vor dem Volke, dessen Treue  
Ohne Danken stets aufs neue  
Lobert auf zu heiliger Blut,  
Knüpft der Feinde dahgeläster  
Seiner Führer Band nur fester.

Banner hoch und blank das Schwert!  
Einst im heißren Kampf bewährt,  
Trägt ein fleggewohnt Geschlecht,  
Ringsum Feinde, erst die Stunde,  
Heber uns mit Gott im Bunde  
Geh'n wir furchtbar ins Gefecht,  
Einst noch lündend fernsten Zeiten  
Ruhmvol von den Zentrumsstreiten.

Auch ohne die in den ersten Buchstaben gegebene Zeileigung haben weite Kreise des Volkes schon gewußt, was Geisteskind das Zentrum ist.

### Meine Notizen.

Ein Helfershelfer zur Flucht? Unter dem Verdachte, dem entflohenen Hauptmann zur Beihilfe geleistet zu haben, ist in Frankenstein Schl. ein junger französischer Sprachlehrer verhaftet worden.

Die Vergung der Opfer. Erst jetzt ist es gelungen, die Leichen der vier am 23. Dezember bei dem Unglück auf See Leutonia bei Dortmund getöteten Bergleute zu bergen. Bekanntlich fielen die Leichen aus den Trümmern des eingestürzten Schachtes herab, gegradenen Bergknappen einer Schlagwetter-Explosion zum Opfer.

Ein Doppelraubmord. In der französischen Ortschaft Thir wurde in der letzten Nacht ein Doppelmord gegen den 91-jährigen Rentner Moreau und seine 70-jährige Gattin verübt. Es handelt sich um einen Raubmord, Wohnung teilweise ausgeraubt und die Gelder des Rentners saununden sind. Es fehlt von dem Mörder oder den Mörderinnen jed Spur.

Unserem braven Genossen  
**Julius Kranz nebst Frau**  
die herzlichsten Wünsche zur  
Silbernen Hochzeit.  
Die Genossen des Bezirks  
Erkner-Wollersdorf.

Unseren lieben Genossen  
**Adolf Fengler nebst Gattin**  
Schwedenstraße 4  
zu ihrer Silberhochzeit  
die herzlichsten Glückwünsche!  
Die Genossen u. Genossinnen  
des 832. Bezirks.

Buchhandlung Vorwärts  
Lindenstraße 69 (Laden).  
Neuerscheinungen:  
**Handbuch**  
für sozialdemo-  
kratische Wähler.  
Der Reichstag 1907—1911.  
Preis geb. 3 Mark.

**Wahlügen**  
der bürgerlichen  
Parteien.  
Eine Sammlung und Wider-  
legung der von den bürgerlichen  
Parteien zur Verleumdung der  
Sozialdemokratie und der sozial-  
demokratischen Vertreter ver-  
breiteten Lügen.  
Zweite verbesserte Auflage.  
Preis geb. 3 Mark.

**Reichstagswahlkreis Ost- u. West-Sternberg.**  
Die Genossen aus Sonnenburg, Göritz usw., die in  
Berlin arbeiten, werden ersucht, heute **Donnerstag, den**  
**4. Januar, abends 8 1/2 Uhr,** zu einer Besprechung bei  
**Merfowski, Andreasstr. 26,** pünktlich und zahlreich zu  
erscheinen. 285/3 J. A.: Karl Markus.

**Wünschenswerter!** aufst  
auf  
Liposstikalt  
**Kownoer**  
aus den  
Tabak-Fabriken  
**J. Goldfarb Preuss. Stargard**  
gegründet 1839.  
Tabac russe à priser, goût de Kowno.  
Prawdziwa tabaka do  
zażywania „Kownoer“

**Würzburger Hühneraugenmittel**  
von **Dr. H. Unger**. — Gegen 30 Pfennig auf 10 Pf. Anwendung frei.  
Ohne Opium die deanechte u. wirksamste Hilfe. Der Schmerz ist in 5 Min.  
fort. Das Hühnerauge selbst in 3 Tagen. (Enthält Salicylsäure u. indischen  
Hanfextrakt.) **Dr. H. Unger in Würzburg.**  
In Berlin (30 Pf.): Salomon-Apothek, Charlottenstraße. Groß-  
Wo nicht, zu haben: Rosen-Apothek Würzburg.  
**H. & P. Uder,** Berlin SO. 16,  
Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik 5.  
Spezialität: Nordhäuser Kautabak von  
**G. A. Kanewacker, Grimm & Triepel.**  
Stets frisch zu den äußersten Engrospreisen.  
Amt IV, 3014.

**Goldmanns Malzkoffen**  
ist natürliches Malz und  
kann ohne weiteres in Wasser  
gelöst werden. Man sollte sich  
sicherlich Malzkoffen nicht  
entgehen lassen.  
Ludwigshafen 1911!

**Manoli**  
Cigarettes  
Specialmarken  
**Abbas Dandy**  
**Gibson Girl**

# Theater und Vergnügungen

Donnerstag, 4. Januar 1912

Anfang 7 Uhr.

**S. Oberband.** Die Reisterfinger von Nürnberg.

Anfang 7 1/2 Uhr.

**S. Schauspielhaus.** Die glückliche Hand.

Deutsches. Penthesilea.

Gouverneur. Spezialitäten.

Jirko Tisch. Gala-Vorstellung.

Jirko Schumann. Gala-Vorstellung.

Anfang 8 Uhr.

**Urania.** Taubenstraße 48/49.

Vom dem Leben des Meeres.

Neues Kgl. Operntheater. Romeo und Julia.

Kammertheater. Nathan der Weise.

Kurfürstentor. Der Schmied der Mahoma.

Berliner. Große Hofnen.

Leitung. Gubern.

Komische Oper. La Traviata.

Neues Schauspielhaus. Geilgenwald.

Welter. Wiener Blut.

Residenz. Ein Walzer von Chopin.

Neues Operntheater. Eva.

Königsgraben Straße. Die fünf Frankfurter.

Kleines. Volkmans Geburtstag.

Genuß und Jannig Götter. Götterfest.

Schiller O. Der Kilometerfresser.

Ca. Charlotteburg. Der Weg zur Höhe.

Friedr. Wild. Schauspielhaus.

Donaparte und seine Frauen.

Neues. Der Kampf gegen den Ruh.

Metropole. Die Nacht von Berlin.

Lustspielhaus. Das große Geheimnis.

Trianon. Das kleine Café.

Edella. Polnische Wirtschaft.

Zu. In Dunkel gebüllt.

Cafino. Der Kampf ums Dasein.

Neues. Spezialitäten.

Vasner. Spezialitäten.

Herrnfeld. Schmerzlose Behandlung.

Das Kind der Firma.

Das kleine Café.

Neues. Geographie und Liebe.

Neues. Die schöne Skotte.

Intimes. Gefährliche Nachbarschaft.

Stiermarie. Zwalbenstr. 57-62.

Schiller-Theater O. Theater.

Donnerstag, abends 8 Uhr:

Der Kilometerfresser.

Freitag, abends 8 Uhr:

Es lebe das Leben.

Sonntag, abends 8 Uhr:

König Heinrich.

Sonntag, nachm. 3 Uhr:

Madame Sans-Gêne.

Schiller-Theater Charlotteburg.

Donnerstag, abends 8 Uhr:

Der Weg zur Höhe.

Freitag, abends 8 Uhr:

Die Wildente.

Sonntag, abends 8 Uhr:

Maskerade.

Sonntag, nachm. 3 Uhr:

Maria Stuart.

Berliner Theater.

Abends 8 Uhr:

Große Hofnen.

Theater in der Königsgrätzer Straße

8 Uhr:

Die 5 Frankfurter.

Neues Theater.

Abends 8 Uhr:

Die kleine Fremdin.

Leitung Fritz Massary.

Theater des Westens.

Abends 8 Uhr:

Wiener Blut.

Sonntag u. Mittwoh 4 Uhr: Max und Moritz.

Belle-Alliance-Theater.

Abends 8 1/2 Uhr:

Die schöne Kokotte.

Wasspiel Ferdinand Bonn.

Sonntag: Hamlet.

Sonntag: Theresia Holmes.

Luisen-Theater.

Donnerstag: In Dunkel gebüllt.

Freitag: Berlin-O.

Sonntag, nachm. 4 Uhr: Frau Holle.

ROSE-THEATER

Georg-Franke-Str. 130.

Abends 8 Uhr:

Der Kampf gegen den Ruh.

Multipel in 3 Akten v. R. Fleißmann.

Leitung: Geimat.

Sonntag 4 Uhr: Das verzauberte Schloß.

8 Uhr: Der Kampf gegen den Ruh.

Trianon-Theater.

Täglich abends 8 Uhr:

Das kleine Café.

Sonntag, nachm. 3 Uhr: Francillon.

## Urania.

Wissenschaftliches Theater.

8 Uhr:

Aus dem Leben des Meeres.

Residenz-Theater.

Direktion Rudolf Alexander.

Abends 8 Uhr:

Ein Walzer von Chopin.

Morgen und folgende Tage:

Ein Walzer von Chopin.

Sonntag, den 7. Januar, nachm.

3 Uhr, zu ermäßigten Preisen: Die Dame von Magin.

Metropol-Theater.

Die Nacht von Berlin!

Große Jahresrevue in 7 Bildern von

Jul. Freund. Musik von B. Holländer.

In Szene gesetzt vom Dir. H. Schulz.

Anfang 8 Uhr. Mandeln gestattet.

Apollo Theater

Ab 8 Uhr

Das große neue Programm!

9 Uhr:

Harry Walden

in

Der Breitskönig.

Herrnfeld Theater

Noch nie dagewesener Lachertrog

Das Kind der Firma

mit Anton u. Donat Herrnfeld in den

Hauptrollen. Vorher:

Schmerzlose Behandlung.

Anfang 8 Uhr. Vorverkauf

11-2 Uhr.

Passage-Theater.

Miriam Horwitz

in ihrem Sensations-Dramolet

„Die Falle“

The Boston-Girls

Lina Loos

Mlle. Maroussia

und 10 neue Attraktionen!

Passage-Panoptikum.

Während der Weihnachts-

ferien vom 17. Dez. bis inkl.

7. Januar:

Volkstage.

Jedermann ein Kind frei.

Jedes Kind erhält ein Geschenk.

Bei den Feuerfressern.

Lebend! Lebend!

Die wilden Essans

Karawans sudanesischer

Haut- und Feuer-Fakire in ihrem

Originaldorf.

Ohne Extra-Entree.

BUNTE BÜHNE

Kabarett und Theater.

Jeden Mittwoch, Sonnabend,

Sonntag:

Theater Alt-Berlin

Blumenstr. 10.

Anfang 8 1/2 Uhr. Sonntags 7 Uhr.

Freitanz.

Folies Caprice.

Täglich abends 8 Uhr:

Waffenübung.

Mandelbühne Volkerabend.

Losgelassen.

Voigt-Theater.

Heute Gastspiel in

Publmanns Theater, Schönhauser

Allee 148.

Von Stufe zu Stufe.

Lebensbild mit Gesang in 5 Bildern

von Dr. Hugo Müller.

Koffeneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 1/2 Uhr.

## Freie Volksbühne

Lessing-Theater

Björnson: Wenn der junge Wein blüht

Thalia-Theater

Grötz: Die Thurnbacherin

Abendabteilungen

Hebbel: Agnes Bernauer.

Noues Schauspielhaus

Björnson: Ueber unsere Kraft 2. Teil.

Residenz-Theater

Emil Augier: Die arme Löwin.

Herrnfeld-Theater

Sven Lange: Simson und Delila.

Für die Nachmittags-Mitglieder sind

in den Abendabteilungen an den Montag-

abenden im Neuen Schauspielhaus Karten

à Mk. 1.30 zu haben.

Neue Mitglieder können sich in

allen Zahlstellen melden für die Nachmittags-

und Abendabteilungen. 242/1

Midgets Town

Hauptstadt von Liliput

mit ihren 70 Bewohnern

Friedrichstraße 165, in den Räumen von Castans Panoptikum.

Geöffn. von 2 Uhr nachm. bis 10 Uhr abends.

Entree inbegriffen Variété- und haltere Unterhaltungs-Vorstellungen.

1 Mark.

Zirkus Extra-Entree. Zirkus Extra-Entree.

A Mords Gaudi!

Ober-Bayern

Sport-Palast

Potsdamerstr. 72.

Heute Anfang 8 Uhr abds. Schluß 3 Uhr morg.

Eintritt 50 Pf.

Voller Betrieb. — 5 Musikkapellen, Jodler und Schuhplattler.

Karl Kambergers Original-Oberländertruppe.

Tanz — Rodelbahn — Tauselrad usw.

Freitag, 5. Januar: 3. großes Preistanzen.

Drei große Ehrenpreise

1. Preis: 1 Brillantring im Werte von 150 M.

2. Preis: 1 gold. Uhr mit Brillanten und Kette i. W. von 100 M.

3. Preis: 1 Kunsthandtasche im Werte von 50 M.

Außerdem 17 wertvolle Trostpreise.

Heute u. folgende Tage

von 5 Uhr an: Der

Grosse Original-

BOX-kampf

Johnson-Burns.

Nur Szenen aus dem Ring.

Das Theater ist zu erreichen mit der Stadtbahn (Station Weddingplatz).

Craftsmannbus: 2, 4, 44 und 48. Straßenbahn 3, 5, 8, 23, 24, 25, 26, 28.

39, 40, 41, 42, 43, 44 und 45. Haltestelle

an Weddingplatz

THEATER WEDDING

des

Hüllers 182/183 Ecke Koserstr.

an Weddingplatz

Nur Szenen aus dem Ring.

Das Theater ist zu erreichen mit der Stadtbahn (Station Weddingplatz).

Craftsmannbus: 2, 4, 44 und 48. Straßenbahn 3, 5, 8, 23, 24, 25, 26, 28.

39, 40, 41, 42, 43, 44 und 45. Haltestelle

an Weddingplatz

THEATER WEDDING

des

Hüllers 182/183 Ecke Koserstr.

an Weddingplatz

Nur Szenen aus dem Ring.

Das Theater ist zu erreichen mit der Stadtbahn (Station Weddingplatz).

Craftsmannbus: 2, 4, 44 und 48. Straßenbahn 3, 5, 8, 23, 24, 25, 26, 28.

39, 40, 41, 42, 43, 44 und 45. Haltestelle

an Weddingplatz

THEATER WEDDING

## SARRASANI

Premiere endgültig 9. Januar

7 1/2 Uhr

Der Vorverkauf an sämtlichen Billett-

verkaufsstellen von A. Wertheim

hat begonnen.

Zirkus Busch

Heute, abends 7 1/2 Uhr:

Neu! Taft! Illusions-Akt.

Neu! Verschwinden lebender Men-

schen in freier Manoe vor

den Augen des Publikums!

(Bisher nie gezeigt!)

Neu! Die berühmte japanische Sandi-

Siwel-Truppe.

Um 9 1/2 Uhr zum 90. Male:

Origin.-

Aus-

stattungs-

stück des

Zirkus

Busch

in

5 Bildern.

Reichshallen-Theater.

Stettiner Sänger.

Neu! Neu!

Pantoffel-Helden.

Barfische u.

Reisfarb.

Anfang



# Ercheint in Massen in den heutigen Volksversammlungen.

## Zur Massenvergiftung

wird berichtet: Nach den neuesten Feststellungen der Kriminalpolizei hat der verhaftete Drogist Scharmach in der Zeit vom 8. November bis zum 28. Dezember v. J. ungefähr 2200 bis 2300 Kilogramm Methyloalkohol von Fabrikanten bezogen, dagegen nur 200 Kilogramm Spirit. Wenn er also, wie er behauptet, stets den Methyloalkohol mit Spirit versetzt hat, so kann die Mischung doch nur einen sehr geringen Teil Spirit enthalten haben. Das, was Scharmach bezogen hat, deckt sich mit dem, was die vier genannten Destillateure von ihm erhielten, wenn man hierzu den kleinen Bestand in seinem Keller hinzurechnet. Es ergibt sich nur ein geringes Unterschlag, und der erklärt sich wohl daraus, daß Scharmach, wie er angibt, auch zur Herstellung von Franzbranntwein, den er in seinem Laden verkaufte, Methyloalkohol verwendet hat. Daß dieser Franzbranntwein kein Unheil angerichtet hat, ist erklärlich, denn Franzbranntwein wird ja kaum getrunken, sicher nicht von denen, die ihn beim Drogisten kaufen. Sie benutzen ihn nur zum Kosmischen und dergleichen. Nach diesen neueren Feststellungen ist es wahrscheinlich, daß von Scharmach nur die vier Destillateure, deren Schankräume geschlossen worden sind, Methyloalkohol gekauft haben.

Der Bunschertrakt, mit dem sich in Leipzig eine Familie vergiftet hat, ist nicht, wie von anderer Seite gemeldet wurde, von Scharmach, sondern von einer Firma im Südwesten Berlins bezogen worden, und zwar als Spritol. Auch diese Mischung hat, wie Professor Härtel, der Leiter des Leipziger Instituts für Infektionskrankheiten, in seinen jetzt abgeschlossenen Untersuchungen feststellte, Methyloalkohol enthalten.

Die Kriminalpolizei stellt jetzt weitere Nachforschungen auf diesem ganzen Gebiete an. Sie nimmt an, daß, nachdem die schlechte Kartoffelernte eine erhebliche Preissteigerung des Sprits zur Folge gehabt hat, mehr als ein findiger Kopf auf den Gedanken gekommen ist, nach Ersatzmitteln aller Art zu suchen. Methyloalkohol wird diesen Leuten schon deshalb am besten gefallen, weil er das einzige Ersatzmittel ist, das an dem Alkoholmesser, ebenso wie richtiger Spirit, 95 Grad zeigt. Wenn auch die beteiligten Destillateure nach dem Gradmesser also keinen Unterschied fanden, so mußten sie doch an dem scharfen Geruch erkennen, daß sie es nicht mit reinem Spirit zu tun hatten.

### Nach ein Opfer.

Die Massenvergiftung hat noch ein Opfer gefordert. Der 23 Jahre alte Knut Hermann Diepel, der im Wickowkrankenhaus lag, ist dort gestorben. Die Leiche wurde befehlsgemäß. Die kriminalpolizeilichen Ermittlungen zur vollständigen Aufklärung der Mißbräuche, die mit Methyloalkohol getrieben wurden, dauern fort.

### Die Berliner Drogisteninnung

Schreibt uns: „Die bedauerlichen Mißbräuche, wie in der ganzen zivilisierten Welt mit Spannung und tiefem Mißgefühl verfolgt werden, sollen nach den heutigen Verichten der Tagespresse auf den Genuß von Methyloalkohol zurückzuführen sein. Methyloalkohol ist ein Produkt der trockenen Destillation des Holzes und wird durch die fraktionierte Destillation des rohen Holzessigs und nachheriger Reinigung gewonnen. In hochreiner Form ist er ein sehr giftiges, im verdünnten, wie Spiritus (Weingeist), berauschend wirkendes Getränk. Man hat sich nun, daß die hier in Frage kommenden Schälpe wohl kaum mehr als 25 bis 30 Proz. Methyloalkohol enthalten dürften, so erscheint es uns doch äußerst fraglich, ob die Vergiftungen lediglich auf den Genuß dieser Schälpe zurückgeführt werden können. Hierzu aber ganz abgesehen, müßten wir zur Verabreichung angestrichelter Gemüter bekanngeben, daß der Herr Minister des Innern unter dem 12. 5. 11 nachstehende Verfügung erlassen hat:

Am Anschlag an den Erlass vom 12. Februar 1906 — R. 3150 (Min.-Bl. f. Med., pp. Angel. S. 98) weise ich darauf hin, daß auch mit Methyloalkohol und methyloalkoholhaltigen Präparaten (Spritol, Spiritogen usw.) hergestellte Heilmittel, selbst wenn sie nur zum äußerlichen Gebrauche bestimmt sind, als echt im Sinne der Ziffer 8 der „Grundzüge über die Regelung des Verkehrs mit Arzneimitteln außerhalb der Apotheken“ und zum Gebrauche geeignet nicht anzusehen sind. Sie dürfen daher außerhalb der Apotheken ebensowenig wie in diesen selbst abgegeben werden.

Die Mitglieder der Drogisteninnung zu Berlin haben aber bereits Anfang dieses Jahres beschlossen, für Heilzwecke und natürlich auch Genußmittel nur Waren zu verabreichen, die dem Deutschen Arzneibuch entsprechen; es hat auch die Innung ferner bekanntgegeben, daß Spiritus-Erfolpräparate, wie Methyloalkohol, nicht verwendet werden dürfen. — Wir haben denn auch festgestellt, daß der Lieferant Julius Scharmach weder Mitglied der „Drogisteninnung“, noch des „Deutschen Drogistenverbandes“ ist, und da wohl alle Apotheken in einem dieser Verbände korporiert sind, so haben wir es allem Anscheine nach mit einem „wildem“ Drogisten zu tun. — Das Verfahren, Methyloalkohol für Spiritus zu verwenden, ganz gleich, ob zu Heil-, Genuß-, oder kosmetischen Zwecken, verurteilen wir auf das allerhöchste und erwarten, daß gegen diesen Betrug mit aller Strenge des Gesetzes vorgegangen wird.“

### Die Stadtverordnetenversammlung

wird sich heute in einem dringlichen Antrage der Fraktionen mit der Angelegenheit beschäftigen; er lautet: „Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat um Auskunft zu ersuchen über die Ursachen der zahlreichen Erkrankungen und Sterbefälle von Besuchern des Städtischen Obdachs in der Prebelsstraße, sowie über die hierbei von der städtischen Verwaltung getroffenen Maßnahmen.“

## Partei-Angelegenheiten.

### Flugblattverbreitung im zweiten Wahlkreise

findet am kommenden Sonnabend statt. Die Parteigenossen werden ersucht, pünktlich zur Wahlarbeit zu erscheinen.

**Zweiter Wahlkreis.** Heute Donnerstag, abends 8 1/2 Uhr, findet in Hoppoldts Brauerei, Halensheide 32/33, Eingang Graefestraße, eine öffentliche Wählerversammlung statt. Referent: Landtagsabgeordneter Heinrich Ströbel. Der Vorstand.

**Ost- und West-Sternberg.** Sämtliche in Berlin arbeitenden Genossen werden zu einer heute abend 8 1/2 Uhr bei Merkowsky, Andreasstr. 26, stattfindenden Versammlung eingeladen.

**Schöneberg.** Heute Donnerstag, den 4. Januar, abends 8 Uhr, findet in der Schloßbrauerei, Hauptstr. 124 und im Lindenpark, Hauptstr. 13: Öffentliche Versammlungen statt. Tagesordnung: Der Kampf um die Rechte des Volkes. Referenten sind die Genossen Stadtverordneten Rieth und Koblenzer. Pflicht der Parteigenossen ist es, für Massenbesuch der Versammlungen zu agitieren. Der Vorstand.

**Friedrichshagen.** Morgen, Freitag, den 5. Januar, abends 8 1/2 Uhr: Öffentliche Wählerversammlung bei Conrad, Friedrichstr. 137. Tagesordnung: Wen wählen wir am 12. Januar? Referent: Dr. Julius Rofes-Berlin. Freie Aussprache. Zahlreiche Erscheinungen erwartet. Die Bezirksleitung.

**Reinickendorf-Ost.** Morgen, Freitag, den 5. Januar, abends 8 Uhr, findet in den Hubertusjalen, Wroblinstr. 77-79, eine öffentliche Versammlung statt, in der Genosse Stadthagen über „Auf zur Reichstagswahl“ sprechen wird. Die Bezirksleitung.

**Tegel.** Heute, Donnerstag, abends 8 1/2 Uhr: Öffentliche Versammlung in Trapps Festsälen. Tagesordnung: „Das Volk vor der Entscheidung“. Referent: Reichstagskandidat Artur Stadthagen. Die Bezirksleitung.

**Schönwalde (Bez. Panitzsch).** Am Sonnabend, den 6. Januar, abends 8 Uhr, im Lokal Saal: Öffentliche Wählerversammlung. Tagesordnung: „Auf zur Reichstagswahl!“ Freie Diskussion. Referent: Gemeindevorsteher Genosse Ad. Dominik, Reinickendorf. Die Parteigenossen werden ersucht, für regen Besuch der Versammlung zu agitieren. Die Agitationskommission.

**Trebbin.** Am Sonnabend, den 6. Januar, abends 8 Uhr, im Schützenhaus (B. Fromm): Öffentliche Wählerversammlung. Referent: Fritz Rubel-Berlin. Freie Diskussion.

**Hennickendorf.** Eine politische Versammlung findet am Sonntag, den 7. Januar, nachmittags 3 Uhr, im Restaurant zur Wachtelburg hierorts statt. Thema: „Die bevorstehenden Reichstagswahlen“. Referent: Gemeindevorsteher Dominik Reinickendorf-Ost. Genossen, sorgt für zahlreichen Besuch der Versammlung!

**Schönwalde.** Am Sonnabend, den 6. Januar, abends 8 Uhr: Mitgliederversammlung bei Otto Paetsch. Am Sonntag, den 7. Januar, nachmittags 2 Uhr gleichfalls bei Otto Paetsch: Öffentliche Wählerversammlung. Am gleichen Tage: Flugblattverbreitung von bekannter Stelle aus.

**Röntgenal.** Heute, Donnerstag, abends 8 Uhr: Extrazahlabend bei Marx.

**Herzfelde.** Ueber die bevorstehende Reichstagswahl wird in einer am 7. Januar, nachmittags 3 Uhr, im Henschen Lokale (Ind. Jobst), Hauptstraße 57, stattfindenden öffentlichen Versammlung Genosse Richard Ritter-Karlshorst referieren. Parteigenossen, agitiert für Massenbesuch dieser Versammlung!

**Tadendorf bei Jossen.** Am Sonntag, den 7. Januar, nachmittags 3 1/2 Uhr, bei Haaler „Wald- und Gerschof“, Reichstagswählerversammlung. Der Vorstand.

**Schönwalde, Zeuthen, Mierdorf.** Am Sonnabend, den 6. d. M., für den gesamten Bezirk: Extrazahlabend.

In Schönwalde bei Witte, Zeuthen bei Lindemann und Mierdorf bei Krüger. Tagesordnung: Einteilung der Arbeiten am Wahltag. Materialausgabe.

Am Sonntag, den 7. d. M., früh von 8 Uhr ab: Flugblatt- und Handzettelverbreitung im Bezirk und auf dem Lande. — Nachmittags 3 Uhr findet im Restaurant von Krüger in Mierdorf eine öffentliche Wählerversammlung statt. Die Parteigenossen wollen vollständig zu den Veranstaltungen erscheinen sowie für den Besuch der Versammlung rege agitieren.

Der Wahlvereinsvorstand.

## Berliner Nachrichten.

Das Schnellbahnprojekt Rixdorf-Gesundbrunnen, das die A. E. G. ausführen wird, wird die heutige Stadtverordnetenversammlung von neuem beschäftigen. Dieses Projekt ist dem Magistrat vor kurzem zurückgegeben worden mit dem Bemerkten, neue Verhandlungen mit der Unternehmerin zu führen auf der Grundlage, daß die gesamte Bahnstrecke als Untergrundbahn gebaut wird. Nach eingehenden Verhandlungen ist der Magistrat mit der Verkehrsdeputation zu dem Resultat gekommen aus technischen Gründen die Endstrecke im Norden, vom Humboldthain bis Kristianiastraße, als Hochbahn zu bauen. Auch Gründe finanzieller Natur spielen bei dem Projekt eine Rolle. Unter der Bevölkerung des Gesundbrunnens ist von den Hausbesitzern eine lebhaft Propaganda gegen die Hochbahnstrecke, die durch die Wadstraße führen soll, im Gange. Hält die Stadtverordnetenversammlung an dem Plane fest, auch dieses Stück als Untergrundbahn zu bauen, trotz aller technischen Schwierigkeiten, so ist sehr die Frage, ob die so notwendige Verkehrsverbindung jetzt zustande kommt; ihre Ausführung würde dann dem Zweckverbande zufallen.

Die Eingemeindungskommission des Berliner Magistrats beschäftigt sich gestern mittag mit den Fragen, die seinerzeit durch die Eingemeindungswünsche Treptows nach Rixdorf aufgeworfen waren. Treptow hat von dieser Eingemeindung abgesehen, da Berlin das Zugeständnis gemacht hat, sein in Treptow gelegenes Gelände der Bebauung zu erschließen. Es sind bereits Bebauungspläne sowohl von Treptow wie von Berlin aufgestellt worden. Die Beratungen sollen sich, wie ein hiesiges Abendblatt zu melden weiß, um Ausgleichung von Differenzpunkten gehandelt haben, die in den beiden Bebauungsplänen enthalten sind.

Im übrigen aber ist über die Art der Veräußerung des städtischen Grundbesitzes in Treptow noch kein Beschluß gefaßt; vielmehr soll erst die zu diesem Zwecke eingesetzte gemischte Deputation Beratung pflegen.

**Berliner Arbeiterverein für Obdachlose.** Im Monat Dezember nächsten im Männerzähl 15284 Personen, wovon 7328 habeten; im Frauenzähl 3690 Personen, wovon 1231 habeten. Arbeitsnachweis wird erbeten für Männer: Wiesenstr. 55/56, für Frauen: Colberger Straße 30.

**Enttäuschte Eisenbahnpächter.** Schwere Verluste haben diesmal die Eisenbahnpächter in Großberlin zu erleiden. Infolge der ungünstigen Witterung war es ihnen in diesem Winter noch nicht vergönnt, die Pforten der Bahnen öffnen zu dürfen, während in den vergangenen Jahren bereits Anfang Dezember der Eispost

im Freien begonnen hatte. Durch Verträge haben sich nun die Pächter verpflichtet, die Pachtsummen zu zahlen und außerdem haben sie sich noch viele andere erhebliche Unkosten auferlegt, zu deren Zahlung sie vertraglich verpflichtet sind. Den staatlichen Ausgaben stehen also nicht die geringsten Einnahmen gegenüber.

**Eine Fünfzehnjährige vor die Lokomotive geworfen und gerettet.** Auf schreckliche Weise hat sich die fünfzehnjährige Tochter Frida des Besitzers Haffe ums Leben gebracht. Das junge Mädchen wurde auf den Gleisen der Ostbahn als Leiche aufgefunden. Der Körper war vollständig zerstückelt. Wie die Ermittlungen ergaben, hat sich die F. vor die Lokomotive eines von Berlin kommenden Fernzuges geworfen. Sie sollte einen furchtbaren Tod finden. Anfangs war das Gerücht verbreitet worden, es liege ein Verbrechen vor. Die Untersuchung hat hierfür jedoch keinen Anhalt ergeben. Zweifellos liegt Selbstmord vor. Ueber die Beweggründe, die das junge hübsche Mädchen in den Tod getrieben haben, konnte bisher nichts ermittelt werden. Es wird vermutet, daß die Verzweiflungstat der F. mit einer Liebesaffäre in Zusammenhang zu bringen ist.

### Die Polizei ist auf dem Posten!

Uns wird geschrieben: In der Brunnenstr. 181 streifen bei der Firma Hermann Vossowig sämtliche Arbeiter. Der Grund des Streiks ist die Durchbrechung des mit der Organisation abgeschlossenen Tarifes. Auf Benachrichtigung des Firmeninhabers aus das zuständige Polizeirevier 62, Weinbergsweg, steht ständig ein Schutzmansposten vor dem Hause, der streng darauf achtet, daß ja keiner von den Streikenden die ihm gesetzlich auf Grund des § 152 der Gewerbeordnung zustehenden Rechte ausübt. Wer es dennoch von den Streikenden wagt, sein Recht als Staatsbürger auszuüben, erhält sofort ein recht gepfeffertes Strafmandat. Ja, es wird den Streikenden von „ganz genau mit den gesetzlichen Bestimmungen vertrauten Schutzeuten“ gesagt: „Sowie Sie sich noch einmal hier sehen lassen, werden Sie nach dem Alexanderplatz eingeliefert!“ — Von einer Verleumdung vor dem betreffenden Hause kann absolut keine Rede sein. Auch sonst ist in den drei Wochen des Streiks nichts vorgekommen, was der Polizei Anlaß geben könnte, in der von ihr beliebten Weise auf bloßen Wunsch des Herrn Vossowig hin, die Streikenden in der Ausübung ihres gesetzlichen Rechts zu hindern.

Doch die Polizei ist auch manchmal nicht auf dem Posten, wie folgendes Vorkommnis bewies, welches sich am Neujahrstage, nachmittags zwischen 2 und 3 Uhr, im Hause Brunnenstraße 188/190 — also fünf Häuser vom Orte des Streiks entfernt — abspielte. Die Polizei hat wirklich Bed. Auch gerade der Streikleiter des Streiks der Firma Vossowig um diese Zeit nach Hause kommen, um zu hören, wie seiner Wohnung gegenüber eine Fensterhebe stehend in Stücke geht. Als er sich nach dem Grunde des Geräusches umsieht, steht er ein Mitglied der „Jugendwehr“ in voller Uniform mit Mantel und umgeschulmet Seitengewehr davortrennen, das in seinen Armen die dem Schaufenster entnommenen Neujahrsherzartikel krampfhaft festhält. Ich glaube erst an einen Scherz. Der junge Soldat kommt nach einer kurzen Weile zurück, greift auf neue durch die zertrümmerte Scheibe in die Auslage hinein, wobei ihm von anderen jungen Vurschen sekundiert wird. Nachdem der junge Vaterlandsverteidiger ein drittes Mal sich an die Gegenstände im Schaufenster heranmacht, trat ich an die sich inzwischen angesammelten Personen heran und forderte sie auf, nicht zu dem Treiben der jungen Leute zu lachen, sondern sie auf das Gefährliche ihres Treibens hinzuweisen. Ein Schutzmann war hier im Gegenzug zum Streik bei Vossowig nicht zu sehen. Ein junger Mann stellte sich als Angestellter der geschädigten Firma vor und bot einen Augenblick Obacht zu geben, da er die Polizei benachrichtigen wolle. Das war jedoch leichter gesagt als ausgeführt. Nach einiger Zeit kam aber doch ein Schutzmann an; kurz darauf ein zweiter. Als dieser sah, daß sein Kollege schon den Ort der Tat mit seinem Rücken deckte, machte er wieder kehrt und marschierte ab. Inzwischen hatte der Angestellte den Portier des Hauses gerufen, welcher das Fenster mit Brettern vernagelte. Als diese Arbeit noch nicht ganz vollendet war, marschierte auch der bis dahin stehengebliebene Schutzmann wieder ab nach dem Rosenthaler Tor zu. Auf diesen Augenblick schien der junge Vaterlandsverteidiger von der Jugendwehr erwartet zu haben. Kaum war der Schutzmann beim nächsten Hause und schon stand der junge Held wieder an dem noch nicht ganz vernagelten Fenster. Wahrscheinlich wollte er sich auf spätere Zeiten vorbereiten. In diesem Augenblick jedoch ward er von dem Angestellten der Firma festgehalten und am Rosenthaler Tor einem Schutzmann übergeben, der ihn dann nach dem Polizeirevier 62 am Weinbergsweg brachte. Die Polizei läte besser, die ihr gesetzliche Recht ausübenden Arbeiter in Ruhe zu lassen und da auf dem Posten zu sein, wo es wirklich gilt, fremder Leute Eigentum zu schützen. Wenn am helllichten Tage in einer der belebtesten Straßen Berlins derartiges passiert, dann ist es mit der Sicherheit in Berlin nicht weit her. Einen Vetter sagt man; auch die arbeitende Jugend Berlins und ihre Organisation können ein Lied von Polizeimaßnahmen singen.

Man wird abwarten haben, wie sich die Protokollen von der Jugendwehr für Zucht, Sitte, Moral und Ordnung zu diesem Fall stellen werden. Wäre es nicht ein Mitglied der Jugendwehr in voller Ausrüstung gewesen, man würde sicher wieder von Arbeitervöbel gesprochen haben.

**Ein mutmaßlicher Kindesmord beschäftigt wieder die Kriminalpolizei.** Auf einem unbewachten Grundstück in der Müllerstraße wurde, in Vorpapier gewickelt und stark eingeschürzt, die Leiche eines neugeborenen Kindes gefunden. An der kleinen Leiche fand man Verletzungen, die auf eine gewaltsame Tötung des Kindes schließen lassen.

**Ein schweres Brandunglück hat sich gestern nachmittag in der Ebertstr. 15 im Osten Berlins abgespielt.** In Abwesenheit der Eltern kam dort die vierjährige Tochter Frida des Fleischer Wiese in der Küche dem Herdfeuer zu nahe, so daß die Kleider in Brand gerieten. Im Nu stand das Kind lichterloh in Flammen. Als auf das Geschrei andere Hausbewohner hinzueilten, war das kleine Mädchen schon so schwer verbrannt, daß es bald darauf starb. Die Leiche wurde von der Polizei befehlsgemäß.

Seinen Verletzungen erlegen ist jetzt der 28 Jahre alte Arbeiter Gustav Pasale aus der Gartenstr. 47. Gestern vor acht Tagen kam Pasale, der bei den Kabelwerken der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft beschäftigt war, in Ober-Schöneweide mit dem Kopf an eine Starkstromleitung. Er wurde dabei so erheblich verbrannt, daß er nach dem Lazarus-Krankenhaus gebracht werden mußte. Dort ist der Bewußtlose jetzt gestorben. Der Verunglückte hinterläßt eine Frau und drei kleine Kinder. Die durch den plötzlichen Tod ihres Mannes mittellos gewordene Frau hat erst vorgestern einem Mädchen das Leben geschenkt.

**Warnung.** Der Polizei-Präsident zu Köln teilt mit, daß die „Colonia“ Krankenversicherungs-Gesellschaft zu Köln, Eingeschriebene Filiale Nr. 26, sich durch Beschluß der Generalversammlung vom 22. November 1911 aufgelöst hat und sich seit diesem Tage in Liquidation befindet. (Vertreter für Berlin waren Albert Alt, Diedenhofenerstr. 3 und Wilhelm Brandt, Schwedterstr. 211)

Eine Schwestertragödie ereignet im Jüdischen Viertel allgemeine Teilnahme. In dem Hause Wollner Str. 13 bewohnten seit vielen Jahren die 51 und 50 Jahre alten Schwestern Martha und Emmi Günzel, unverheiratete Damen, den ersten Stock des Vorderhauses. Sie hatten das Grundstück vor acht Jahren von ihrem Stiefvater, dem Metzgermeister Kirschke, der mit ihnen den Hauskauf teilte, geerbt. Beide waren in dem Viertel sehr bekannt, besonders weil sie in mehreren Wohltätigkeitsvereinen eifrig tätig waren. Seit zwei Jahren war ihr stilles Glück durch die Krankheit der jüngeren Schwester, die an Atemnot und einem Fußschaden litt, sehr getrübt. Das Hauswesen besorgte seitdem die ältere, die sich voller Gesundheit erfreute. Gestern vormittag fiel es nun an, daß man sie nicht zum Einholen weggehen sah. Als man halb darauf Hodegeruch an der Wohnung wahrnahm, ließ der Hausverwalter durch einen Schlosser öffnen und fand beide tot. Die jüngere lag im Schlafzimmer entleert in ihrem Korbschlaf, die ältere lag in der mit Gas angefüllten Küche mit dem Schlauch im Munde regungslos auf dem Fußboden. Ein Arzt stellte fest, daß die jüngere infolge ihrer Atemnot eines natürlichen Todes gestorben war. Die ältere hatte sich, wie auch ein auf dem Tisch liegender Zettel aufwies, mit Gas vergiftet. Wiederbelebungsversuche blieben erfolglos. Auf dem Zettel teilte Martha Günzel mit, daß ihre Schwester abends vorher plötzlich gestorben sei, sie habe sich sehr erschreckt und gleich das Leben genommen, weil sie ohne ihre Schwester doch nicht weiter leben könne. Sie hat dann noch um ein gemeinsames Grab.

Im Luisenpark gibt es seit vorgestern eine neue Gesangs-Poppe „Berlin O.“, die, wenn ihre Urheber mit dem Odium „berühmter Autoren“ behaftet wären, glückliche Tage verfrähe. Bieleicht tut sie das aber auch so. Daß die „Handlung“ für Berlin O. typisch sei, kann nicht gerade behauptet werden. Aberneheiten werden auch anderswo begangen. Kurz, ein „geriffener“ Geschäftsmann, der für den Betrieb deutsch-afrikanischer Kolonialwaren — Niederlagen erichtet, erweist sich auch in Liebesdingen als Schmeichelei, der in Handumdrehen die Herzen von vier heiratungslustigen Apothekerstöckern für sich fangen macht. Daß er einer in den Reigen hängen bleibt, ist am Ende selbstverständlich. Daß er flugs auch das übrig gebliebene Klebblatt unter die Haube bringen will, zeugt für seinen Geschäftsgest. In „Kleinalt“, draußen vor den Toren wird die vierfache Verlobungsopfer gezeichnet; allerdings erst im Schlaf. Zunächst machen wir Bekanntschaft mit drei Rechtsanwältinnen, für die die lebenden Originale nicht weit zu suchen sein dürften. Die Geschäftspraktiken wie die Affenien dieses juristischen Trifoliums sind zum mindesten — original. In Kleinalt geht noch bunter und turbulenter zu. Wir sehen eine Partie singender Männerlein daherkommen; ferner mit Paulensbumm einen Zug der Heilsarmee. Desgleichen produziert sich vor dem Dorfe ein weiblicher — „Radklub“. Schauders, nicht wahr? Weil um dessen Schamhaftigkeit sogar ein zensurlicher Regierungsrat vom toten Hause bemüht wurde, um den Mädchen die Bademäntel zu lüpfen und die beamtete Moral darüber zu beruhigen, daß die Radklubistinnen etwa nicht „Nonna-Vanna“-istisch — ausgezogen erscheinen. Abgesehen von dieser hormantien Nummer gibt es auch sonst mancherlei Anzüglichkeiten im Texte, für den auf dem Theaterzettel drei ominöse Sterne zeichnen. Indessen hatte die geschwätige Rama bereits unseren Genossen Adolf Hoffmann als alimentationspflichtig für „Berlin O.“, sein richtiggehendes Poffenbald, benannt; woran nur wieder erhartet wird, daß zwar „Vescheidenheit eine Bier“ sei, daß aber auch besagter Poffenbald weiter läme „ohne ihr“. Mehr mag das noch vom Kompositionisten gelten, der sich hinter dem Pseudonym „Hermann Halle“ verbirgt. Er bietet in einigen Liedern und Koublets auf pointierten Humor mit melodischer Färbung. Auf alle Fälle ist der Komponist — ehemals ein tüchtiger Meister in einer Berliner Fabrik — ein musikalischer Sonntagskind und geborener Puffler. Die Nobilität wurde sehr freundlich aufgenommen.

Im Apollo-Theater feiert Harry Walden auch in diesem Monat sein Gastspiel als „Greitlöcher“ fort. Der erste Teil des Programms enthält Licherleffensfänge und -Länge; Akrobaten auf rollenden Äugeln und Exzentriker wechseln miteinander ab.

## Vorort-Nachrichten.

**Schöneberg.**  
**Statt Lohnhöhung — Lohnkürzung und Entlassung.** Für die städtischen Arbeiter ist nun endlich die längst fällige Neuregelung der Löhne erfolgt. Die Neuregelung bedeutet eine Entlassung für die städtischen Arbeiter und muß, als Ganzes betrachtet, in jeder Hinsicht als ungenügend bezeichnet werden. Danach betragen die Anfangslöhne, unter Anerkennung des Prinzips der Wochenlöhne, für sämtliche Arbeiter 25 M., steigend in 8 Dienstjahren auf 31 M.; für Handwerker 27 bis 34 M. bezw. Tariflöhne und für Frauen 16,50 M. Vollständig leer gingen die händigen und nichtständigen Gärtner der Stadtgärtnerei und von den Vermessungsgesellen 5 Mann mit 4 bis 18 Dienstjahren aus, während 4 Arbeiter eine Kart pro Woche Zulage erhielten. Die Endlöhne bedeuten für den größten Teil der Arbeiter nur einen Besatz auf die Zukunft, da ihnen die bisherige Dienstzeit nicht angerechnet wird. Die durchschnittliche Lohnkürzung beträgt ganze 16 Prozent pro Tag, die aber auf der anderen Seite dadurch aufgehoben wird, daß die Sonntagsarbeit der ersten drei Stunden, die bisher mit 100 Proz. bezahlt wurde, in Zukunft nur mit 50 Proz. entlohnt wird. Ein Arbeiter mit 4,50 M. Tagelohn erhielt früher für die ersten 3 Sonn- oder Feiertagsstunden 3 M., jetzt nach der Aufbesserung nur noch 2,25 M. Hier beträgt die ganze Aufbesserung pro Woche 25 Pf., oder pro Tag 4 Pf. Ja es kommt vor, daß nach dieser „Reform“ das Einkommen der Arbeiter bedeutend geringer ist als dordem. Dies trifft zum Beispiel für alle leer ausgegangenen von vornherein zu. In Wochen mit Feiertagen wird jeder Feiertag, wie überhaupt jeder Sonntag, dem Arbeitenden einen Minderverdienst von 75 Pf. pro Tag bringen; das macht in der Weihnachtswochen 2,25 M., in der Neujahrswochen 1,50 M. Verlust. Sieht man eine Aufbesserung von 1 M. gegenüber, so ist auch in diesen Fällen ein Minderverdienst von 1,25 M. bezw. 50 Pf. eingetreten. Ganz leer gehen auch die Frauen aus. Ihr Lohn von 2,75 M. pro Tag ist einfach in einen Wochenlohn umgerechnet worden.

Einzig für die nichtständigen und Ausschussarbeiter wäre eine tägliche Aufbesserung von 45 bezw. 65 Pf. eingetreten, wenn man diesen Leuten nicht gleichzeitig mit der ersten Lohnzahlung die Entlassung gegeben hätte. Am Vorabend des Festes der Liebe erhielten 20 Mann ihre Entlassung. Rücksichtslos kann sich die ärgste Reaktion nicht zeigen, als wie die „liberale“ Verwaltung Schönbergs. Es geht schon obwärts hier. Die Herren haben es sehr eilig, das gute Ansehen, das sich Schönberg unter der Vogide eines Witbe erworben hatte, zu befestigen. Wenn der Magistrat und mit ihm die liberale Stadtverordnetenmehrheit glaubt, mit dieser „Regelung“ sei eitel Zufriedenheit in den Kreisen der Arbeiter eingezogen, so irren sie sich sehr. Im Gegenteil! Die Ungültigkeit des Geschäftes sowie die teilweise direkten Verschlechterungen haben eine große Erregung hervorgerufen und die städtischen Körperschaften können darauf rechnen, daß die städtischen Arbeiter mit erneuten Anträgen nicht zurückhalten werden. Die „liberale“ Majorität hat sich in dieser Frage in ihrem vollen Glanze gezeigt, indem sie alle weitergehenden

Anträge der sozialdemokratischen Vertreter ablehnte. So wurde in der Stadtverordnetenversammlung vom 4. Dezember eine Zuschrift des Gemeindearbeiterverbandes um endliche Neuregelung der Löhne oder eventl. Gewährung einer Löhnezulage wegen ihres „ungehörigen Tones“ als ungeeignet zurückgewiesen. Worin bestand der ungehörige Ton? Die in der Versammlung am 20. Oktober angenommene Resolution enthielt u. a. den Satz: „Die Versammlungen protestieren auf das schärfste gegen die jahrelange Verschleppungspolitik in der Lohnfrage und fordern von der städtischen Verwaltung die umgehende Erledigung ihrer Anträge.“ Also die Konstatierung, daß die Arbeiter jahrelang ohne Beschäftigung auf ihre Anträge blieben, genigte den Herren, um die Resolution als „ungeeignet“ zu verworfen. Auf die sachliche Berechtigung ging man nicht ein. Demgegenüber ist es notwendig, kurz auf die Geschichte dieser Lohnbewegung einzugehen, da sie außerordentlich lehrreich ist für die Beurteilung der Schönberger „liberalen“ Arbeiterpolitik.

Schon im Jahre 1909 wurde nach der damaligen Lohnregelung beantragt, die außerordentlich niedrigen Löhne der nichtständigen Gärtner und Arbeiter zu erhöhen. Die Anträge wurden abschlägig beschieden. Infolgedessen reichten die Arbeiter und diesmal auch alle übrigen Kategorien im Herbst 1910 erneut Anträge zum Etat ein. Die Staatsverhandlungen fanden statt und es wurde beschlossen, die Neuregelung der Löhne einer besonderen Kommission zu überweisen. Die Arbeiter warteten und warteten von Monat zu Monat — nichts rührte sich. — In einer Versammlung am 17. Mai 1911 sprachen die städtischen Arbeiter ihr Bedauern darüber aus, und ersuchten in einer Resolution, diese Dinge doch endlich zu regeln. Auch jetzt rührte sich nichts. Dann kam die Löhnerhöhung mit ihren folgenschweren Begleiterscheinungen. Die Angelegenheit der städtischen Arbeiter aber kam nicht vom Fleck. Unter Berücksichtigung aller dieser Umstände wäre es wohl zu verstehen gewesen, wenn sich der so genarrten Arbeiter die tiefste Empörung bemächtigt hätte. Und dies wäre um so berechtigter gewesen, als die Herren Jabel und Salinger an den Versammlungen der Arbeiter teilgenommen hatten, also wissen mußten, wie es um die städtischen Arbeiter bestellt ist. Die Zuschrift des Verbandes als ungeeignet zu bezeichnen, ist ein liberales Demagogentückchen schlimmster Art und die städtischen Arbeiter werden die Konsequenzen dieses Verhaltens zu ziehen wissen. Interessant bei der ganzen Geschichte ist aber auch die Tatsache, daß der Kommunistenverein im liberalen Verein, der Straßenreinerer Ratshule, trotz seines angeblichen Einflusses nicht in der Lage war, für seine Kollegen etwas zu tun. Tatsache ist vielmehr, daß gerade seine engeren Berufskollegen die meisten Nachteile durch die Neuregelung haben. So haben die Vorarbeiter zum Beispiel ausgerechnet, daß ihnen ein jährlicher Verlust von 18 M. entsteht. Auch dem Meisten müssen nachgerade die Augen aufgehen. Am 12. Januar werden die städtischen Arbeiter die richtige Antwort geben.

Auf eine furchtbare Weise hat die 47jährige Frau Martha Wiedemann aus der Anstaltstrasse 28 sich das Leben zu nehmen versucht. Frau W. hatte sich vor einiger Zeit von ihrem Manne getrennt und war zu einer ihr bekannten Kaufmannsfamilie gezogen. Sie konnte jedoch ihren Mann, mit dem sie fast 20 Jahre verheiratet ist, nicht vergessen und versuchte wiederholt eine Auflösung, die jedoch von dem Gatten abgelehnt wurde. Frau W. verfiel in Schwermut und suchte wiederholt zu Hausbewohnern, daß sie die Trennung von ihrem Manne nicht ertragen könne und sich deshalb das Leben nehmen werde. Gestern führte die Frau ihr Vorhaben auf sehr seltsame Art aus. Sie legte sich in ihren besten Kleidern in den Kleiderkasten, überzog die Räder mit Petroleum und gändete die Klappertaste an. Auf die gellenden Schmerzensschreie der Unglücklichen, die augenblicklich über und über in Flammen gefüllt war, eilten die Wirtsleute hinzu, denen es nach dieser Rache gelang, durch Aufwerfen von Betten und Decken das Feuer zu ersticken. Frau W. hatte jedoch bereits am ganzen Körper so schwere Brandwunden davongetragen, daß sie in hoffnungslosem Zustande nach dem Schönberger Krankenhaus übergeführt werden mußte.

**Wilmersdorf.**  
 Ein schwerer Straßenbahnunfall ereignete sich am Dienstag nachmittag gegen 5 Uhr am Oldoer Platz. Dort sprang der Konstanzer Str. 38 wohnhafte praktische Arzt Dr. Thörling von einem fahrenden Straßenbahnwagen der Linie 78 ab, kam zu Fall und geriet mit der rechten Schulter unter den Schuttrad des Aufhängewagens. Innerhalb einer Minute wurde der Verunglückte durch Heben des Waggons befreit. Dr. Th. erlitt eine erhebliche Quetschung des rechten Armes, der aus dem Gelenk gerissen wurde und außerdem eine laufende Stirnwunde. Der Verunglückte erhielt auf der neuen Wilmersdorfer Unfallstation am Oldoer Platz Notverbände und wurde dann auf seinen Wunsch nach der Wohnung übergeführt.

**Rixdorf.**  
 Am 4. und 5. Februar d. J. finden die Gewerbegerichtswahlen statt. In der Arbeitgeberwahl liegt die Liste vom 3. bis 11. Januar im hiesigen Rathaus, Zimmer 457, wochentäglich von 9—7 Uhr zur Einsichtnahme aus. Es ist unbedingt notwendig, daß jeder Arbeitgeber, der mit und sympathisiert, sich davon überzeugt, daß er in die Liste eingetragen ist, und wenn dies nicht der Fall, sich nachtragen läßt. Parteigenossen! Bei der letzten Krankenlosenwahl habt ihr den Jungmännerklub, trotz aller Verunglimpfung, den Beweis geliefert, daß Rixdorf nicht der Ort für ihr Schamodertum ist, sagt zum ersten den zweiten Schlag. Also nochmals: Seht die Wählerliste nach. Wer nicht darin verzeichnet ist, geht seines Wahlrechtes verlustig. Die Gewerkschaftskommission.

**Sieglitz.**  
 Wahllisten. Die Redaktion des „Sieglitzer Anzeigers“ hat jetzt nach 14 Tagen endlich der Verwaltung Namen gegeben, die das sozialdemokratische Wahlkomitee gegen die ungenügende Behauptung dieses Blattes einlegte, daß bei der letzten demokratischen Versammlung im „Abreichtshof“ von einigen „Sozial“ verschiedene Listenhergeantreten seien. Das Wahlkomitee ersucht die Redaktion um Beweise für diese Behauptung. Auch von Herrn Lehner Schöning, Mitglied der Demokratischen Vereinigung, muß der „Sieglitzer Anzeiger“ eine längere Verächtigung bringen. Was hat nun die Redaktion des „Sieglitzer Anzeigers“ darauf zu erwidern? In einer Anmerkung zu den beiden Einwendungen heißt es:

„Wir haben zu diesen Ausführungen nur kurz zu bemerken, daß unser Gewährsmann seine Behauptungen aufrecht erhält. Herr Schöning und Herr Bied sind so ebenfowenig allwissend, wie wir.“  
 Das ist weiter nichts als ein elendes Verlegenheitsgestammel, aber keine Beweisführung für die aufgestellte Behauptung. Der letzte Satz ist sogar das glatte Eingeständnis, daß die Redaktion einer Behauptung Aufnahme gewährte, ohne sich erst von deren Wahrheit zu überzeugen. Aus der Verächtigung des Herrn Schöning geht deutlich hervor, daß sogar der Wirt des „Abreichtshofes“ nichts von einem Verantwörden von Listenhergeantreten weiß. Es hebe bei der Redaktion des „Sieglitzer Anzeigers“ zwei Voraussetzungen, wenn man annimmt, daß sie noch so viel politische Anstandsgesinnung anjzubringen vermag, um ihren Gewährsmann öffentlich für seine Behauptung einzutreten zu lassen oder aber einzugestehen, daß sie diese Behauptung nicht aufrecht erhalten kann. Die Arbeiter aber mögen an diesem Beispiel erkennen, wie Wahllisten entstehen und wie leichtfertig sich die bürgerliche Presse zu ihrer Verbreitung hergibt.

**Lichtenberg.**  
 In großer Lebensgefahr schwebten in der gestrigen Nacht die Bewohner des Hauses Rügellstr. 1/2, Ecke Frankfurter Allee. Dort war nach 1 Uhr in dem Laden des Konfektionärs R. W. W. Brandt vermutlich durch einen mit Brechstoffen geheizten eisernen Ofen ein Feuer ausgebrochen, das schnell, aber unbemerkt, große Ausdehnung erlangte. Als die Lichtenberger Feuerwehr erschien, war die Situation schon eine recht kritische. Die Familie W. Brandt, die hinter dem Laden schlief, mußte von der Feuerwehr herbeigeholt und in Sicherheit gebracht werden. Die übrigen Hausbewohner beruhigten sich dann, da es der Wehr gelang, Luft zu machen und den Brand auf den Laden zu beschränken.

**Weißensee.**  
 Eine Familientragödie hat sich in der gestrigen Nacht in der Sedanstraße 24 abgespielt. Infolge ehelicher Zwistigkeiten suchte sich dort der 45 Jahre alte Marmorarbeiter Eduard Müller mit seinen vier Kindern im Alter von 1 1/2 bis 11 Jahren durch Leuchtgas zu vergiften. Erst gestern früh wurde die Tat entdeckt. Der Mann war noch bei Bewußtsein, während die Kinder besinnungslos in der Küche lagen. Ein hinzugerufener Arzt stellte sofort Wiederbelebungsversuche an, und es gelang auch, drei Kinder ins Leben zurückzurufen. Bei dem jüngsten Kind waren aber alle Bemühungen vergeblich, da es der Vergiftung schon erlegen war. Die Leiche wurde beiseitegenommen. Der Vater wurde verhaftet. Er gibt an, daß er die Tat begangen hat, weil seine Frau nach einem Streit ihm wegelaufen ist.

**Herzfelde.**  
 Heberfallen und ihrer Verhaftung beraubt wurde am Montag ein junges Dienstmädchen namens Bieth, das sich in Hennidendorf in Dienst befindet. Auf der Strausberger Chaussee zwischen Herzfelde und Hennidendorf wurde das Mädchen von zwei Männern gewaltsam seiner Verhaftung in Höhe von sieben Mark beraubt. Außerdem schnitten die Straßenräuber dem Mädchen das Haupthaar ab.

Zur Frage des Kautschukladenschlusses werden die hiesigen Geschäftleute in einer demnächst stattfindenden Sitzung endgültig Stellung nehmen. Schon in voriger Woche war in dieser Angelegenheit eine Sitzung einberufen worden; eine Einigung wurde jedoch nicht erzielt, trotzdem zwei Drittel der anwesenden Geschäftsinhaber mit dem Kautschukladenschluss im Winterhalbjahr einverstanden waren.

**Zegeh.**  
 In der gestrigen Nacht: Die Fremdeneintragung des Bürgermeisters Weigert muß es anstatt Amtsblatt Ortsblatt heißen. Unsere Leser werden auf diesen Fehler bereits von selbst gesehen sein, schon deshalb, weil nicht anzunehmen ist, daß ein Amtsblatt die privaten Dinge des Bürgermeisters erzählt.

- Berliner Arbeiter-Schachklub.**
- Osten I: jeden Donnerstag 7/9 Uhr bei Anst. Räderstraße Str. 60.
  - Osten II: jeden Donnerstag 7/9 Uhr bei Radde, Gr. Frankfurter Str. 62.
  - Sachsen: jeden Donnerstag 7/9 Uhr bei Wegner, Uranenstr. 103.
  - Westen: jeden Freitag 7/9 Uhr bei Köhler, Rixd. 17, Ecke Hottelstr.
  - Norden I: jeden Freitag 7/9 Uhr bei Kiebel, Rixd. 18b.
  - Norden II: jeden Freitag 7/9 Uhr bei Rixd. Rixd. 18b.
  - III: jeden Donnerstag 7/9 Uhr bei Stoll, Rixd. 18b, Ecke Torstraße.
  - IV: jeden Donnerstag 7/9 Uhr bei Ringert, Gleimstr. 52.
  - Nordwest I: jeden Freitag, abends 7/9 Uhr bei Lamprecht, Wulffstr. 10.
  - Nordwest II: jeden Donnerstag, abds. 7/9 Uhr 5. Postenstraße, Wulffstr. 52.
  - Rixdorf I: jeden Freitag 7/9 Uhr bei Brandt, Rixd. 19.
  - Rixdorf II: jeden Donnerstag 7/9 Uhr bei Gorman, Hermannstr. 73.
  - III: jeden Freitag 7/9 Uhr bei Rau, Wilmersdorfer Str. 58.
  - Vorhagen: jeden Freitag 7/9 Uhr bei Wö, Sonntagstr. 32.
  - Lichtenberg: jeden Donnerstag 7/9 Uhr bei Wüchtersberg, Gubenstr. 2.
  - Charlottenburg: jeden Freitag 7/9 Uhr bei Bernke, Wilmersdorfer Str. 38.
  - Ober-Schöneberg: jeden Freitag 7/9 Uhr bei Brodowski, Rixd. 10.

**Briefkasten der Redaktion.**  
 Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße 69, vorn über Treppen — 1. Stock —, wochentäglich von 4 1/2 bis 7 1/2 Uhr abends, Sonnabends, von 4 1/2 bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Antrage ist ein Schuß und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antworten sind nicht erbeten. Anfragen, deren keine Beantwortung beizufügen ist, werden nicht beantwortet. Einige Fragen trägt man in der Sprechstunde vor.

**Wankfr. 1. und 2.** Dafür sind die Vorschriften des Statuts maßgebend. 3. Ja. 4. Unverhändlich. — W. R. 11. 1. Ja. 2. Sogar 81 M., falls gültige Abzüge bereits abgerechnet sind. Es kann aber Ermäßigung eintreten. — C. D. 32. Die Auflage kann verweigert werden, was in der Regel als Ungehörigkeit ausgelegt wird. Gehört dies, tritt das gesetzliche Verbot in Kraft, auch kann der unzulässige Fall binnen drei Monaten nach Rechtskraft des Urteils Strafantrag stellen. — W. R. 2. Die 2 M. sind zu Unrecht gefordert. Die Jüden brauchen erst am Fälligkeitstage gezahlt werden. — W. R. 28. Nein. — S. G. 5. Nein, wenn nicht Unverhändlich vorliegt. — G. 50. Die Lage erscheint durchführbar. Falls Widerlage erhoben wird, würden Sie ihr mitzuteilen erlaßt werden. — W. R. 16. Soweit richtig, ja. — W. R. 55. Wenn Sie sich beschweren, so an die Armenkommission, eventuell leper Sie sich mit einem Stadtvorordneten in Verbindung. — Jahrbuch S. G. Schönberger Magistrat. — G. D. 2890. 1. Ja, wenn nichts anderes vereinbart ist. 2. Ja; die vertragliche Rindlungsdfrist ist maßgebend.

**Marktpreise von Berlin am 2. Januar 1912, nach Mitteilung des Königl. Polizeipräsidiums. Markthallenpreise. (Reinhandel), 100 Kilogramm Urbin, gelbe, zum Kochen 36,00—50,00. Speisebäben weisse, 40,00—60,00. Linsen 40,00—80,00. Kartoffeln 8,00—11,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Seele 1,60—2,40. Rindfleisch, Rausfleisch 1,20 bis 1,80. Schweinefleisch 1,20—1,80. Kalbfleisch 1,50—2,40. Hammelfleisch 1,30—2,20. Butter 2,00—3,20. 60 Stck Eier 3,80—5,40. 1 Kilogramm Karpfen 1,00—2,40. Maie 1,30—2,80. Jambor 1,40—3,00. Heide 1,20 bis 2,60. Gerste 1,00—2,00. Hafle 1,40—3,20. Weie 0,90—1,40. 60 Stck Krefte 2,40—3,40.**

**Witterungsüberblick vom 3. Januar 1912.**

Stationen	Wassermenge	Windrichtung	Wetter	Stationen	Wassermenge	Windrichtung	Wetter
Emmende	758	SW	5 Regen	Daparanda	751 R	SW	4 wolkenlos
Hamburg	761	SW	6 Nebel	Ceterburg	740	SW	3 Nebel
Berlin	762	SW	3 Nebel	Seitz	772	SW	4 Nebel
Hank a M	768	SW	3 Nebel	Riberben	761 R	SW	4 Nebel
Hünigen	770	SW	4 Nebel	Satz	770 R	SW	2 Nebel
Wien	768	SW	4 Nebel				

**Wetterprognose für Donnerstag, den 4. Januar 1912.**  
 Etwas kühler, zeitweise anhaltend, vorwiegend trübe mit Niederschlägen und starken, später nachlassenden nördlichen Winden.

**Berliner Wetterbureau.**

**Wasserstands-Nachrichten**  
 der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 2.1.	1.1.	am 3.1.	am 4.1.
Memel, Mitt	148	-5		
Bregel, Unterburg	474	-2		
Wegiel, Thora	304	-4		
Ober, Rulder	130	-13		
Aroffen	99	+7		
Frankfurt	106	+3		
Barthe, Schimm	22	-12		
Landsberg	2	-1		
Rehe, Jordanum	-1	-3		
Sibe, Seimrich	7	+4		
Tredben	-125	-1		
Verch	100	+12		
Raydeburg	90	+6		

am (1) am (2) am (3) am (4)  
 130 -5 69 +2 59 +4 82 0 82 0 211 -15 300 -6 416 -15 274 -24 361 -25 140 -10 192 -8 188 -14

Wasserstand: 2.1. 1.1. 3.1. 4.1.  
 148 -5 130 -5 69 +2 59 +4 82 0 82 0 211 -15 300 -6 416 -15 274 -24 361 -25 140 -10 192 -8 188 -14

Wasserstand: 2.1. 1.1. 3.1. 4.1.  
 148 -5 130 -5 69 +2 59 +4 82 0 82 0 211 -15 300 -6 416 -15 274 -24 361 -25 140 -10 192 -8 188 -14